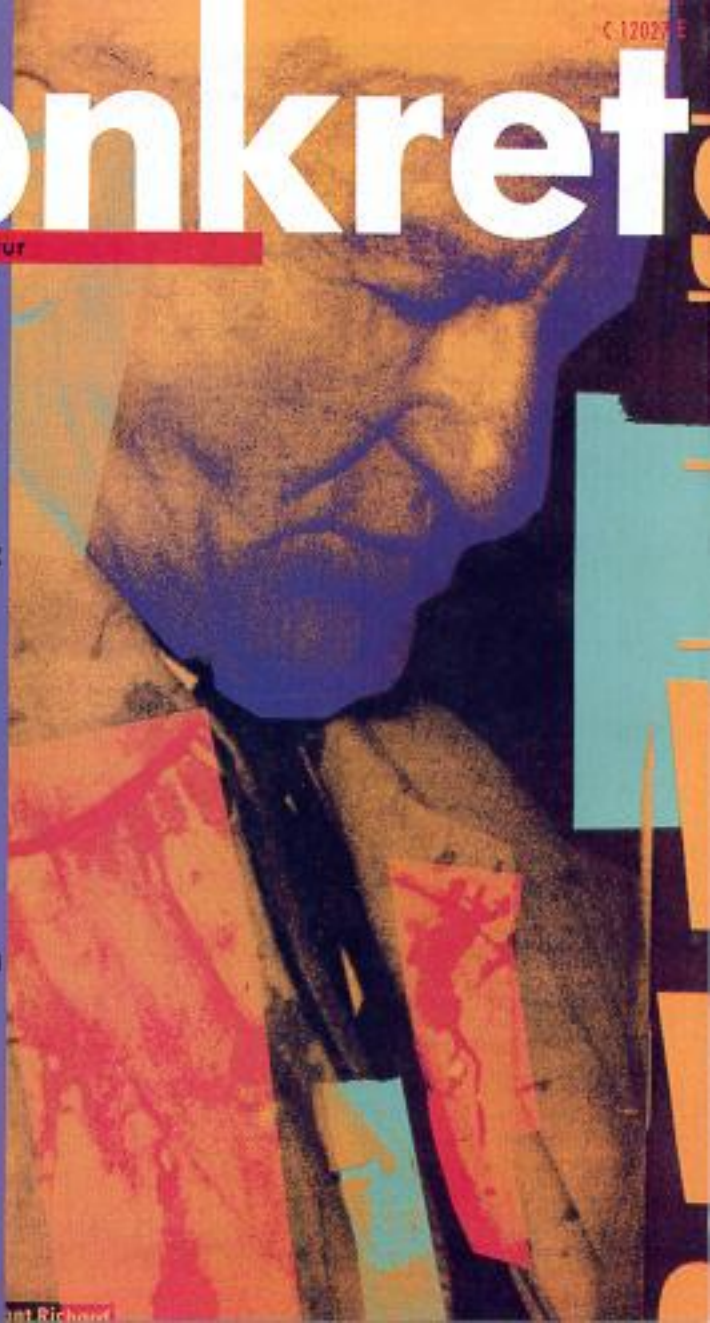
Heft 1 Januar 1993 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Mölln und die Folgen
- SPD, die neue Rechte
- Gert & Petra: Die ganze Tragödie
- IG Metall: Im Grundsatz deutsch
- Ungarn: Aufmarsch der Faschisten
- NRW-Filz: Arbeit fürs Kapital
- Reemtsma über Jean Améry



in konkret Januar 1993

von konkret

an konkret

In Deutschland nichts Neues von Erich Honecker

Die neue Rechte von Rainer Trampert
Kastration des Asylrechts, Beteiligung an Militäraktionen überall auf der Welt und Ausbau polizeistaatlicher Befugnisse – auf ihrem Bonner Parteitag hat die Sozialdemokratie Anschluß an die deutsche Rechte gefunden

Aufruf zum Aufmarsch von Wolfgang Schneider
Wie Marion Gräfin Dönhoff, Helmut Schmidt und Wolfgang Thierse mit einigen Gleichgesinnten doch noch die Führung der Bewegung übernahmen

Gleichbedeutend mit schlecht von Boris Gröndahl
Noch ein Linker entdeckt die »deutsche Identität« als Schicksalsfrage. Er sitzt in der Grundsatzabteilung der deutschen Gewerkschaft IG Metall

»Sowas kostet uns Milliarden« von Oliver Tolmein
Mölln und die Folgen: Die allgemeine Erregung über den Mordanschlag auf Türkenwird von der deutschen Politik genutzt, um den Ausbau des Polizeistaats und die Beseitigung des Asylrechts zu beschleunigen

Der Nazi-Anwalt von Anton Maegerle
Woche für Woche darf einer der eifrigsten Aktivisten der Nazi-Szene die Gerichtssäle als Forum für seine Propagandaarbeit nutzen: Jürgen Rieger ist der »Staranwalt« der Rechtsradikalen

Für eine internationale Offensive gegen den Nazismus von A.M. Rosenthal

»Jeder ist uns der Nächste« XII von Archiv für Sozialpolitik
Zwölfter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Keynes, Karriere, Stamokap von Georg Fülberth
Volker Rühe und der Jäger ‘90 oder Wie es kommt, daß im Rüstungsgeschäft immer noch alles so laufen kann wie einst zu Zeiten des Lockheed-Skandals

Nach Gysi von Sahra Wagenknecht
Gregor Gysi hat mit der Ankündigung, nicht mehr für den Vorsitz der PDS zu kandidieren, die Forderung nach einer führenden Rolle für die reformistische Fraktion der PDS verbunden

Die ganze Tragödie von Gerhard Henschel
»Oma Birie weint jetzt« – und mit ihr eine Bagage, deren moralische Unzuständigkeit aus jedem Satz sprach, den sie dem mutmaßlichen Mörder Bastian und seinem mutmaßlichen Opfer Kelly hinterherrief und -schrieb

»Wir in NRW« von Werner Stürmann
In Oberhausen entsteht ein Einkaufszentrum, das fast keiner will. Der Filz, den die SPD in 26 Jahren Regierungszeit aufgebaut hat, sorgt dafür, daß die richtigen Leute daran verdienen

Aufmarsch der Faschisten von Jürgen Elsässer

In Ungarn sammeln sich Antisemiten und Revanchisten in der Regierungspartei »Ungarisches Demokratisches Forum« (UDF). Sie werben mit historischen Mythen und Legenden, die sie im Arsenal der kollektiven Erinnerung finden. Dort hockt auch ein großer Bruder, mit dem man in diesem Jahrhundert schon einmal durch dick und dünn ging. Daß der heute ein reicher Onkel ist, muß kein Nachteil sein. Die Verwandtschaft bleibt

172364 von Jan Philipp Reemtsma

Gedanken über den Gebrauch der ersten Person Singular bei Jean Améry

Stalingrad den Stalingradern von Otto Köhler

»Beim Eindringen in die Stadt muß die gesamte männliche Bevölkerung beseitigt werden, da Stalingrad mit seiner eine Million zählenden durchweg kommunistischen Einwohnerschaft besonders gefährlich ist« – 50 Jahre nach diesem Hitler-Befehl an die Wehrmacht gilt deren Niederlage in Stalingrad deutschen Historikern wieder als Unglück

»Eine vollkommene Lösung« von Ahlrich Meyer

»Marseille ist ein Schlupfwinkel des internationalen Verbrechertums. Diese Stadt ist das Krebsgeschwür Europas, und Europa kann nicht leben, solange Marseille nicht bereinigt wird.« – Im Rahmen ihrer »Neuordnung« Europas machten die deutschen Besatzer, unterstützt von französischer Polizei, vor 50 Jahren das alte Hafenviertel Marseilles dem Erdboden gleich

Mit Gott und den Faschisten VI von Karlheinz Deschner

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Der hilflose Antisemitismus von Eike Geisel

»Der Antisemitismus war einmal die erste Frage gewesen, in der sich Linke vom Rest der deutschen Gesellschaft unterschieden hatten. Nun scheint er zur letzten Antwort geworden zu sein, welche sie beim vollzogenen Wandel durch Annäherung noch geben können.« – Anmerkungen zu seiner jüngsten Verübung

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/93, S. 4

von konkret

Drei Jahre nach dem Ende des realen Sozialismus ist Realität, was für den Fall seiner Kapitulation in KONKRET vorhergesagt worden war: Die Linke, die sich in Zustimmung oder Abgrenzung zu den theoretischen Voraussetzungen und den praktischen Folgen der Oktoberrevolution definiert hatte, ist mit dem Verlust ihres Bezugsrahmens zerfallen.

Übrig geblieben sind einzelne Linke und Reste linker Organisationen, die ihre einmal erworbenen Erkenntnisse nicht schon deshalb für obsolet halten, weil aus ihnen zur Zeit realpolitisch nicht mehr viel zu machen ist. Übrig geblieben ist auch, als einzige radikale linke Publikumszeitschrift von einiger Verbreitung, die sich nicht hat umstimmen lassen: KONKRET. Und dies in einer ganz neuen, ungewohnten Rolle. Hatten viele KONKRET-Leserinnen und -Leser einst von der Zeitschrift die publizistische Bestätigung und Unterstützung ihrer eigenen politischen Ansichten, Interessen, Bewegungen und Parteien erhofft, erwarteten viele von KONKRET nach der Wende Ersatz für abhanden gekommene Orientierungen, Bewegungen und Parteien. Um so empfindlicher mußten sie auf die Entscheidung der Redaktion reagieren, KONKRET weniger als Therapiezentrum für wunde Exrevolutionäre betreiben zu wollen denn als Laboratorium radikaler, aufklärerischer, antikapitalistischer Kritik.

Es ist ein Versuch, dessen Gelingen davon abhängt, ob sich die Restlinke demnächst von ihrem Selbstmitleid verabschieden kann und den Verlust ihres einstigen Bezugsrahmens als eine Chance begreift, all jene Rücksichten auf scheinbare tagespolitische Erfordernisse und gutnachbarliche Empfindlichkeiten aufzugeben, in denen linke Kritik so oft versumpft ist.

Was tun? Ist diese »brennende Frage«, vor 90 Jahren von Lenin gestellt, wieder so brennend wie damals, fünfzehn Jahre vor dem Roten Oktober? Der »Was tun?«-Kongreß, zu dem KONKRET in dem dieser Ausgabe beigehefteten Sonderdruck aufruft, könnte Antworten bringen. Der Kongreß soll der Linken insgesamt und insbesondere den Leserinnen und Lesern, Autorinnen und Autoren von KONKRET die Möglichkeit bieten, die öffentliche Debatte wieder aufzunehmen und sich ein neues Bewußtsein der eigenen politischen Situation zu verschaffen.

Für die Finanzierung des Kongresses ist ein Spendenkonto eingerichtet; ein Zahlschein liegt der Aboauflage dieser Ausgabe bei.

KONKRET und die Sozialwissenschaftler: In »Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben an der Freien Universität Berlin«, Ausgabe 3/1992, zeigt der Privatdozent Helmut König, daß er KONKRET bereits ein paar Mal nicht verstanden hat. Eine »Stilisierung zum Opfer des NS« wirft er etwa Detlef zum Winkel und Thomas Kieseritzky vor, die in KONKRET 7/90 geschrieben hatten: »Trotz solcher Anstrengungen (nämlich nicht etwa, wie König meint, die >Distanzierung von der Gesellschaft der Bundesrepublik<, sondern, wie zum Winkel und Kieseritzky schrieben, die Konfrontation >mit den Zeugnissen der Opfer des Naziregimes<) bleiben westdeutsche Linke auch Produkt der Täter-, Komplizen- und Verdränger-Gesellschaft BRD.« - »Wir müssen durch eine Ausstellung wie jene über das Ghetto von Lodz ... hindurchgehen und die Bilder auf ihren *Wiedererkennungswert* hin prüfen«, hatten zum Winkel und Kieseritzky gefordert: »Dieser tretende Wachmann - ähnelt er nicht dem Sportlehrer, den ich einmal hatte? Jener Gestapo-Agent, der ein Kind abführt - hat man ihn nicht gestern als Kaufhausdetektiv erlebt?« Worauf an der Freien Universität erwidert wird: »Wenn der Sportlehrer dem Wachmann ähnelt, der Kaufhausdetektiv dem Gestapo-Agenten ..., dann, dieser Umkehrschluß liegt auf der Hand, ist das mit den Nazis nicht so schlimm gewesen.«

Vielleicht, wie Ronald Schernikau gesagt hätte, liegt es daran, daß wir keine Hand haben, aber es will uns doch weder in den Kopf, daß »das mit den Nazis« deshalb nicht so schlimm gewesen sei, weil Eichmann nicht wie Rambo oder Frankensteins Monster aussah, noch, daß es sich nicht wiederholen könne, weil unsere Gesellschaft nunmehr aus gründlich zivilisierten Sportlehrern, Kaufhausdetektiven und Privatdozenten besteht.

Über einen weiteren KONKRET-lesenden Sozialwissenschaftler, er heißt Wolfgang Kowalsky und kommt aus demselben Stall, berichtet Boris Gröndahl in dieser Ausgabe (S. 16).

Dabei könnte die KONKRET-Lektüre so einfach sein: Das niederländische »Nieuw Israelitisch Weekblad« über die Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland »Jeder ist uns der Nächste« (in diesem Heft S. 28):

Een inventarisatie door het Duitse maandblad KONKRET, dat ter linkerzijde van »Der Spiegel« opereert, toont an dat er de afgelopen anderkalf jaar metgroote regelmaat - zo ongeveer om de andere dag - aanslagen zijn gepleegd op asiekoekers, centra voor asieizoekers en op andere buitenlanders.

Das ist doch wirklich nicht so schwer.

Die »Heidenheimer Neue Presse« berichtet, daß Giengen sauber sei. Nicht etwa, wie das »linksextreme Szeneblattchen KONKRET« unterstellt hatte (»Jeder ist uns der Nächste« XI, KONKRET 12/92), anständige Giengener, sondern vier Türken und ein Deutscher hätten am 11. November zwei Libanesen überfallen. Es habe sich dabei, so vermute die Polizei, um »eine Auseinandersetzung in der Drogenszene« gehandelt.

Karlheinz Deschners Serie »Mit Gott und den Faschisten«, deren sechste Folge in diesem Heft erscheint (S. 60), wird 1993 nur noch alle zwei Monate fortgesetzt werden. Die Sendereihe wird jeweils am zweiten Sonntag der Monate Februar, April, Juni etc. um 24 Uhr in Kanal 4 auf den Frequenzen von RTL plus ausgestrahlt.

Konkret 01/93, S. 6

an konkret

Höchststrafe

KONKRET 12/92: Peter Handke zum Fünfzigsten – von Matthias Altenburg

Matthias Altenburg ging mit sich ins Gericht: Für den Unfug, in Kroetz einen Dichter gesehen zu haben, verhängte er über sich die Höchststrafe: fortan Handke für einen Dichter zu halten.

Für Altenburg klafft zwischen Kroetz und Handke ein Gegensatz. Tatsächlich aber handelt es sich um zwei Wortschwindler von ähnlichem Zuschnitt, wenn auch der eine, Kroetz, mehr Wert darauf legt, nicht schreiben zu können, der andere, Handke, nichts zu sagen zu haben. In Wirklichkeit ist es umgekehrt.

Doch darauf kommt es nicht an. Jedenfalls nicht Altenburg, dessen Entdeckung, daß ein Eremit »aus seinem Alleinsein« auftaucht und nicht aus der Menschenschlange vor dem Schalter, wie ein Aufnahmeantrag in die Gilde der Wortschwindler klingt.

Bis zur Erledigung dieses Antrags möge KONKRET Matthias Altenburg einen Herrgottswinkel einrichten, in dem der Autor, je nach Weltlage, fluchen oder beten kann.

Michael Scharang

Wien

Fußnote zur Fußnote

KONKRET 12/92: »Fußnote zu Kuhn« von Hermann L. Gremliza

Mir war nicht bewußt, daß der Herausgeber von KONKRET ein paar »Einwände und Verbesserungsvorschläge« an seine Adresse – die ich womöglich noch ihm »nachgedacht« habe – gleich als versuchte »Rettung der deutschen Ehre« durchschauen muß. War nicht so gemeint, ehrlich. Eine gründliche Gewissenserforschung nach Lektüre der »Fußnote zu Kuhn« hat ergeben: Ich habe so etwas gar nicht, eine deutsche Ehre. Ich kann nur die guten Staatsbürger nicht leiden. Die einen, weil sie, ausgestattet mit Macht und Geld, einen Kapitalismus kommandieren und daheim und in der ganzen Welt einigen Schaden anrichten; die anderen, weil sie sich diesem System selbstbewußt unterwerfen. Gegen beide Seiten – gegen den Staat, der u.a. die Ausländerfeindlichkeit provoziert, wie gegen ein Volk, das sich auch dazu bereitwillig aufhetzen läßt – haben sich über die Jahre meiner kommunistischen Gedankenbildung ziemlich viele Einwände angesammelt. Darüber ist mir – soviel zu meiner »besonderen sozio- und psychogenetischen Geschichte« – die deutsche Ehre gründlich abhanden gekommen.

Die Kenntnis von Auschwitz hat mich darin nur bestärkt: Da wollte ich endgültig auch vom Nationalsozialismus wissen, wie ein Volk in seiner Begeisterung für seinen Staat funktioniert und warum ein moderner Staat es fertigbringt, einen solchen völkischen Vernichtungskrieg nach innen zu führen. Das Moment von Identifizierung mit dem Subjekt dieser Geschichte, das im Gefühl der Scham vorausgesetzt ist, der rückblickende entsetzte Patriotismus war da automatisch mit kritisiert. Es mag sein, daß manch einem ohne diesen Leitfaden, ohne die schamvoll empfundene Verurteilung dieser großen Vernichtungsaktion, nichts Kritisches mehr einfällt – das kommt davon, wenn man zuviel »aus der Geschichte lernt«. Aber so schlimm, daß deswegen gleich »die Kritik entwaffnet« wäre, ist es auch wieder nicht. Der großbundesdeutsche Staat vollbringt Leistungen der Verelendung und Verrohung, die für sich abscheulich sind, auch ohne daß man sie erst als Schritte zu einem neuen politisch durchorganisierten Massenmord interpretieren müßte. Ich habe außerdem die Erfahrung machen müssen, daß Deutungen dieser Art, das Maßnehmen an größeren und größten Übeln, die Kritik gar nicht so beflügeln. Mir kommt dabei regelmäßig das zweitgrößte Übel zu gut weg; und meistens ist das auch der Zweck der Übung.

Harald Kuhn

München

Wer zuhört

KONKRET 12/92: »Nicht unsere Sache« von Katja Leyrer

Wenn jemand schon als Betroffener angesprochen wird, hat er hoffentlich auch das Recht, einige kritische Bemerkungen zum Artikel zu machen.

1. Die chronologisch-tabellarische Auswahl der Ereignisse läßt leider wenig Raum für eine differenzierte Darstellung der tatsächlichen Entwicklung der Gedenkstätten. So werden hier neben anderen Unkorrektheiten (so war ich nur 14 Tage Direktor in Buchenwald und nicht »wenige Monate«) – implizit und explizit – Gleichsetzungen zwischen der Gedenkstätte Sachsenhausen und Buchenwald transportiert, die mit der realen Situation nur wenig zu tun haben. Z.B. wird als Beleg zu Buchenwald ein Artikel aus »Le Patriote Résistant« zitiert, der sich eigentlich auf Sachsenhausen bezieht. Gerade die Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald bemühen sich sehr, eine historisch differenzierte Aufarbeitung der Internierungszeit zu betreiben und keine »Gedenkstätte der Opfer des Stalinismus« zuzulassen. Dafür werden sie von den rechten Kräften – nicht allein in Weimar – stark angegriffen.

2. Die »Vieldimensionalität des Geschehens« zeigt sich übrigens auch in der vorgelegten Bewertung der Empfehlungen der brandenburgischen Kommission. Bei aller notwendigen Kritik an den Aussagen zur DDR-Geschichte und zur Frage der Internierungslager darf jedoch nicht übersehen werden, daß in den Empfehlungen zahlreiche Vorschläge und Überlegungen enthalten sind, die wichtige Impulse für die Gedenkstättenarbeit auch außerhalb Brandenburgs liefern können. Diese auch in den alten Bundesländern einzufordern, wäre m.E. ein produktiverer Umgang mit diesen Empfehlungen, als eine »vollständige Neubearbeitung« zu fordern.

3. Die Frage: »Wer in diesem Land überhaupt noch zuhört, wenn sich KZ-Überlebende zu Wort melden«, konnte sich die Autorin selber beantworten, als sie am 6. – 8.11.92 auf dem Gedenkstättenkongreß in Braunschweig war. Dort zeigten über 200 Menschen – nicht nur »Altkommunisten und Juden« – , Vertreter von Lagergemeinschaften und Opferverbänden, antifaschistischer Organisationen, Geschichtswerkstätten und MitarbeiterInnen von Gedenkstätten (unter ihnen eine Gruppe aus der Gedenkstätte Buchenwald!), daß ihnen die »Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus« ein Anliegen war. Dies dokumentierte auch der niedersächsische Minister Trittin, dessen Haus den Kongreß finanziell unterstützt hatte, in seinem Beitrag. Gefordert wurde u.a., den Einfluß und die Rolle der Opferverbände zu verstärken, historische Ausgrenzungen von Opfergruppen (z.B. der Sinti und Roma, der Zwangssterilisierten) zu überwinden. Auch zur Internierungsproblematik fand man klare Worte. »Gedenkstättenarbeit mit und auf der Basis einer ... Totalitarismustheorie scheint mir unmöglich zu sein.« Diese Formulierung aus dem Referat von Prof. Wippermann war für alle TeilnehmerInnen konsensfähig.

Dr. Ulrich Schneider

Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten

Kassel

Herkules Köhler

KONKRET 12/92: »Wie Weimar ist Bonn?« von Otto Köhler

Sicher ist meine Autoreneitelkeit verletzt, wenn in der Besprechung eines von mir verfaßten Buches alles mögliche, nur nicht das, was an diesem Buch neu und interessant ist, besprochen wird. Doch über solch subjektive Befindlichkeiten hinaus finde ich es schwach, daß Köhler über Gumbel nur die Dinge zu erzählen weiß, die schon, als er noch aufs Gymnasium ging, in besseren Schulbüchern standen, nicht jedoch, was in der von mir vorgelegten Biographie neues über diesen couragierten deutschen Zivilisten steht. Wenn ein Rezensent das besprochene Buch so offensichtlich nicht gelesen hat, ist nach meiner Auffassung vom Zeitschriftenmachen die Redaktion gefordert.

Politisch bedenklich finde ich, daß Köhler mit seiner Sozialdemokraten-Schelte einmal mehr von den tatsächlichen Gegnern von Freiheit, Demokratie, Zivilität und Toleranz (die nun allerdings auch keine Stärke von Köhler und KONKRET ist) ablenkt. Mir liegt beileibe nicht daran, sozialdemokratische Halbherzigkeiten in Weimar und populistische Anfälligkeiten heute zu verharmlosen, aber warum ist der SPD-Justizminister für alles verantwortlich, was Leute, mit denen er zusammenarbeite(n muß)te, zehn und mehr Jahre später verbrochen haben? In dreizehn Monaten und ein Jahr später noch einmal drei Monaten Amtszeit hätte selbst ein solcher Ausbund an Konsequenz wie Herkules Köhler den Augiasstall der aus dem Kaiserreich übernommenen Justiz nicht ausgemistet! Und: neben den politischen Fehlern der Sozialdemokraten sollte man auch nicht diejenigen der PazifistInnen, RadikaldemokratInnen und Linksradikalen übersehen. Dazu, auch zu den politischen Irrtümern Gumbels, steht einiges in meinem von Köhler nicht besprochenen Buch.

Christian Jansen

Bochum

Konkret 01/93, S. 9

Erich Honecker

In Deutschland nichts Neues

Als ginge es um die Befreiung Germaniens vom Römerjoch, ja um die Fußballweltmeisterschaft, haben sie ein Jahr lang mit äußerster Verbissenheit Schulter an Schulter um ihn gekämpft, die erste, die zweite, die dritte und die vierte Gewalt. In diplomatischen Demarchen und Leitartikeln wurden die Regierungen und die Ökonomien zweier Staaten bedroht und erpreßt, Ärzte mußten medizinische Befunde fälschen und Justizpersonal Gesetze zurechtbiegen, um den ehemaligen Vorsitzenden des Staatsrats der DDR vor ein deutsches Kriminalgericht stellen zu können. Als er aber endlich dort stand und den Richtern seine Antwort gab, nach der die vereinigten Nationalgewalten sich verzehrt hatten wie nach sonst nichts, zitierten Presse und Fernsehen gerade mal zwei oder drei Halbsätze daraus in indirekter Rede. Keine einzige Tages- oder Wochenzeitung dokumentierte die Erklärung, allein die »Frankfurter Rundschau« brachte eine stark und – aus Absicht oder bloß Unverstand? – um einige ihrer besten Passagen gekürzte Fassung. Der schwer beleidigte Ton, in dem die BeistricherInnen der völkischen Journale dem Redner die Note »unbelehrbar« gaben, ließ ahnen, warum der Genosse Honecker gar nicht gefallen hatte. Leider ist seine Rede auch in KONKRET nicht vollständig nachzulesen. Eine Information aus einer anderen Redaktion besagte, daß dort bereits Mitte Dezember ein Sonderdruck herausgegeben werde. Diese Information erwies sich erst bei Redaktionsschluß von KONKRET als falsch. Dem Verdacht zu begegnen, KONKRET erweise sich in diesem Fall als ein Blatt wie all die andern, schien es angezeigt, einige Passagen aus Honeckers Rede an einem Platz abzudrucken, der von nicht zu vielen Lesern überblättert wird.

Meine Situation in diesem Prozeß ist nicht ungewöhnlich. Der deutsche Rechtsstaat hat schon Karl Marx, August Bebel, Karl Liebknecht und viele andere Sozialisten und Kommunisten angeklagt und verurteilt. Das Dritte Reich hat dies mit den aus dem Rechtsstaat der Weimarer Republik übernommenen Richtern in vielen Prozessen fortgesetzt, von denen ich selbst einen als Angeklagter erlebt habe. Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus und des Hitlerstaates brauchte die BRD nicht nach neuen Staatsanwälten und Richtern zu suchen, um erneut Kommunisten massenhaft strafrechtlich zu verfolgen, ihnen mit Hilfe der Arbeitsgerichte Arbeit und Brot zu nehmen und sie mit Hilfe der Verwaltungsgerichte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder sie auf andere Weise zu verfolgen. Nun geschieht uns das, was unseren Genossen in Westdeutschland in den 50er Jahren geschah.

Für diesen Prozeß wie für andere Prozesse, in denen andere DDR-Bürger wegen ihrer »Systemnähe« vor Straf-, Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten verfolgt werden, muß *ein* Argument herhalten: Die Politiker und die Juristen sagen, wir müssen die Kommunisten verurteilen, weil wir die Nazis nicht verurteilt haben. Wir müssen diesmal die Vergangenheit aufarbeiten. Das leuchtet vielen ein, ist aber ein Scheinargument. Die Wahrheit ist, daß die westdeutsche Justiz die Nazis nicht bestrafen konnte, weil sich Richter und Staatsanwälte nicht selbst bestrafen konnten. Die Wahrheit ist, daß die bundesdeutsche Justiz ihr derzeitiges Niveau, wie immer man es beurteilt, den übernommenen Nazis verdankt. Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten heute aus den gleichen Gründen verfolgt werden, aus denen sie in Deutschland schon immer verfolgt wurden.

Nehmen wir an, daß weder Herr Kohl noch Herr Kinkel noch all die anderen Herren Ministerpräsidenten und Parteiführer der Bundesrepublik Deutschland blind sind (was ich dennoch nicht ausschließen kann), dann bleibt als politisches Ziel dieses Prozesses nur die Absicht, die DDR und damit den Sozialismus in Deutschland total zu diskreditieren. Die Niederlage der DDR und des Sozialismus in Deutschland und in Europa genügt ihnen offenbar nicht. Es soll alles ausgerottet werden, was diese Epoche, in der die Arbeiter und Bauern regierten, in einem anderen als furchtbaren, verbrecherischen Licht erscheinen läßt.

Dieses Ziel des Prozesses, den totgesagten Sozialismus noch einmal zu töten, offenbart, wie Herr Kohl, wie Regierung und Opposition der BRD die Lage einschätzen. Der Kapitalismus hat sich ökonomisch genauso totgesiegt, wie sich Hitler einst militärisch totgesiegt hat. Der Kapitalismus ist weltweit in eine ausweglose Lage geraten. Er hat nur noch die Wahl zwischen Untergang in einem ökologischen und sozialen Chaos und der Aufgabe des Privateigentums an Produktionsmitteln, das heißt dem Sozialismus. Beides bedeutet sein Ende. Nur der Sozialismus erscheint den Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland offenbar als die akutere Gefahr. Der soll dieser Prozeß genauso vorbeugen wie der ganze Feldzug gegen das Andenken der untergegangenen DDR.

Wenn Sie uns wegen unserer politischen Entscheidungen von 1961 bis 1989 verurteilen, und ich gehe davon aus, daß Sie das tun werden, so fällen Sie ihr Urteil nicht nur ohne rechtliche Grundlage, nicht nur als ein parteiisches Gericht, sondern auch unter völliger Außerachtlassung der politischen Gepflogenheiten und Verhaltensweisen derjenigen Länder, die als Rechtsstaaten Ihren höchsten Respekt genießen:

1983 befahl der Präsident Reagan seinen Truppen die Besetzung von Grenada. Niemand genießt in Deutschland höheres Ansehen als dieser Präsident der USA. Keine Frage, daß die Opfer dieses Unternehmens rechtens zu Tode gekommen sind.

1989 ordnete Präsident Bush an, General Noriega aus Panama mit Waffengewalt zu entführen. Tausende unschuldiger Panamesen wurden dabei getötet. Wiederum fiel auf den Präsidenten der USA kein Makel, geschweige denn, daß er wegen Totschlags oder Mordes angeklagt wurde.

Die Aufzählung ließe sich beliebig erweitern. Nach dem, was die Waffen der Bundesrepublik Deutschland unter türkischen Kurden oder der schwarzen Bevölkerung Südafrikas anrichten, werden zwar rhetorische Fragen gestellt, doch niemand zählt die Toten, und niemand nennt die Schuldigen.

Ich habe hier nur als besonders rechtsstaatlich anerkannte Staaten mit nur einigen ihrer Entscheidungen aufgezählt. Jeder kann vergleichen, wie sich diese Entscheidungen zu der Entscheidung verhalten, an der Grenze des Warschauer Vertrages und der Nato eine Mauer zu errichten.

Ich habe für die DDR gelebt. Ich habe insbesondere seit Mai 1971 einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für ihre Geschichte getragen. Ich bin also befangen und darüber hinaus durch Alter und Krankheit geschwächt. Dennoch habe ich am Ende meines Lebens die Gewißheit, die DDR wurde nicht umsonst gegründet. Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus. Sie war ein Experiment, das gescheitert ist. Doch noch nie hat die Menschheit wegen eines gescheiterten Experiments die Suche nach neuen Erkenntnissen und Wegen aufgegeben. Es ist nun zu prüfen, warum das Experiment scheiterte. Sicher scheiterte es auch, weil wir vermeidbare Fehler begangen haben. Sicher scheiterte es in Deutschland unter anderem auch deswegen, weil die Bürger der DDR wie andere Deutsche vor ihnen eine falsche Wahl trafen* und weil unsere Gegner noch übermächtig waren.

Die Anklage, die Haftbefehle und der Beschluß des Gerichts über die Zulassung der Anklage sind geprägt vom Geist des kalten Krieges. Die Welt hat sich seitdem geändert, aber die deutsche Justiz führt politische Prozesse, als regiere noch Wilhelm II. Sie hat die vorübergehende liberale politische »Schwäche«, die sie nach 1968 überfiel, überwunden und ihre alte antikommunistische Hochform wiedergewonnen. Nach außen ist man zwar äußerst geschmeidig, wird Gorbatschow die Ehrenbürgerschaft von Berlin verliehen, wird gnädig verziehen, daß er einst die sogenannten Mauerschützen durch seinen Eintrag in ihr Ehrenbuch belobigte. Aber nach innen ist man »hart wie Kruppstahl«.

Mich hat der Bundeskanzler nicht mit Goebbels verglichen, und ich hätte ihm das auch nicht verziehen. Weder für den Bundeskanzler noch für Gorbatschow ist dieses Strafverfahren ein Hindernis für ihre Duzfreundschaft. Auch das ist kennzeichnend.

Ich bin am Ende meiner Erklärung. Tun Sie, was Sie nicht lassen können.

*An anderer Stelle hatte Honecker zuvor gesagt: Kaum war Hitler Reichskanzler, erlebte Deutschland sein erstes Wirtschaftswunder. Die Arbeitslosigkeit wurde überwunden, die Anrechtscheine auf Volkswagen wurden verkauft, die kochende Volksseele führte zur Vertreibung und Ermordung der Juden. Das deutsche Volk war in seiner Mehrheit glücklich und zufrieden.

Konkret 01/93, S. 10

Rainer Trampert

Die neue Rechte

Kastration des Asylrechts, Beteiligung an Militäraktionen überall auf der Welt und Ausbau polizeistaatlicher Befugnisse – auf ihrem Bonner Parteitag hat die Sozialdemokratie Anschluß an die deutsche Rechte gefunden

Schon wenige Wochen nach dem Tod ihres moralischen Übervaters war es den politischen Ziehkindern Brandts gelungen, sich freizuschwimmen. Kaum hatten sie ihren Sonderparteitag beendet, ernteten sie von Freund und Feind das höchste Lob, das hierzulande in der Politik zu vergeben ist: uneingeschränkt regierungstauglich. Die »Welt« faßte zusammen, womit die Sozialdemokratie sich derart qualifiziert hatte. Der neuen SPD-Führung sei »die Wende in der Asylpolitik« zu verdanken. Mit ihr sei »eine deutsche Teilnahme an Militäraktionen« nun nicht mehr auszuschließen. Für Engholm seien »auch Fragen wie das Abhören in Wohnungen nicht mehr tabu«. Besonders hervorgehoben wurde der Vorsatz des SPD-Vorsitzenden, er wolle die Rolle Deutschlands »nach draußen Stück für Stück ausbauen«, einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben, »bescheiden« natürlich und »ohne daß es uns drängt«. Auch hatte Engholm den neuen »Solidarpakt Deutschland«, altmodisch Burgfrieden oder Volksgemeinschaft genannt, in Worte gekleidet, die gefielen: »Wer glaubt, die Heranziehung der oberen Zehntausend reicht aus, der irrt...«

Als dann noch Hans Ulrich Klose im Bundestag erklärte, warum die SPD konstitutionell gar nicht in der Lage sei, in dieser historischen Stunde Opposition zu praktizieren – dazu »sind wir Sozialdemokraten viel zu staatstragend, vielleicht sollte ich sagen: patriotisch veranlagt« – , wuchs der Vorsprung, den die SPD vor der Regierung in Umfragen mittlerweile gewonnen hatte, um einige weitere Prozentpunkte. Lediglich zwei unpatriotische Entgleisungen hatte Klose der Bundesregierung vorzuwerfen. Erstens habe sie den Asylantenstau zu verantworten und zweitens habe sie ihre Augen vor dem Skandal verschlossen, daß in der neuen Opelfabrik in Eisenach japanische Technologie verwendet werde. »Sechsmal«, frohlockte die »Hamburger Morgenpost«, habe der Kanzler bestätigen müssen: »Herr Klose, Sie haben recht.«

Zwar hat die SPD in ihrer Geschichte schon Schlimmeres beschlossen, dennoch darf der Bonner Sonderparteitag durchaus mit »Gotha« oder »Godesberg« in einem Atemzug genannt werden, wenn danach gefragt wird, welche Bedeutung er in »seiner« Epoche besitze. Denn schließlich enthält die bundesdeutsche Verfassung nur zwei Regelungen, die als Versuch gewertet werden können, aus den beiden Weltkriegen und den Massenmorden der Nazis Konsequenzen zu ziehen: ein über die allgemeine Flüchtlingskonvention hinausgehendes Asylrecht und die Festlegung eines deutschen Militäreinsatzes auf den Verteidigungsfall. Den ersten Erinnerungsposten kippte der Parteitag mit 90 Prozent seiner Stimmen, den zweiten mit 75 Prozent. Anderslautende Interpretationen von Sozialdemokraten sind Makulatur, die lediglich einen Rest an schlechtem Gewissen bezeugen.

Dieses schlechte Gewissen hatte viele Genossinnen und Genossen auf Bezirks- und Landesversammlungen noch für die strikte Beibehaltung des Paragraphen 16 GG votieren lassen, ein Umstand, der die SPD-Führung zu großen Anstrengungen zwang. Bis selbst Peter von Oertzen sein Einverständnis mit der Abschaffung des Asylrechts und deutschen Militäreinsätzen überall auf der Welt als linken Konsens präsentierte, weil die SPD niemals »auf dem Weg nach rechts mitmarschieren« werde, war ein hartes Stück Arbeit nötig.

Wie entfesselt mußte die Respektsperson Vogel aus ihrer Versenkung an die Spitze der Bewegung für ein besseres Bild Deutschlands im Ausland hüpfen und immerfort betonen, der Paragraph 16 GG sei »ein Stück sozialdemokratischer Identität«. Nur mit der so erworbenen innerparteilichen ›Glaubwürdigkeit‹ konnte er dann auf dem Parteitag die Opferung des Paragraphen als Sicherung desselben verkaufen und die einzige Genossin, die zur Ablehnung des Leitantrages aufgerufen hatte, väterlich darauf hinweisen, daß noch alle Sozialdemokraten, die zu Verstand gekommen seien, einmal so angefangen hätten wie sie. Balsam für das schlechte Gewissen war, daß die Parteiführung einige Wochen zuvor bereits einen Schritt zu weit gegangen war und den Delegierten ihr eigener Sündenfall nun wie ein Sieg im Kampf um Menschenrechte vorkam.

Es fiel Gerhard Schröder zu, den Leitantrag zum Asylrecht zu begründen. Er wußte, daß die geschundenen Seelen im Saal eines Zuspruchs bedurften, der ihnen Absolution für den Sündenfall erteilte. Absolution erteilen zu können ist das A und O einer sozialdemokratischen Karriere. Also sprach Schröder: »Die deutsche Sozialdemokratie schaut nicht schweigend zu, wie das Herzstück unserer Verfassung abgeräumt wird.« Das war der Balsam. Dann aber sagte er: »Wer einfach nur auf dem Verfassungskonsens von 1949 beharrt, findet sich plötzlich linksaußen wieder.« Das war die Drohung mit der Höchststrafe für jeden Sozialdemokraten. Wo war der Ausweg? »Wir müssen endlich anfangen, ... in der Dritten Welt« Hilfe zu leisten. Das war die Lösung. Denn für eine Kommission »Hilfe zur Selbsthilfe« benötigt man die Menschen in ihren Heimatländern und nicht hier. Die Stimmung im Saal verbesserte sich schlagartig, so daß Schröder seinen Beitrag risikolos karnevalistisch beenden konnte: »Arsch hoch, Zähne auseinander! Dafür wird dieser Parteitag die Basis schaffen.«

Zufrieden und in Harmonie beschloß der Parteitag sodann: »Deutschland ist ein weltoffenes Land« und – vermutlich darum – : »die Menschen in unserem Lande sehen sich durch die hohe und rasch wachsende Zuwanderung überfordert«, machen Pogrome oder haben wenigstens beim Zuschauen Freude. Die Logik des Beschlusses lautet: Erhaltung des Individualrechts auf Asyl mit Rechtsweggarantie und ohne Länderlisten bei gleichzeitiger drastischer Beschränkung des Kreises derjenigen, die es in Anspruch nehmen könnten, und raschem Hinauswurf des Restes, der durchkommt. Alle Asylbewerber, die Deutschland auf dem Landwege »über ein Drittland erreicht haben«, müssen »in das Drittland zurückkehren«. Da diese »Drittländer« ihrerseits an Flüchtlingen auch nicht interessiert sind, haben sie begonnen – wie beispielsweise Ungarn – vorsorglich spezielle Grenztruppen aufzubauen. Über finanzielle Hilfen für die Herkunftsländer will die SPD »nachdenken«. Statt Länderlisten will sie ein »deutlich beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren« für solche Flüchtlinge, »bei denen aufgrund des Herkunftslandes eine ... Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist«. Eine unnötig komplizierte Umschreibung des Begriffs ›Länderliste‹. Was die Rechtsweggarantie betrifft, die die Möglichkeit der Beschwerde bei einem Verwaltungsgericht oder einer – wie es die internationale Flüchtlingskonvention vorsieht – anderen Beschwerdeinstanz festschreibt, behauptet die SPD, ihr Szenario erlaube, verglichen mit dem der CDU, einen kürzeren Prozeß. H.J. Vogel fragte sich: »Weshalb sollen Beschwerdeinstanzen schneller als Gerichte« sein, und Björn Engholm versprach: »zwei bis fünf Tage«. Nachgedacht wird im übrigen über die Einrichtung von Sammellagern für Flüchtlinge, in denen Tür an Tür Lagerverwaltung, Ablehnungsstelle und Beschwerderichter für eine schnelle Vollstreckung sorgen.

Für den Fall, daß die Regierungsparteien in den gemeinsamen Verhandlungen doch die besseren Argumente für das von allen angestrebte Ziel »Asylanten raus« anbietet, ist vorgesorgt. »Abgeordnete müssen im Rahmen der Vorgabe (der Partei) frei in der Gestaltung sein«, betonte Engholm, weil die SPD ein imperatives Mandat nicht kenne. Wer eine Einigung mit *der* Partei anstrebt, die Deutschland als »durchrasste Gesellschaft« gefährdet sieht, wird wohl noch weitere Abstriche machen müssen. Als absehbaren Kompromiß hat die Hamburger »Morgenpost« angedeutet: »Richter sitzen in den Auffanglagern und entscheiden sofort, ob die Ablehnung des Asylbewerbers rechtmäßig ist. Dann könnte abgeschoben werden. Widerspruch dagegen wäre nur noch vom Ausland aus möglich.«

Die wiederholten Beteuerungen Engholms, die SPD habe sich keineswegs dem faschistischen Mob auf der Straße gebeugt, scheinen zwar insofern widerlegt, als sie dessen Hauptforderung schleunigst erfüllen möchte, andererseits hat dieser Hinweis jedoch eine gewisse Berechtigung, weil sich die SPD ebensogut auf den Willen von 96 Prozent der Bevölkerung berufen kann. Vieles deutet darauf hin, daß – wie üblich – Opportunismus gegenüber dem Massenkonsens das entscheidende Motiv für den Kurswechsel war (und daß eben eine Unterscheidung zwischen faschistischem Mob und Mehrheit der Bevölkerung jedenfalls in der »Asylfrage« immer schwerer wird). Engholm: »Der Hut, den wir in der Vergangenheit gefertigt hatten, der paßte nicht mehr auf die heutige Lage. Da kann man sagen: Da muß man das Volk so beeinflussen, daß es wieder unter den Hut paßt. Oder man muß sagen: Wir müssen einen neuen Hut machen. Wir sind dabei, einen neuen Hut zu machen.«

Die Geschichte mit dem Hut erklärt jedoch noch nicht, weshalb man das aus dem Ruder gelaufene Volk nicht lieber beeinflussen sollte. Ein Gedanke, der für einen Antirassisten immerhin näher liegt. Das Motiv für die Anfertigung eines neuen Hutes hat Willy Brandt geliefert. »Er«, Engholm, fühle sich »dem deutschen Volk näher« als solchen Parteigängern der SPD, »die am Papier (so wird heute die bundesdeutsche Verfassung bezeichnet, R.T.) kleben, an Dogmen und Denkschablonen«, denn schließlich könne ein Volk »kollektiv nicht irren«, wie wir alle wissen.

Dieses brutale Bekenntnis zum Bewußtseinsstand der deutschen Volksgemeinschaft hat Engholm in Kenntnis der letzten Meinungsumfragen abgelegt. Danach meinen 96 Prozent der Deutschen, es sei »besonders wichtig« oder »wichtig«, »das Problem der Ausländer« – und nicht etwa ihr eigenes – »in den Griff zu bekommen«. Das Hauptmotiv für die Gewichtung dieser Frage war nicht etwa die illusionäre und gleichermaßen grausame Hoffnung, mit der Vertreibung von Ausländern könnte dem faschistischen Terror der Boden entzogen werden. Die Antworten belegen, daß egoistisches Kalkül und Verfolgungswahn den Parolen der Nazis entsprechen. 74 Prozent glauben, daß die Ausländer die Wohnungsnot verschärfen, 60 Prozent sind überzeugt, daß Flüchtlinge ihnen die Arbeitsplätze stehlen, und gleich viele sehen in den Ausländern eine »Gefahr auf der Straße«. 62 Prozent fühlen sich wie eifersüchtige Kinder »vernachlässigt«, weil »deutsche Politiker sich zu sehr um diese Ausländer und nicht genug um die Deutschen kümmern«. Für die SPD wog besonders schwer, daß sich sozialdemokratische Wähler als die dümmeren hervortaten. Immerhin bedauern 16 Prozent aller Bundesbürger den neuen Engholm-Kurs in der Asylfrage, aber nur 11 Prozent der SPD-Wähler. Und während 51 Prozent der Bundesbürger deutsches Militär wieder im Auslandseinsatz sehen wollen, verlangt es 55 Prozent der SPD-Wähler danach.

Die SPD nun als allein vom Volkswillen getriebene Partei zu betrachten, wäre jedoch falsch. Schließlich haben sich alle staatstragenden Parteien an der Zuspitzung dieses Volkswillens beteiligt – was sich im Leitantrag der SPD etwa so widerspiegelte, daß den Deutschen Recht gegeben wird darin, sich von den vielen Ausländern bedrängt zu sehen. Das »Asylantenproblem« ist der Bevölkerung ins Hirn gehämmert worden, bis es zur fixen Idee gedieh, die nur noch von der Vertreibung die Erlösung erwartet. Alte Meinungsumfragen zeigen, daß vor dieser Staatskampagne Arbeitslosigkeit, Renten und Umwelt als vorrangige Probleme galten – trotz der Millionen Ausländer im Land.

Ein weiteres Motiv für die plötzliche Bereitschaft, Artikel 16 GG zu kastrieren, war die Angst der SPD, die CDU könne sich – ebenfalls gestützt auf das Massenbewußtsein – als konsequentere Vollstreckerin desselben eine uneinholbare Gunst verschaffen. Immerhin hatte sie mit der denkbar schärfsten Maßnahme unterhalb der Generalmobilmachung gedroht. Helmut Kohl: »Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr..., ich sage mit Bedacht, ... eines Staatsnotstandes.« Nach dieser Äußerung war die Akzeptanz der SPD in Meinungsumfragen vorübergehend bedrohlich gesunken.

Zum dritten aber war da der Erfolg von Bill Clinton in den USA. Und also strebt Oskar Lafontaine nun eine SPD an wie »derzeit die demokratische Partei in Amerika... Da wird Platz bleiben für Minderheitenpolitik. Die Grünen werden sich diese Chance, denke ich, nicht entgehen lassen.« Noch deutlicher wurde Brandts Kronprinz Scharping: »Minderheiten in der Gesellschaft sind zu schützen, aber das Zusammenzählen von Minderheiten ergibt keine Mehrheit... Auch das kann man von Bill Clinton lernen.« Von Clinton lernen, bedeutet: »Die sozialen Belange der Facharbeiter, der Ingenieure, der Handwerker und der Selbständigen« ins Zentrum der Politik zu rücken (Scharping). Nur so sei auch jene ›Glaubwürdigkeit‹ zu gewinnen, die erforderlich ist, »wenn wir den Bürgern unangenehme Wahrheiten zumuten müssen«.

Hier muß daran erinnert werden, daß Clinton mit einer Tradition seiner Partei gebrochen hatte. Er untersagte dem schwarzen Vorzeigedemokraten Jackson jeden Wahlkampfeinsatz und hielt schwarze oder andere Minderheiten aus seinem Wahlkampf heraus, um sich ausschließlich der weißen Mittelklasse zuzuwenden. Gekoppelt mit patriotischen Zügen in der wirtschaftspolitischen Programmatik brachte ihm das sogar die Unterstützung der Wall Street ein. Der Kurswechsel der SPD wird – glaubt man ihrem Hinweis auf das amerikanische Vorbild – also keineswegs nur begrenzt sein auf die Abschottung Deutschlands vor Flüchtlingen und die Vorbereitung von Militäreinsätzen, sondern die Partei verabschiedet sich generell von ihrem ›Modernisierungs‹-Image, das vorübergehend Ökologie, Frieden, Minderheitenprobleme und Frauen integriert hatte. Diese Themen werden an die Grünen zurückverwiesen. In Zeiten, in denen von gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen kaum noch Reste übrig geblieben sind und die Akzeptanz der kapitalistischen Ordnung nach ihrem Sieg über die »realsozialistische« nie dagewesene Dimensionen erreicht hat, setzt die SPD wieder ganz und gar auf arische Facharbeiter, Ingenieure und Selbständige.

Die Aufregung nach der Ermordung türkischer Frauen und Mädchen in Mölln sollte nicht zu Mißverständnissen führen. Es täte zwar gut, wenn daraus ein wirklicher Widerstand gegen die Pogrome erwüchse. Den Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft kommt es aber gerade darauf an, ihn zu unterdrücken. Aus diesem Grund werden Politiker aus Deutschland und der Türkei gemeinsam aufgeboten, um zu beschwichtigen. Obendrein bestätigen die Aufrufe zum Schutz der Wachstumsraten der deutschen Industrie ausdrücklich die gnadenlose Politik gegen Asylbewerberinnen und -bewerber. Man unterstreicht seinen Willen zur rassistischen Behandlung sowohl der Flüchtlinge als auch der hier arbeitenden Emigranten dadurch, daß sie je nach reinen Nützlichkeitskriterien bewertet werden. Ihr spezifischer Nutzen spiegelt sich den Urteilen der Gerichte wieder, die Morde an Schwarzen oder Roma wie Kavaliersdelikte behandeln, den Mord an einer türkischen ›Gastarbeiter‹-Familie dagegen wohl etwas härter bestrafen werden. Die »Frankfurter Rundschau« hat den jeweiligen Nutzen bzw. Schaden genau vorgerechnet. Ausländer in deutscher Produktion »steuerten 200 Milliarden... zum Sozialprodukt bei..., als Konsumenten ließen sie 1989 mehr als 60 Milliarden Mark springen.« Die Rentenversicherungsträger errechneten ein Beitragsvolumen von fast 13 Milliarden – »bei einem Abfluß an Altersruhegeld von nur 3,7 Milliarden«. Und wie nicht anders zu erwarten war: »Bei den... Asylbewerbern ergeben sich ganz andere finanzielle Relationen.«

Ähnlich grob stellte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer aktuellen Broschüre die Lage dar: »Die Lösung der Asylfrage ist zugleich der Schlüssel für die Bewältigung der gesamten Ausländerprobleme.« Das soll heißen: Man wirft dem Volk die Asylbewerber zum Fraß vor und verlangt von ihm, jene in Ruhe zu lassen, die ihren Beitrag zum deutschen Sozialprodukt leisten. Es beruhigt keineswegs, daß zumindest diejenigen, die für das deutsche Sozialprodukt arbeiten, sich das Recht erworben haben, am Leben zu bleiben. Denn eben derlei Nützlichkeitserwägungen werden zur Falle für Emigranten, wenn die Wirtschaftskrise die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft noch weiter senkt. Dann wird man ihre Nützlichkeit mathematisch neu ermitteln.

Als stabileres Motiv für die momentane Demonstration von Härte gegen faschistische Mörder könnte sich die Angst vor den Reaktionen des Auslands erweisen. Über die Goethe-Institute »schwappt nach den Worten ihres Präsidenten... eine ungeheure Welle der Antipathie... Vor allem in Italien, Griechenland oder Nordamerika« seien heftige Reaktionen »auf die Ereignisse in Deutschland zu verzeichnen« (»Süddeutsche Zeitung«). Außenminister Kinkel berichtete erschrocken: »Die Welt ist bestürzt«, und er sei in »Erklärungsnot« gekommen. Auf eine Protestnote wg. Menschenrechtsverletzungen hatte die chinesische Führung geantwortet, Kinkel solle sich mal lieber um die Pogrome in Deutschland kümmern. Es ist nicht auszuschließen, daß sich diese Stimmung in sinkenden Exportraten niederschlägt. Diese Gefahr bereitet der »Bild«-Zeitung bereits schlaflose Nächte. Sie titelte: »Warenboykott, Investitionsstop, Sportsperre... So kann uns die Welt bestrafen.«

Spätestens dann aber wird die SPD die Regierung übernehmen müssen und Willy Brandts Wiederauferstehung organisieren. Die Zeichen stehen gut. Nach ihrem Sonderparteitag konnte sie in der berühmten Sonntagsfrage einen Sprung

von 37 Prozent auf bemerkenswerte 45 Prozent machen. Die Erledigung des »Asylproblems« dankte die Bevölkerung Björn Engholm damit, daß sie ihn mit 38 Prozent Zustimmung an Helmut Kohl vorbeiziehen ließ, der auf 27 Prozent sitzenblieb.

Rainer Trampert schrieb in KONKRET 10/92 zusammen mit Thomas Ebermann über die »Gerechtigkeitskomitees«

Konkret 01/93, S. 13

Wolfgang Schneider

Aufruf zum Aufmarsch

Wie Marion Gräfin Dönhoff, Helmut Schmidt und Wolfgang Thierse mit einigen Gleichgesinnten doch noch die Führung der Bewegung übernahmen

Mitte November 1992 hat der Rowohlt Verlag unter dem Titel »Ein Manifest. Weil das Land sich ändern muß« ein Buch veröffentlicht, das – wie der Verleger Michael Naumann in seinem Anschreiben versprach – »einen Weg aus der geistigen und politischen Krise der Bundesrepublik« weise, den die Deutschen beschreiten müßten, wenn sie nicht »sich selbst und ihre Nachbarn« gefährden wollten. Der Text ist in das eigentliche »Manifest« und sechs weitere Kapitel gegliedert. Das »Manifest« beginnt so: »Nein, nein und abermals nein: So haben wir uns weder die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten noch das befreite, endlich wiedervereinigte Deutschland vorgestellt. Wir hatten gehofft, das Ende der DDR ... werde eine allgemeine Aufbruchstimmung zeitigen. Statt dessen macht sich resignierende Unlust breit. Die Bürger sind frustriert, Regierung wie Opposition ohne Elan und ohne Vision ... Niemand hat ein Konzept. Alle sind gleichermaßen ratlos ...« Und so endet es: »Wir alle müssen uns ändern. Ein Wandel der Maßstäbe ist notwendig. ... Das Gemeinwohl muß wieder an die erste Stelle rücken. Es ist ein Skandal, daß Gewalt, Korruption und ein egoistischer Bereicherungstrieb als normal angesehen werden ... Wir haben es satt, in einer Raffgesellschaft zu leben, in der Korruption nicht mehr die Ausnahme ist und in der sich allzu vieles nur ums Geldverdienen dreht. Es gibt wichtigeres im Leben des einzelnen wie auch im Leben der Nation.«

Dazwischen werden allerlei »Probleme« angerissen: Das »Manifest« warnt vor einem weiteren raschen Wachstum der Weltbevölkerung und fordert zu dessen Eindämmung »ein Konzept, in dem der Begriff Verzicht die Hauptrolle spielen muß«; es beklagt »die Schrecken des täglichen Fernsehens«, die »Gewalt in den Schulen« und die »zweckentfremdete Massenuniversität« ebenso wie die Ungelöstheit des »Asylproblems« – »nichts Entscheidendes wurde unternommen« – , die mangelnde »Qualität der politischen Klasse« und die »Schuldenlast« der BRD, die entstanden sei, »weil wir zu üppig gelebt haben«; es konstatiert besorgt ein »Klima von Anspruchsdenken, Nicht-gefordert-Werden und Bindungslosigkeit«, das »über die Interessenverbände und die Volksvertretungen alle verantwortlichen Schichten (durchdringt)«, einen »allgemeinen Verhaltenswandel, der sich breitmacht: Von Gemeinwohl spricht keiner mehr... die meisten denken an nichts anderes, als an ihr eigenes Wohlergehen«; es zitiert zustimmend den ersten Satz des Ahlener Programms der CDU von 1947: »Kapitalistisches Macht- und Gewinnstreben kann nicht Inhalt und Ziel der staatlichen Neuordnung in Deutschland sein« und ruft »die konservativen Werte von Heimat, Vaterland, Treue und Opferbereitschaft« in Erinnerung, die der Nationalsozialismus lediglich »mißbraucht und pervertiert« habe; es warnt vor den Tücken einer *»permissive society,* die keine Grenzen setzt und keine moralischen Schranken errichtet«, weil sie »letzten Endes zur Zerstörung von Freiheit und Liberalität« führe, und droht: »Wer sich apolitisch verhält, schadet der Gemeinschaft«; es ist schließlich von der Möglichkeit einer radikalen Änderung der Verhältnisse hierzulande durchaus überzeugt und läßt es daher auch an gutem Zuspruch nicht fehlen: »Es ist nicht einzusehen, warum es uns so schwer fallen sollte, freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzichte zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt.«

So weit, so vertraut – eine veritable Sammlung klassischer Gemeinplätze aus dem Repertoire faschismuskompatibler Kultur- und Gesellschaftskritik, zu der der Aufruf zum Verzicht ebenso gehört wie der Appell an die Opferbereitschaft, die antikorruptionistische Emphase ebenso wie das Ressentiment gegen den Wohlstand, die Klage über den Verfall überkommener Wertvorstellungen ebenso wie der Affekt gegen das kapitalistische Streben nach Profit, die Denunziation bloß fürs private Glück raffender Schmarotzer ebenso wie die Lobpreisung der selbstlos fürs Gemeinwohl schaffenden Heroen der Stirn und der Faust, die Warnung vor der Gewährleistung staatlicher Kontrolle sich entziehender Freiheitsrechte ebenso wie die Geringschätzung der Konfliktaustragungsmechanismen parlamentarischer Demokratien, die Drohung mit dem Stigma des ›Schädlings‹ für alle, die nicht spuren, ebenso wie die Annahme einer Volksgemeinschaft, die im Kriegsfalle »selbstverständlich« und ›wie ein Mann‹ hinter ihrer Führung steht.

Stammte der Text von Gerhard Frey, Franz Schönhuber oder Heinrich Lummer, er wäre der Erwähnung nicht wert. Er stammt aber von Marion Gräfin Dönhoff, Herausgeberin der »Zeit« (parteilos), Meinhard Miegel, Geschäftsführer des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (CDU-nah), Wilhelm Nölling, bis vor wenigen Monaten Präsident der Hamburger Landeszentralbank (SPD), Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler Benz AG (SPD), Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler und Herausgeber der »Zeit« (SPD), Richard Schröder, Theologe und Politiker (SPD), und Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Und das macht ihn zu einem Problem – für diejenigen jedenfalls, die sich zutrauen, auch künftig noch die Bestrebungen der Rechtsradikalen von den politischen Einstellungen der gesellschaftlichen Eliten und der Bevölkerungsmehrheit unterscheiden und isolieren zu können.

Das Problem wird nicht kleiner durch die dem »Manifest« angehängten sechs Kapitel (bis auf Reuter, der angeblich nicht fertig geworden ist, hat jede/r der Genannten eins formuliert, und wer sich Mühe gibt, kann herausbekommen, wer welches). Gleich das erste ist mit »Damit die Deutschen nicht aussterben« überschrieben und behandelt in auffälligem

Kontrast zur wiederholten Betonung der »Notwendigkeit, die Bevölkerungsexplosion zu beenden«, eine Reihe von Maßnahmen, die die Deutschen ergreifen sollten, um a) den Rückgang ihrer Bevölkerungszahl zumindest zu bremsen und b) seine Auswirkungen unter Kontrolle zu halten. Die Rezeptur ist simpel: »künftige Belastungen von Wirtschaft und Gesellschaft vermeiden« +»Familienpolitik« + Steuerung der Zuwande-rung – »ob und nach welchen Gesichtspunkten Zuwanderer ausgewählt werden sollen« – , dafür verspricht sie einen verblüffenden Erfolg: »Bei konsequenter Verfolgung dieser Strategie dürfte die Bevölkerung Deutschlands (gemeint ist natürlich die deutsche Bevölkerung, W.S.) ... die nächsten zwei bis drei Generationen überdauern können.«

Es folgen einige Kapitel zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im wiedervereinigten Deutschland, die Vorschläge enthalten, die jede/r in den letzten anderthalb Jahren bereits dutzendfach gelesen oder gehört hat: »Abbau von Besitzständen« und »Verlust wohlerworbener Rechte« für Westdeutsche und eine »lange Wegstrecke« mit »erheblicher Verlangsamung der Angleichung ostdeutscher Löhne und Gehälter an das westdeutsche Niveau« für die Wirtschaftsasylanten aus der Zone. Zwecks Lösung der anstehenden Probleme wird eine Formierung der Gesellschaft angestrebt, gegen die die Große Koalition ein Tummelplatz für Klassenauseinandersetzungen gewesen ist, ein »Solidarpakt von Regierung, Opposition, Bundesbank und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen«: »Wir können uns kleinlichen Parteienstreit nicht mehr erlauben« – eine Floskel, mit der die Deutschen in diesem Jahrhundert bereits zweimal ihren Einstieg in die Katastrophe ankündigten.

Erst im Schlußabschnitt kommt der Text wieder so richtig auf Touren, denn nun gilt's, »für das geeinte Deutschland eine Vision zu entwickeln«. Nichts dergleichen jedoch geschieht, vielmehr wird abermals und mit solcher Inbrunst die Klage über die »Raffgesellschaft« angestimmt, daß es schwerfällt, die antizivilisatorischen Töne darin zu überhören: »Heute geht es immer nur um materiellen Fortschritt, kommerzielle Leistung und wachsendes Potential – der Geist hat keinen Raum mehr in diesem Weltbild. ... Die Humanitas ist einfach verlorengegangen. ... Junge Menschen (wachsen auf) ohne feste moralische Wertbegriffe, ohne Bindungen, auch ohne Glauben.« »Bindung ist die gängige Vokabel für die Zumutung von Zucht«, hat Adorno geschrieben, und eben die meint auch das Dönhof-Manifest: »Die Bindemittel einer Gesellschaft sind Tradition, Religion, soziale Gewohnheiten. Wo sie fehlen, ist nichts mehr unmöglich«, sogar mordende Nazi-Banden gibt's wieder, die hier jedoch anders genannt und geradezu liebevoll so beschrieben werden: »Jene jungen Banditen, die durch Provokation auf sich aufmerksam machen wollen, möchten im Grunde sich bewähren. ... Ein Pflichtjahr, in dem Gemeinschaftsdienst geleistet wird, der ihnen die Möglichkeit zu sinnvollem Tun bietet und zur Bewährung in Solidarität, würde sie auf die Dauer mehr befriedigen als ... die brutalen Überfälle auf wehrlose Menschen. Notwendige Arbeit gibt es schließlich genug.«

Das kommt dabei heraus, wenn potentielle Nazis ›Antifaschismus‹ spielen: Was den Eindruck erweckt, als handle es sich um eine Anregung zur Abstrafung rechtsradikaler Gewalttäter, entpuppt sich als Vorschlag zur Wiedereinführung des Reichsarbeitsdienstes, und was zum Schutz verfolgter Ausländer ersonnen worden zu sein scheint, soll in Wahrheit und im Kontext einer zynischen Pädagogik nur dem Wohl der Verfolger und also dem Volksganzen dienen.

Der »Spiegel« hat das Rowohlt-Pamphlet, von dem innerhalb einer Woche 20.000 Exemplare verkauft worden sind, »ein Manifest für Deutschlands Neubeginn« und »einen flammenden Aufruf zum Aufbruch« genannt. Er hat das positiv gemeint und die theatralische Attacke auf die »Raffgesellschaft«, die als Zitat in Postergröße mittlerweile auch linke Buchhandlungen schmückt, als »ehrliches, wichtiges Bekenntnis« noch besonders hervorgehoben. Da er dabei zutreffend darauf hinweisen konnte, daß »Hunderte von SPIEGEL-Seiten ... seit Jahren die gleiche Botschaft (transportieren)«, wird man sich darüber nicht wundern dürfen.

Wer allerdings vom allgemeinen Irrsinn sich noch nicht hat anstecken lassen, wird angesichts brennender Flüchtlingsheime auf flammende Aufrufe zum nationalen Aufbruch anders reagieren. Er wird beispielsweise Leuten, die es »satt haben«, in einer »Raffgesellschaft« zu leben, die gleichwohl aber weder deren Eigentumsverhältnisse umstürzen noch nach Grönland oder Papua-Neuguinea auswandern wollen, raten, sich schleunigst aufzuhängen. Er wird auf die selbst unter hiesigen Verhältnissen nicht gewöhnliche Verlogenheit eines Textes aufmerksam machen, in dem u.a. ausgerechnet der Chef des größten deutschen Industrie-Konzerns, Produzent von Luxus-Limousinen und Herr über einen Großteil der deutschen Rüstungsindustrie (Jahresgehalt: ca. 2 Millionen DM), gegen »egoistischen Bereicherungstrieb« und »kapitalistisches Macht- und Gewinnstreben« wettert. Er wird womöglich, verblüfft über die brutale Offenheit dieses »Manifestes für Deutschlands Neubeginn«, nachlesen wollen, was seine Autoren in der letzten Zeit denn sonst noch so verlautbart haben.

Und das lohnt sich. Im Fall des »Zeit«-Herausgebers Schmidt zum Beispiel. Am 12. September 1992 veröffentlichte die »Frankfurter Rundschau« ein ausführliches Interview mit dem ehemaligen Bundeskanzler. Darin erläuterte Schmidt, warum er es für einen Fehler halte, »daß wir zu Zeiten von Ludwig Erhard ... ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik hineingesogen haben«, und warum die Annahme, »daß eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müsse, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren«, »abwegig« sei: »Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen. ... Weder aus Frankreich, noch aus

England, noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen diese Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft. ... Die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft« sei »praktisch in einer Demokratie, wo jeder Bürger tun und lassen kann, was er will, kaum zu verwirklichen.« Und »da wir in einer Demokratie leben, müssen wir uns auch ein bißchen, bitte sehr, nach dem richten, was die Gesellschaft will.« Natürlich könne es auch dann noch »dazu kommen, daß wir überschwemmt werden«. Also gelte es, aus Gründen der Abschreckung den Aufenthalt für Flüchtlinge hierzulande so unangenehm wie möglich zu gestalten: »Es muß derjenige, der aus Bosnien oder aus Rumänien kommt, wissen: Er kommt ins Lager...« Weswegen, soll die Wahl dieser Beispiele wohl signalisieren, er genausogut bleiben könne, wo er ist. Und Schmidt wählte seine Worte, *nachdem* ihn der Interviewer behutsam daran erinnert hatte, daß »der Lagerbau in Deutschland eine schwierige Geschichte« habe.

Aber muß man derlei wirklich noch kommentieren? Auf das Nazi-Vokabular besonders hinweisen? Das abwehrende Gerede vom »Schmelztiegel« einem Beitrag aus der »Zeit« vom 17. Mai 1992 konfrontieren, in dem Schmidt zu beschreiben unternahm, »was not tut, damit die Verschmelzung der Deutschen gelingt«? Den Zynismus eines Demokratieverständnisses bloßlegen, das offenbar die staatliche Duldung von Pogromen einschließt? Ich möchte statt dessen lieber darauf aufmerksam machen, daß und wie Schmidt bereits sieben Tage zuvor in einem Interview mit der »Bild«-Zeitung zur »Ausländerfrage« Stellung genommen hatte: »Kein Volk der Welt wird es ertragen, wenn jedes Jahr eine halbe Million Ausländer dazukommt wie zu uns, Ausländer, die kein Deutsch sprechen. Der Artikel 16 des Grundgesetzes schreibt uns doch nicht vor, daß wir jährlich 500.000 Menschen einlassen müssen.« Eine Woche nach dem Sturm auf die ZAst in Rostock-Lichtenhagen hätten selbst Frey, Schönhuber oder Lummer die Demagogie nicht weiter treiben können. Und sie würden wohl auch auf die Frage »An was sollen die heutigen Jugendlichen glauben?« kaum anders geantwortet haben, als Schmidt dies tat: »An den lieben Gott gefälligst« oder an die »sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu sorgen«. »Aber das Schlimme ist, daß alle nur von ihren Rechten Gebrauch machen wollen« – woraus der ehemalige Kanzler einer sozialliberalen Koalition schloß: »Dieses Land ist führungslos.«

Mit dieser Überzeugung stehen die Unterzeichner des »Manifestes« nicht allein. Seit einigen Wochen häufen sich die Stellungnahmen konservativer Politiker und Publizisten, die – alarmiert durch die destruktiven Folgen der Auflösung des Ostblocks und der Wiedervereinigung und in Erwartung zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten – vor »Chaos«, »Kriminalität«, »Unregierbarkeit« warnen und sich auf die Suche nach jenem Kitt begeben haben, der die befürchtete vollständige Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts doch noch verhindern soll. In ihrem »Demokratie braucht Unerbittlichkeit« betitelten November-Bericht für die »FAZ« hat beispielsweise Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach das Problem so beschrieben: »Deutschland gleicht zur Zeit einem Pulverfaß. Die Bevölkerung ist aufs höchste alarmiert. ... 85 Prozent empfinden die Lage als beunruhigend.« Warum? Aus Angst vor einer Rezession, erklärt Köcher, und weil man den Eindruck habe, »daß Regierung und Opposition das Asylproblem ... kulminieren lassen«. Damit aus Angst & Unruhe Mord & Totschlag werden können, muß allerdings noch etwas hinzukommen: »Die Diffamierung durch politische Brandstifter, die die Unruhe der Deutschen über diese Entwicklung offen oder unterschwellig mit Ausländerfeindlichkeit gleichsetzen, läßt die Beunruhigung teilweise in Wut umschlagen.«

Wer den Haß auf Ausländer Ausländerhaß nennt, ist nach Meinung der Leiterin des Allensbacher Instituts jedoch nicht nur verantwortlich dafür, daß das Verständnis für Brandanschläge auf Flüchtlingsheime innerhalb eines Jahres von 12 auf 16 Prozent (im Westen) und von 11 auf 15 Prozent (im Osten) anstieg und die Überzeugung, politische Entscheidungen ließen sich allein durch Gewalt herbeiführen, nunmehr von 25 Prozent der Westdeutschen (1991: 18) und 30 Prozent der Ostdeutschen (1991: 16) geteilt wird, sondern auch Teil einer subversiven gesellschaftlichen Tendenz, die »eine tiefgreifende, lange Zeit kaum wahrgenommene Veränderung der ethischen Bindungen« bewirkt habe: »Immer weniger werden Grundsätze als verbindlich akzeptiert.« Und das seit etwa 25 Jahren: »Der Abbau von festen Normen ist eine Spätfolge der achtundsechziger Bewegung, die sich gegen jegliche Beschränkung der individuellen Freiheit wandte, sei es durch Autorität oder durch feste Regeln.«

So leicht wollte es sich Joachim Fest denn doch nicht machen. Statt lediglich zum wiederholten Male die überstrapazierten 68er der »Zersetzung« des Gemeinwesens zu zeihen, hat der Herausgeber der »FAZ« am 21. Oktober einen Beitrag in sein Blatt rücken lassen, mit dem er sich in die offene Flanke der Offenen Gesellschaft wühlte, um »eine Gefahr« aufzuspüren, »die sozusagen aus den liberalen Gesellschaften selber kommt« und ein unmittelbarer Effekt des Endes der Systemkonkurrenz ist: »Die Auseinandersetzung zwischen totalitärer und freiheitlicher Ordnung verschaffte immerhin beiden Seiten einen ... überpersönlichen Gedanken, der die Hingabebereitschaft vieler Einzelner stimulierte und ihrem Tun einen höheren Sinn gab. Das ist jetzt vorbei.« Hier liege »der Kern der Krise«: »Es ist der große, gleichsam eingeborene Mangel aller liberalen Ordnungen, daß sie keinen Lebenssinn vermitteln«, sondern eine Welt schaffen, »in der alles geht und nichts wirklich wichtig ist. In der erlaubt ist, was man will. In der eine Generation von Erben« – und eben nicht das ›schaffende Kapital‹ – schaltet und waltet und »mit dem Schatz der Prinzipien, den Wahrheiten und den Werten ein fröhlich-verzweifeltes Feuerwerk veranstaltet, das alles mühsam Erworbene verzehrt«. »Demokratische Strukturen, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft« sind Fest nur mehr »Mechanismen«, »Instrumente und Methoden«, »lediglich Mittel, nicht schon der Zweck« – »sie ergreifen niemanden, entfachen und erwärmen nicht das Gefühl«. Kurz: Seit der Niederlage

des Kommunismus sei »die liberale Welt ... nichts anderes als ein System von Verfahrensregeln«, die zur Disposition gestellt werden sollten, da ansonsten, »was jenseits davon liegt, alle Gewißheiten und Werte, sich ... im Stimmengewirr pluralistischer Diskurse (auflösen)«.

Die Reihe ließe sich leicht fortsetzen – mit Hinweisen etwa auf den Berliner Ableger des Rowohlt-Verlags, der fürs Frühjahr Helmut Schmidts neues Buch »Handeln für Deutschland« mit besonderem Nachdruck als Abschied von der »weich ausgepolsterten Wohlstandsgesellschaft« anpreist, und auf Johannes Gross, der in seinem Gruß zum 70. Geburtstag des Theoretikers der Formierten Gesellschaft, Rüdiger Altmann, die Überzeugung äußerte, »daß die herkömmlichen Mechanismen des Pluralismus verbraucht und zur Existenzbewältigung der Massendemokratie des 20. Jahrhunderts völlig ungeeignet« seien (»FAZ«, 1.12.92) – , doch was folgt aus ihr? Zumindest viererlei: 1. daß Klaus Hartung ein Dummkopf ist – und nicht nur, weil er das Timing seines Beitrags »Wider den linken Alarmismus« so gründlich vermasselte (drei Tage vor den Morden in Mölln ausgerechnet im Blatt Dönhoffs und Schmidts vor Übertreibungen einer »linken Defensivkultur« zu warnen, tztztz); 2. daß es hierzulande einflußreiche Vertreter eines längst epidemischen rechten »Alarmismus« gibt, die bereit sind, zum Zwecke der Bewältigung einer Krise, die sie im »zersetzenden« Wirken von »Reichtum und Bequemlichkeit« – so Fest – bereits ausgemacht haben, auf autoritäre Konzepte zurückzugreifen; 3. daß Dönhoff & Co. da nicht nur im Trend liegen, sondern mit ihrem »Manifest« an der Spitze der Bewegung marschieren; und 4. daß Warnungen vor einer Faschisierung der Gesellschaft dort ihren aufklärerischen Sinn verloren haben, wo ganz offen mit ihr gedroht wird.

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 6/92 über »Deutschlands Wiederkehr«

Konkret 01/93, S. 16

Boris Gröndahl

Gleichbedeutend mit schlecht

Noch ein Linker entdeckt die »deutsche Identität« als Schicksalsfrage. Er sitzt in der Grundsatzabteilung der deutschen Gewerkschaft IG Metall

An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen... haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht zu den ›staatsaufbauenden Kräften‹, daß sie nicht zur ›nationalen Bevölkerung‹ gehören. Niemand in Deutschland ist so hoch gestellt, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges... und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.
Aus dem Protestbrief gegen den Göring-Erlaß »Förderung der nationalen Bewegung« vom 17. Februar 1933 des stellvertretenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grassmann, an den Reichspräsidenten Hindenburg

Sollte alles vergebens gewesen sein? Die Kennzeichnung der Friedens- als nationale Erweckungsbewegung, die Analyse der Blut-und-Boden-und-Mutterkreuz-Ideologie der grünen Partei, die Aufklärung über linken Antisemitismus und der Kampf gegen die »Nation von links«? Das Bemühen, keine Strömung der Linken bei dem Versuch auszulassen, sich unbeliebt zu machen? Alles umsonst, weil der Doktor der Philosophie Wolfgang Kowalsky zu einem Satz mit den Worten anhebt: »Der unerschütterliche Glaube – z.B. der Zeitschrift KONKRET – , links sei gleichbedeutend mit gut...«? So steht es in einem Buch, das dem unerschütterlichen Glauben gewidmet ist, daß die deutsche Linke Fehler begangen hat und begeht, die den erneuten Aufstieg des Rechtsextremismus in der BRD begünstigen (Wolfgang Kowalsky: »Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken«. Ullstein 1992, 174 Seiten, 19,80 Mark).

Rätselhafte Sozialwissenschaftler. Aber vielleicht doch nicht ganz rätselhaft. Kowalskys Buch hat seine Bedeutung, wenn man über derartige Fehlleistungen hinwegsieht, Fehlleistungen, die dem Autor im Zusammenhang mit KONKRET geradezu zwanghaft unterlaufen, seit die Redaktion sich einmal geweigert hat, einen Text von ihm abzudrucken (vgl. »Von KONKRET« 10/92 und 11/92). Nur for the records sei hier ein Beispiel für den Schwachsinn dokumentiert, der Kowalsky entfährt, wenn es um KONKRET geht: Die Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer, die KONKRET Monat für Monat veröffentlicht – und der Kowalsky schon in der »Frankfurter Allgemeinen« die Eigenschaft zuschrieb, rechtsextreme Pogrome zu organisieren – , sei 1. abgekupfert von der rechtsextremen Zeitschrift »Nation Europa«, die regelmäßig »Nachrichten von der Überfremdungsfront« bringt und »Gewalt gegen Deutsche« dokumentiert, 2. gebe »im Gegensatz zu KONKRET... ›Nation Europa‹ die Quellen an«, 3. werden durch die Liste »Ausländer verklärt und glorifiziert« und 4.: »KONKRET suggeriert mit diesen Listen, die Ursachen der zunehmenden Gewalttätigkeiten seit Hoyerswerda seien in einem... Rassismus der Deutschen zu suchen..., nicht jedoch in einer aktuellen sozialen Malaise.« Ja, doch, auf diesen Gedanken kann man wohl kommen, wenn auch eher aufgrund der aufgelisteten Taten als wegen ihrer Auflistung.

Kowalskys Buch ist der Erwähnung wert nicht, weil es originell wäre. Bemerkenswert ist, daß der Autor seit April in der Grundsatzabteilung bei dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall beschäftigt ist. Es scheint, als habe die Gewerkschaft eine größere Partie des Buches zur Verteilung an ihre Bildungssekretäre erstanden, was bedeutet, daß tausende Gewerkschafter auf Seminaren Bekanntschaft mit Kowalskys Positionen machen werden.

Natürlich teilt Kowalsky nicht den unerschütterlichen Glauben – z.B. der Zeitschrift KONKRET – , daß der Fehler der Linken in der Übernahme der Liebe zum Vaterland in ihr Gedankengut liege. Er hat vielmehr acht »verfehlte Strategien«, die er in seinem Buch »in vitro« betrachten will, durch »Herauskristallisieren der Reinform« gewonnen: Die »Antifaschismus-«, die »Aufarbeitungs-«, die »Psycho- und Ausgrenzungs-«, die »Aufklärungs-«, die »Antikapitalismus-«, die »Antirassismus-« und die »Antinationalismus-Strategie«, gegen die er – Finale – Überlegungen zu einer Besetzung der nationalen Frage von links setzt, fest entschlossen, die Politik der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik, sich als die besseren Vaterlandsretter auszugeben, noch einmal zu wiederholen.

Kowalskys Einwände gegen die von ihm gefundenen »Strategien« sind zu einem Teil eine vollkommen inkonsistente Sammlung von Ad-hoc-Argumenten, die nicht selten auf der nächsten Seite von ihm selbst widerlegt werden und die von einer erstaunlichen historischen Unwissenheit zeugen: Wenn er etwa Hajo Funkes Hinweis darauf, daß die »Funktionseliten« ihre im Dritten Reich begonnene Karriere in der BRD zumeist fortsetzen konnten, mit den Worten quittiert: »Belegen kann er diese Behauptung nicht«, oder zu »der Frage..., ob Justitia ›auf dem rechten Auge blind‹ sei«, bemerkt: »Diese Legende stammt aus der Weimarer Republik«. Die penetrant vorgetragene Behauptung, die neurechte habe mit der alten Nazi-Ideologie gar nichts zu tun, verdankt ihren Nachweis ebenfalls der Unkenntnis des Autors, der als »das grundlegend Neue« zum Beispiel verkaufen will, daß die Neue Rechte »antiklerikal und heidnisch« ist und daß sie – nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – im »US-amerikanischen Westen« ihren Hauptfeind sieht. Auch daß »das

Volk einen höheren Stellenwert als der Mensch« habe, ist eins der völlig neuen Issues der Neuen Rechten, das dazu zwinge, »viele Themen neu zu durchdenken«. Wer indes dem Terror eine »a priori bestimmende Rolle« bei der NS-Besatzungspolitik zuschreibe, müsse vorsichtig sein, denn erstens rechtfertige er damit, man höre!, »›Gegengewalt‹ und ›Gegenterror‹..., was für die damalige Zeit zulässig sein mag«. Aber? »Aber dieses Apriori legt Scheuklappen gegen ideologische Faktoren an.« Ach so.

Zum anderen ist Kowalsky in der Lage, zwei Gedanken durch das ganze Buch durchzuhalten: Es sind dies die These, daß die Rechtsextremisten nicht rassistisch seien und die, daß die Linke die »ungelöste Frage der ›deutschen Identität‹« nicht der Beantwortung durch die Rechte überlassen dürfe.

Kowalskys Darstellung zeugt dabei von einer beträchtlichen Nähe zu dem Objekt seiner Forschungen: »Ein Standardthema der Rechtsextremisten, das eng mit der nationalen Identität verknüpft ist, bildet die ›Ausländerfrage‹... Zahlreiche Linke nehmen die Frage zum Anlaß, das Thema zu wechseln, zu verlagern und auf Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sprechen zu kommen. Diese Position wird sich nicht aufrechterhalten lassen; die Anti-Haltung kann als Indiz für die Schwierigkeit genommen werden, Zukunftsperspektiven zu erarbeiten.« Wer von einer »Ausländerfrage« redet, ist kein Rassist, sondern arbeitet an Zukunftsperspektiven. Wie zum Beispiel Kowalsky, der davor warnt zu glauben, »daß Ausländerkriminalität ein rechtsextremes Thema ist« und beklagt, daß »die Angelegenheit« »verharmlost« werde und »jegliche Kritik an Ausländern... ein Sakrileg« sei. Man wird einen jüdischen Spekulanten ja wohl noch einen »jüdischen Spekulanten« nennen dürfen.

Um so mehr, als »das Ignorieren und schönfärberische Wegschieben der Probleme... den Rechtsextremisten das Feld« (welche Probleme, welches Feld?) überlasse und dazu beitrage, »den Gegenstand der Auseinandersetzung zu verklären und damit zu bagatellisieren« (welchen Gegenstand?). Das »Zugpferd rechtsextremer Parteien« ist »die Ausländerthematik«; ein »Anstieg des Rassismus« hingegen ist für ihren Aufstieg nur »ein Faktor unter anderen«. Daß »eine Aussage wie ›Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...‹« schon als rassistisch gelte, habe die fatale Konsequenz, »Widerspruchselimination zu betreiben, die Probleme zu tabuisieren, also schönzufärben« (welche Widersprüche, welche Probleme, wieso »also«?).

Man verwechsele Kowalskys Ausfälle, die als Kritik der manchen Antirassisten zu Recht unterstellten »Xenophilie« daherkommen, nicht mit einer antirassistischen Kritik. Zwar schrammt Kowalsky den Gedanken, daß »auch Antirassismus... zum Bestehen des Rassegedankens beitragen« kann - indem jener die rassistische Position bloß mit einem anderen Vorzeichen versieht. Daß sich die betreffenden Sätze in das Manuskript geschmuggelt haben, kann nur mit den Schwierigkeiten des Autors beim Denken erklärt werden. Die Position Kowalskys, der vor einer »Verniedlichung des Ausländerproblems« warnt, ist im Gegenteil die, daß erst die Ausländer und die durch sie hervorgerufenen Probleme Rassismus hervorbringen.

Um den von der Neuen Rechten inspirierten Rechtsextremismus als nicht-rassistisch bezeichnen zu können, hat sich Kowalsky einen passenden Rassismusbegriff zurechtgelegt. Der Neorassismus unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht vom alten biologistischen Rassismus, indem er nicht mit Begriffen wie Rasse und Blut, sondern mit kulturellen Differenzen, mit verschiedenen Mentalitäten und Religionen operiert und auf eine Einteilung nach Höher- oder Minderwertigkeit zugunsten des für alle Völker gleichen Rechts auf die eigene Identität verzichtet. Das ist freilich ein Verzicht, der in der Praxis problemlos zurückgenommen werden kann. Der Rassismusbegriff, den Kowalsky einführt, ist entsprechend designed: »Rassismus im Sinne von rassisch begründeter Diskriminierung setzt erst ein, wenn die Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der Menschen in Frage gestellt und aus *natürlichen* oder *fixierten kulturellen* Unterschieden eine soziale Rangordnung, eine begünstigte Sonderstellung, eine Vorrangstellung abgeleitet wird.« Das würden Le Pen und Schönhuber sofort unterschreiben.

(Etienne Balibar verdanken wir den Hinweis, daß dieser Neorassismus so neu nicht ist. Tatsächlich sind schon die Nürnberger Rassengesetze an der Definition der jüdischen Rasse gescheitert: Ihr Kriterium, die Religionszugehörigkeit der Großeltern, war ein kulturelles und hatte nichts mit phantasierten physischen Merkmalen zu tun. Auch kennzeichnet den Antisemitismus eher die Furcht vor der »Andersartigkeit« der Juden als ihre Einordnung als »Untermenschen«. Balibar nennt den Neorassismus darum »verallgemeinerten Antisemitismus«.)

Kowalskys zweites Thema, die nationale Identität, folgt dieser Linie. Sobald der frankophile Lack (Nation als »plébiscite de tous les jours«, Zugehörigkeit zur Nation als Bekenntnis zu bestimmten Prinzipien), den er hier und da aufträgt, abplatzt, kommt darunter Altbekanntes zum Vorschein: Der Kosmopolitismus, der »keinerlei emotionale Bedeutung hat«; der »tiefgreifende Defätismus«, den Leute vertreten, die Nationalismus mit Faschismus in Zusammenhang bringen; die »Menschen, die ihre Wurzeln nicht kennen«; Europa, das »kein Vaterland im emotionalen Sinne des Wortes« ist.

Daß Kowalsky im Think-tank von Franz Steinkühler ein Einzelgänger sei, diese Hoffnung kann nach dem Statement seiner Kollegen Hans-Joachim Schabedoth und Wolfgang Schröder, das diese rechtzeitig vor dem SPD-Parteitag und rechtzeitig nach dem Gewerkschaftstag der IG Metall in der »Frankfurter Rundschau« veröffentlichten, fahrengelassen werden. Das Papier, das inhaltlich wie stilistisch auf Kowalskys Mitarbeit verweist (die Linke neige »zur Bagatellisierung der

Unmutsäußerungen aus der eigenen Bevölkerung«), ist »Linker Fundamentalismus in der Krise« überschrieben. Ein etwas eigenartiger Titel für einen Beitrag, in dem die Autoren fordern, zwei Grundgesetzartikel zu ändern: den, der das Recht auf politisches Asyl garantiert, und den, der die Beteiligung Deutschlands an Uno-Militäreinsätzen verhindert. »Zu einem neuen demokratischen und parteiübergreifenden Konsens« über diese Verfassungsänderungen beizutragen, »der die innenpolitischen Voraussetzungen für« (so nennt man das heute:) »eine international vorbildliche Menschenrechtspolitik ebnet«, sei nun die Aufgabe der IG Metall.

Wider den linken Fundamentalismus und den tiefgreifenden Defätismus, für eine linke nationale Identität und einen neuen parteiübergreifenden Konsens. Die IG Metall »ebnet« »die Voraussetzungen«, daß niemand je die Deutschen Gewerkschafter als Deutsche minderen Rechts bezeichne oder behandle. Daß die zwei Metaller, die dem in der »FR« widersprachen, Helmut Schauer und Klaus Lang, ausgerechnet auf »den Respekt« verweisen, »den sich... der Deutsche Metallarbeiterverband in der Weimarer Zeit erworben« habe, jener Deutsche Metallarbeiterverband, der es sich (realistischerweise) nicht zutraute, einen Streik gegen den Papen-Putsch 1932 oder gegen Hitlers Machteinsetzung bei seinen Mitgliedern durchzusetzen und stattdessen lieber den Frontkämpferbund mimte, stimmt auch nicht zuversichtlicher.

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 9/92 über die Linke in der Provinz

Konkret 01/93, S. 18

Oliver Tolmein

»Sowas kostet uns Milliarden«

Mölln und die Folgen: Die allgemeine Erregung über den Mordanschlag auf Türkenwird von der deutschen Politik genutzt, um den Ausbau des Polizeistaats und die Beseitigung des Asylrechts zu beschleunigen

»Die Lähmung des Rechtsstaates ist überwunden«, erklärte ausgerechnet die »FAZ« zufrieden und zu allem entschlossen nach der Verhaftung der mutmaßlichen Mörder von Mölln – gerade so, als ob nicht an gleicher Stelle zwei Wochen zuvor Friedrich Karl Fromme mit einer »neuen Legende« aufzuräumen sich bemüht hätte, der Legende nämlich, daß »die jetzt vermehrt in Erscheinung tretenden Straftäter von rechts milder behandelt (werden) als einst die linken«. Polizei und Justiz, resümierte der »FAZ«-Kommentator damals – mehr als ein Dutzend Menschen waren da bereits ermordet, aber keiner der rechten Täter als Mörder verurteilt worden – , erfüllten ihre Aufgabe zur vollen Zufriedenheit, »von taktischen Fehlern abgesehen«. Eine Lähmung des Rechtsstaates mochte der kluge Kopf keineswegs konstatieren. Statt dessen formulierte er nachdenkliches Verständnis für die Richter und ihre Angeklagten: »Schwer verständlich wäre es, wenn ein normaler Betrüger Bewährung bekommt, ein Jugendlicher, der aus Haltlosigkeit ein Asylantenheim angegriffen hat, aber seine anderthalb Jahre abbrummen muß.«

Den plötzlichen Gesinnungswechsel nach dem Anschlag von Mölln, der sich, wie in allen Medien immer und immer wieder betont wurde, ja nicht gegen Asylsuchende, sondern gegen Gastarbeiter richtete, die brav Steuern und Rentenversicherungsbeiträge bezahlt, mithin den deutschen Wohlstand gemehrt hatten, erklärte in der »FAZ« dann Eckhard Fuhr unter der Überschrift »Gegen die Republik«: »Doch auch in der Gesellschaft müssen Zeichen gesetzt werden... Dazu ist nicht überbordende Fremdenliebe nötig; das gebietet schon die Liebe zum eigenen Land, das man der Schande nicht aussetzen darf.«

Vaterlandsliebe und die Sehnsucht nach einem auch von der übrigen Welt wohlgelittenen Deutschland – das treibt auch die »National-Zeitung« des DVU-Chefs Frey zur Verurteilung des Möllner Anschlags: »Die Deutsche Volksunion – und mit ihr jeder anständige Deutsche dieses Landes – ist entsetzt über die Untat von Mölln.« Als »Konsequenz von Mölln« fordern die Nazis die Wiedereinführung der »Todesstrafe für Mörder!«.

Gerade in diesen schweren Stunden halten die Deutschen wieder zusammen: »Rechtsradikaler Terrorismus bedroht am Ende uns alle: in unserer Freiheit, in unserem Ansehen, in unserem Wohlstand«, warnt auch ein »Münchner Aufruf«, den neben Gustl Bayrhammer auch Jochen Busse, Wolfgang Koeppen und Marianne Sägebrecht unterzeichnet haben, und lockt mit dem niedrigen Preis, den das Engagement für Freiheit, Ansehen und Wohlstand hat: »Noch ist es möglich sich einzumischen, ohne den Kopf oder auch nur den Job zu riskieren.« Wie recht die Unterschriftsteller des Münchner Appells haben, dokumentiert wenige Tage nach dessen Erscheinen die »Bild«-Zeitung – die ja schon zu Golfkriegs-Zeiten von deutschen Intellektuellen ihrer hervorragend geschriebenen und klugen Artikel wegen gelobt worden ist: »Deutsche im Ausland bespuckt«, klagt das Blatt auf Seite 1: »Der Wahn zieht eine breite Spur durch Europa. Jetzt büßen auch Deutsche für den Irrsinn der Neonazis.« Und im Deutschlandmagazin »Spiegel« wird die Vision von der »Bundesrepublik als Paria in der Weltgemeinschaft« entworfen.

Auch einige Spitzenverbände der deutschen Industrie mobilisieren, angesichts befürchteter Exportschwierigkeiten und Kostensteigerungen durch Störungen des Betriebsfriedens, gegen Ausländerhaß: Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Michael Fuchs, warnt davor, daß »Made in Germany«, das »Gütesiegel für Qualitätsprodukte aus einer demokratischen Gesellschaft«, zu einem »Kainsmal« wird, und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, bilanziert verärgert: »Wenn Rechtsradikale so weitermachen, kostet uns das Milliarden: Aufträge werden storniert, Touristen und Investitionen bleiben aus.« Auch zahlreiche deutsche Fluggesellschaften und Reiseveranstalter machen sich Sorgen um ihre Geschäfte und beschwören in ganzseitigen Anzeigen ihre Vertragspartner im Ausland: »Son yillarda, Türkiye de taillerini geciren milyonlarca Alman, Türk halkinin ne kadar candan ve misafirperver oldugunu bilmetedirler... Mehrere Millionen deutscher Urlauber haben in den letzten Jahren die türkische Gastfreundschaft kennen- und schätzengelernt. Unsere Solidarität gilt den Menschen aller Nationen in Deutschland.« Diese Solidaritätsbekundung hindert aber natürlich z.B. die Lufthansa AG nicht daran, sich an der Abschiebung von Menschen vieler Nationen aus Deutschland im Bedarfsfall zu beteiligen.

Aber darum geht es ja nach Mölln mit keiner Silbe: Zwar hatten unmittelbar nach Bekanntwerden des Anschlages CDU/CSU-Politiker die Routine ihrer »gegen Anschläge hilft nur die Änderung des Asylrechts«-Erklärungen in Gang gesetzt – aber noch am Tag nach dem Anschlag, als klar geworden war, daß die Familie Arslan schon seit Jahren in der BRD lebt, und sich bereits ein spontaner Massenprotest bislang unbekannten Ausmaßes gegen diese neue Qualität der Anschläge entwickelte, war der Kurswechsel vollzogen. Seitdem wird mit großem Engagement und einiger Sorgfalt versucht zu trennen, was man selbst so lange Zeit erfolgreich zusammengezwungen hat: Asyldebatte und den als Jugendrandale verharmlosten nazistischen Terror. Die Arbeit an der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, so der Konsens

des politischen Establishments der BRD, muß auf jeden Fall unbehelligt von den schwer kontrollierbaren Reaktionen auf Mölln vorangetrieben werden können. Ein Ziel, das weitgehend erreicht werden konnte: Weder der Beschluß der Innenministerkonferenz, Kurden und Kurdinnen wieder abzuschieben, noch der zielstrebige Fortgang der Asyldiskussion der großen Koalition aus SPD, FDP, CDU und CSU hat noch nennenswerte öffentliche Kritik hervorgerufen. Und weil sich die Demokraten wie in alten Krisenstabs-Tagen derzeit wieder zur Gemeinschaft der Wehrhaften zusammenfinden, steht auch anderen Projekten zum Abbau demokratischer Rechte fast nichts mehr im Wege.

Die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger sieht – was schert sie ihr Geschwätz von gestern – nach Mölln in der Verschärfung von Strafgesetzen und in der Erweiterung der Kompetenzen des Generalbundesanwalts probate Mittel, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Bundesinnenminister Seiters ist überzeugt, daß nur noch weitere Sondereinsatzkommandos und – endlich eine originelle Idee – Hubschraubereinsätze helfen können, das Ansehen Deutschlands wieder herzustellen. Ein Gesetzespaket zur Verschärfung des Straf- und Haftrechts und die alte Lieblingsidee der CDU/CSU, der kurze Prozeß am Tatort, sind ebenfalls wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Außerdem überlegen Sicherheitspolitiker aus dem Regierungslager, das G-10 Gesetz, das Abhörmaßnahmen regelt, zu erweitern und dem Verfassungsschutz die Vorfeldbeobachtung im Bereich »organisierter Kriminalität« zu übertragen.

Auf eine Kompetenzerweiterung für Geheimdienste weist auch die Entscheidung, einen Sonderstab zur Bekämpfung des Rechtsextremismus einzurichten, der direkt dem Bundeskanzleramt untersteht und in dem Politik, Nachrichtendienste, Justiz und Exekutive ihre Arbeit koordinieren. Zusammen mit den geplanten zusätzlichen Befugnissen des Generalbundesanwaltes ergibt das ein bedrohliches Szenario: Geheimdienstarbeit, politische Justiz und Polizei werden noch enger miteinander verflochten, als das heute schon der Fall ist. Als weiterer qualitativer Schritt wäre dann nur noch die Zuweisung exekutiver Kompetenzen an die Geheimdienste, die Einrichtung einer Geheimen Staatspolizei eben, möglich.

Daß nazistische Gewalt infolge einer Erweiterung des Instrumentariums politischer Repression künftig effizient bekämpft wird, ist, vorsichtig ausgedrückt, unwahrscheinlich. Daß Nazis und rechte Gewalttäter bislang überhaupt nicht gefaßt oder nur zu relativ kurzen Haftstrafen verurteilt wurden, hatte seine Ursache nicht in fehlenden oder restriktiven Strafvorschriften (siehe KONKRET 12/92). Charakteristisch für den Umgang der Justiz mit den rechten Brandstiftern ist vielmehr, daß einer der mutmaßlichen Möllner Mörder, obwohl die Staatsanwaltschaft schon vorher gegen ihn wegen Beteiligung an anderen Brandanschlägen ermittelt und einen dringenden Tatverdacht festgestellt hatte, nicht in Haft genommen worden war, weil sich der zuständige Richter »Bedenkzeit« ausgebeten hatte.

Auch die Art und Weise, in der das Bundesinnenministerium das Verbot der »Nationalistischen Front« (NF), gegen die immerhin schon seit längerem ein Ermittlungsverfahren wegen Gründung einer »terroristischen Vereinigung« läuft, ohne daß sie in ihren Aktivitäten behindert worden wäre, vorbereitet und durchgesetzt hat, zeigt, daß es kein ernsthaftes politisches Interesse an einer dauerhaften und effizienten Bekämpfung des Nazismus gibt. Das Verbot solle, erläuterte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster, »ein Signal vor allem auch für das Ausland setzen«. Zuerst einmal gab es aber ein Signal an die nazistischen Gruppen selber – das Verbot wurde ebenso wie die sich daran anschließende Razzia Tage vorher in den Medien angekündigt. Der Führer des in der NF aufgebauten militanten »Nationalen Einsatzkommandos«, Meinolf Schönborn, konnte sich in aller Ruhe in die Illegalität absetzen. Die organisatorischen Auffangbecken für die verbotene Organisation, z.B. die »Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei« und die »Freiheitlich Mitteldeutsche Jugend«, stehen auch längst bereit, ohne daß gegen sie vorgegangen würde. Die »Nationale Liste« von Christian Worch, der unablässig verkündet, die »Volksfront von rechts« dürfe ihre Aktivitäten nicht auf Asylsuchende konzentrieren, das Ziel sei ein gänzlich »ausländerfreies Deutschland«, darf gar unbehelligt weiterarbeiten, ebenso wie z.B. die »Deutsche Alternative«.

Zudem haben die Ermittlungsbehörden, gerade noch wegen ihres schnellen Fahndungserfolges gelobt, wegen ihrer der Unschuldsvermutung Hohn sprechenden Öffentlichkeitsarbeit schon längst nicht mehr gescholten, bereits Entwarnung gegeben: Zwar hat die Bundesanwaltschaft selbst gegen den in Gudow lebenden Peters anfangs Haftbefehl wegen »Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung« erwirkt – plötzlich scheint aber selbstverständlich, daß Peters und Christiansen in Mölln als »Einzeltäter« und spontan gehandelt haben sollen: eine These, die allen Ermittlungsergebnissen unmittelbar nach dem Mord, der als ungewöhnlich klar geplant und sorgfältig vorbereitet beschrieben wurde, widersprechen, die aber gut in die seit Jahren bekannte Staatsschutzpolitik passen.

»Nach Mölln« hat, auch wenn die Vielzahl der Aktivitäten, die zügigen Ermittlungen vor Ort und das Eingreifen des Generalbundesanwaltes, den »Bild« bereits zum »Nazi-Jäger Stahl« stilisiert hat, anderes vermuten lassen könnten, kein neues Kapitel in der Bekämpfung des aktiven Nazismus in der Bundesrepublik eröffnet. Die rechtsextremen Militanten werden jetzt, da Bundeskanzler Kohl magere Jahre und harte Zeiten prophezeit, das Ende der Bequemlichkeit konstatiert und den Aufbau einer Wertegemeinschaft beschwört, in Deutschland gebraucht, um den Übergang von der Wohlstands-Demokratie zum starken Staat einer Weltmacht zu sichern: Die Rechtsentwicklung soll auch durch eine Integration des nazistischen Potentials forciert werden.

Die Verrohung der Verhältnisse zerstört zusehends das bißchen emanzipative politische Kultur, das sich hierzulande entwickeln konnte – die Selbstfindung der autoritären Charaktere, die ein rücksichtsloses Wüten gegen alles »Unordentliche«, Freie und »Fremde« zur Bedingung hat, erleichtert den Regierenden nicht nur ihr Geschäft. Die Freisetzung der deutschen Sekundärtugenden und Primäraggressionen entspricht auch ihrem eigenen Naturell. Die Volksvertreter wissen also, was sie nicht tun – sie wissen aber auch, wann sie damit aufhören müssen. Die Einschüchterung der Immigrantinnen und Immigranten, Juden und Jüdinnen, der Behinderten ist erreicht – statt Forderungen (nach Antidiskriminierungsgesetzen, selbstbestimmter Pflege, Entschädigungszahlungen etc.) zu stellen, sind die bedrohten Gruppen schon bald froh, wenn sie nicht auf offener Straße unter dem Beifall von Passanten zusammengeschlagen werden. Die Grundrechtseinschränkungen sind auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es nur noch den Schein der verfolgten Unschuld zu wahren. Das anständige Deutschland zu präsentieren, den fiktiven Staat, der die Menschenrechte wahrt.

Die Planungen zum Ausbau des Repressions-Apparates müssen dafür nicht einmal nach außen mit der nazistischen Bedrohung von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen begründet werden, es reicht schon, wenn, wie von Bundeskanzler Kohl, ein Zusammenhang mit der »insgesamt wachsenden Gewaltanwendung in Deutschland« hergestellt wird – ein Zusammenhang, der auch von SPD-Innenpolitikern betont wird.

Aus dem Sicherheitsapparat wurden, mit engagierter Unterstützung durch das ZDF und die »Hamburger Morgenpost«, selbst nach dem Anschlag von Mölln Gerüchte über Hinweise, die ins Zuhältermilieu deuteten und angeblich unpolitische Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Türken, die zu den Morden geführt haben könnten, gestreut – in diese Richtung wurde anscheinend auch mit einigem Nachdruck ermittelt. Eine systematische Entpolitisierungs-Strategie wurde auch nach dem Mord an dem linken Ostberliner Hausbesetzer Silvio Meier, der am gleichen Wochenende getötet wurde wie die drei türkischen Frauen, versucht – eine Strategie, die in das Konzept der seit einigen Wochen angelaufenen Medienkampagne gegen antifaschistische Gruppen paßt, die z.B. im »Spiegel« mit ein paar Zahlenspielereien und kühl kalkulierter Desinformation – Neonazis sollen Antifas als »die Kameraden von der anderen Feldpostnummer« bezeichnet haben – als die wahren Gewalttäter denunziert werden. In ersten Polizeipressemeldungen, die die Berliner Medien mit Ausnahme der »taz« getreulich wiedergaben, wurden die tödlichen Messerstiche, trotz anderslautender Aussagen der überlebenden Opfer, auf das Konto von Red-Skins gebucht. Die Polizei versuchte, einen der Überlebenden im Krankenhaus zu einem Widerruf seiner Aussage zu nötigen, daß es sich bei dem Überfall um eine Aktion Rechter gehandelt habe. Nachdem einer der Täter sich der Polizei gestellt hatte, wurde dessen Version, derzufolge die Gruppe um Silvio ihn mit Messern und einer Pistole angegriffen habe, von der Polizei als »äußerst glaubwürdig« bezeichnet – und tags darauf in den Medien auch wiedergegeben, als handele es sich um ein Ermittlungsergebnis und nicht um Erklärungen des Täters. Erst nach der Festnahme und den Aussagen des zweiten ergab sich eine, wie die »taz« nett formulierte, »überraschende Wendung«: Was die schwerverletzten Begleiter von Silvio Meier zu Protokoll gegeben hatten, stimmte – sie, nicht die Rechten, waren unbewaffnet gewesen. Daß die Tat politisch motiviert war, bestreiten Täter und Polizei aber immer noch.

Angesichts dessen macht die Ankündigung Ralph Giordanos, er und andere Juden in Deutschland würden sich aus Gründen des Selbstschutzes bewaffnen, nicht nur für Juden Sinn. Daß Ozan Cayhun im Namen der hessischen Grünen, Yilmaz Karahasan namens der IG Metall und etliche prominente Juden prompt reagierten und vor militantem Selbstschutz warnten, kann allerdings nicht überraschen. Im Zentrum des deutschen Hurrikans ist die Bereitschaft, jede neue Verwirbelung als Ankündigung einer baldigen Beruhigung zu deuten, traditionell sehr groß. Tatsächlich weist aber nichts auf eine Entspannung der Lage hin. Schon gar nicht die Bereitschaft der herrschenden Klasse, auf den Resten der Demokratie allmählich einen Polizeistaat zu errichten. Immerhin haben sich nach den Morden an Silvio Meier, an Yeliz und Bahide Arslan, an Ayse Yilmaz und an Karl-Hans Rohn, der von Skinheads verbrannt wurde, weil sie ihn für einen Juden hielten, Ansätze für eine gemeinsame antifaschistische Politik versprengter linker deutscher Gruppen, Juden, türkischer und kurdischer Organisationen gezeigt.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 12/92 über den sanften Umgang der Justiz mit Rechtsradikalen

Konkret 01/93, S. 21

Anton Maegerle

Der Nazi-Anwalt

Woche für Woche darf einer der eifrigsten Aktivisten der Nazi-Szene die Gerichtssäle als Forum für seine Propagandaarbeit nutzen: Jürgen Rieger ist der »Staranwalt« der Rechtsradikalen

Die antisemitische Postille »Bauernschaft« des ehemaligen SS-Son-derführers im Vernichtungslager Auschwitz und gleichwohl Vertreters der »Auschwitz-Lüge«, Thies Christophersen, lobt ihn als »hervorragenden Rechtsanwalt« (Juni 1992), den »richtigen Mann am richtigen Platz« nennt ihn das Organ der neonazistischen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) »Neue Nation/Volkstreue Zeitung für Deutschland« (August/September 1991), der »NS-Kampfruf« der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Aus-lands- u. Aufbauorganisation« (NSDAP/AO) in den USA bezeichnet ihn als »sehr geschickt« (November/Dezember 1991) und das rechtsextreme Schmuddel-Blättchen »Index« der Hamburger »Nationalen Liste« (NL) bejubelt ihn als »hervorragenden Rechtsanwalt« (Juli 1991).

Er selbst antwortete auf die Frage der auflagenstärksten bundesdeutschen rechtsextremen Wochenzeitung »National-Zeitung« (NZ, ca. 55.000 Exemplare) »Welche Leistungen der Geschichte finden Ihre Zustimmung?« unverblümt mit: »Die der Wehrmacht und der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg« (Nr. 51/1986).

Wer ist Jürgen Rieger?

Geboren wurde Rieger am 11. Mai 1946 in Blexen bei Oldenburg. Aufgewachsen ist er in Hamburg, wo sich auch seit 1975 sein Rechtsanwalts-Büro befindet. Anzutreffen ist Rieger, der am liebsten in einem »deutschbestimmten Ostpreußen« (NZ-Interview, s.o.) leben möchte, dort allerdings nicht oft; gilt er doch als »reisender Staranwalt« von Alt-und Neonazis in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Seine Karriere als »organisatorischer Drahtzieher« verschiedener rechtsextremer Gruppierungen beginnt Mitte der 60er Jahre, als sich der damalige Jura-Student der revisionistischen »Aktion Oder-Neiße« (Akon) anschließt, die im September 1962 in Darmstadt ins Leben gerufen worden war. Rieger steigt in der Akon zum Landesbeauftragten für Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein und zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf. 1970 wird er Mitbegründer und Pressesprecher eines Hamburger CSU-Freundeskreises.

Ein Jahr zuvor hat er sich dem »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) angeschlossen, der neben der »Wiking-Jugend« (WJ), die heute eng mit der NPD kooperiert, ältesten rechtsextremen Jugendorganisation in der BRD. Zu diesem Zeitpunkt ist Rieger bereits wegen Körperverletzung – die er bei einer Demonstration der »Aktion Widerstand« am 31.10.`70 begangen hat – zu einer rechtskräftigen Geldstrafe von DM 3.500,- verurteilt und somit einschlägig bekannt. Kurz darauf beteiligt er sich an der vorgetäuschten Entführung des Akon-Bundesvorsitzenden, des Byzantinistik-Professors Berthold Rubin, mit der die Nazis die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zu beeinflussen versuchen.

Noch als Student verfaßt er die 1972 als jugendgefährdend auf den Index gesetzte 60-seitige Broschüre »Rasse – ein Problem auch für uns« (Hamburg 1969), in der zu lesen ist: »Wir müssen endgültig mit der sentimentalen ›Onkel Tom‹-Stimmung aufräumen. ... Die Rassenkämpfe der Zukunft sollen uns nicht unvorbereitet sehen.«Rieger, der die »Rasse« zum »Mittelpunkt der Weltanschauung« (»Nordische Zukunft«, Nr. 2/1983) machen möchte, wird einige Jahre später zum Thema »Bevölkerungsreduktion in der 3. Welt« erklären: »Das wäre leicht zu bewältigen, indem man die Lebensmittelzufuhr stoppen würde« (»Missus-Schriftenreihe« des NPD-Ideologen und Anti-Antifa-Aktivisten Hans-Michael Fiedler, Nr. 7, Göttingen 1987).

Im Lauf der 70er Jahre entwickelt sich Rieger zu einem der eifrigsten Aktivisten der Nazi-Szene. Er wird Mitglied der »Wiking-Jugend« (WJ), der britischen Rassistenorganisation »Northern League«, ist bei neonazistischen Aufmärschen und Demonstrationen u.a. in Hamburg und Wunsiedel als Redner und Mitorganisator zugegen, zeigt sich bei Tagungen der FAP oder referiert auf Veranstaltungen beispielsweise der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik.

Die 1972 in Luxemburg gegründete (und 1986 wieder aufgelöste) »Arbeitsgemeinschaft für Werbung, Markt- und Meinungsforschung« (AWMM), die Buch- und Filmpreise an »National-Schaffende« verlieh, macht Rieger zum Vorstandsmitglied. Als Funktionär wirkt er auch beim »Nordischen Ring« und bei der 1951 in Göttingen gegründeten völkisch-rassistischen »Die Artgemeinschaft«. Mitglied dieser »Artgemeinschaft. Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung. Vereinigt mit der Nordisch-Religiösen Gemeinschaft v. 1927 e.V.« (Sitz: 8715 Iphofen), die die »Bewußtwerdung« des »nordentstammten Wesens« verkündet, ist u.a. Pierre Krebs, der Kopf des »Thule-Seminars« (Sitz: Kassel), einer führenden ideologischen Kaderschmiede der Neuen Rechten. Neben der Leitung der »Artgemeinschaft« obliegt Rieger auch die Schriftführung der vierteljährlich erscheinenden »Nordischen Zeitung«, des Organs der »Artgemeinschaft«.

Seit 1972 ist Rieger darüber hinaus Vorsitzender der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.« (zuvor: »Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege«), die in ihrem Organ »Neue Anthropologie. Erbe und Verantwortung«, dessen verantwortlicher Redakteur Rieger ist, behauptet, daß das menschliche Verhalten in erster Linie durch die Gene und nicht durch gesellschaftliche Einflüsse bestimmt wird. Spezialisiert hat sich die »Neue Anthropologie«, in deren »Wissenschaftlichem Beirat« auch der intellektuelle Vordenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, zu finden ist, auf die Rehabilitierung und pseudowissenschaftliche Untermauerung eines »Knochenbrecher«-Rassismus im Sinne von Hans F.K. Günther, des Rasse-Theoretikers der Nazis. Gefordert werden etwa ein »Recht auf Ungleichheit« und Rassentrennung; die Erbgesundheitspflege der Nationalsozialisten gilt als beispielhaft.

Zum Thema Aids ist in der Ausgabe Nr.1/291 der »Neuen Anthropologie« zu lesen: »Die anfangs gestellte Frage, wie weit die Seuche AIDS das Wachstum der Erdbevölkerung beeinflussen könnte, beantwortet sich nach den bis zum Jahr 1991 vorliegenden Zahlenangaben und den sich daraus ableitenden Entwicklungslinien so: Bis zur Jahrtausendwende könnte in begrenzten Gebieten der Entwicklungsländer, besonders Afrikas, ein Stillstand der Bevölkerungszunahme eintreten. Eine erdweite Änderung des Bevölkerungswachstums ist jedoch bei gleichbleibendenVoraussetzungen vorerst nicht zu erwarten. Nach der Jahrtausendwende dürfte es aber in Afrika und später auch in den Entwicklungsländern anderer Kontinente zu einem merkbaren Rückgang der Bevölkerungszahlen kommen, sofern bis dahin die Mediziner und Hygieniker in ihrem Heilswahn der nach neuen Gleichgewichten strebenden Natur nicht wieder einen Strich durch die Rechnung machen.«

Neben der Verbreitung derart rassistischer Vernichtungsphantasien ist die Gesellschaft mit der Planung eines »Senioren- und Altersheimes« für betagte Gesinnungskameraden in der Gegend um Detmold beschäftigt, das spätestens 1994 bezugsfertig sein soll.

Der Anwalt

Trotz dieser vielfältigen Aufgaben kommt Riegers Tätigkeit als Rechtsanwalt nicht zu kurz. Verteidigt wurden von ihm bislang u.a. Ernst Zündel (Kanada), Papst der weltweit agierenden Revisionismus-Bewegung, die den nazistischen Massenmord an Juden, Sinti und Roma leugnet; Max Wahl (Schweiz), Herausgeber der im deutschsprachigen Raum vertriebenen Nazi-Publikation »Der Eidgenoss«; Thies Christophersen (wegen Haftbefehls in der BRD nach Dänemark geflüchtet), Autor der über 100.000-fach verlegten »Auschwitz-Lüge«; die bundesdeutschen Rechtsextremismusgrößen Bela Ewald Althans, Ex-Führer des aus dubiosen Gründen aufgelösten »Deutschen Jugendbildungswerkes« (DJBW) und Kopf des ebenfalls aufgelösten bundesdeutschen Zündel-Ablegers, der »Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit« (AVÖ); Werner Gebhardt, Chefagitator der monatlich in Massenauflage erscheinenden »Unabhängigen Nachrichten«, die von Aktivisten unterschiedlichster Rechts-Parteien begeistert gelesen werden; Günter Demolsky, Anführer des »Freundeskreises für Deutschland«, einer Organisation, deren Flugblätter auch schon bei antisemitischen Grabschändungen aufgetaucht sind; Edgar Geiß, jüngst verstorbener Leugner der Authenzität des Anne-Frank-Tagebuches; Meinolf Schönborn, im Mai ‘92 von Gesinnungskameraden entmachteter Vorsitzender der Ende November verbotenen militanten »Nationalistischen Front« (NF), die bei ausländerfeindlichen Pogromen an vorderster Front steht und der im April 1991 in den germanischen Götterhimmel aufgestiegene Neonazi-Führer Michael Kühnen, aus dessen »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) sich seit einigen Wochen ein terroristischer Flügel bildet, der sich den Aufbau einer »Rechten Armee Fraktion« (RAF) zum Ziel gesetzt hat.

Zur Zeit agiert der Rechtsanwalt Rieger zweimal wöchentlich (jeweils montags und mittwochs) im Prozeß gegen das neonazistische »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« (KAH) vor der Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichtes. Dort läuft seit dem 5. Februar 1991 der größte Neonazi-Prozeß in der Geschichte der BRD. Pausenlos präsentieren Rieger, Verteidiger von Jürgen Mosler (Ex-Generalsekretär der FAP), und sein Gesinnungskamerad, der Rechtsanwalt Günter Herzogenrath-Amelung (Regensburg), neue Entlastungszeugen aus der ganzen Welt, darunter Gary Rex Lauck (Lincoln/Nebraska-USA), Führer der weltweit im Untergrund operierenden NSDAP/AO, und Eite Homann, Kopf der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) in den Niederlanden. Ein Ende des Prozesses ist nicht absehbar.

Riegers Dauerpräsenz in Stuttgart hat dazu geführt, daß er sein Mandat »in Sachen Pedersen« vor dem Flensburger Amtsgericht nicht wahrnehmen kann. Angeklagt ist dort das Neonazi-Ehepaar Hans Christian Krog Pedersen und Andrea Regine Pedersen, dem gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen wird, begangen an der Antifaschistin Monika O., Hausfrau und Mutter von fünf Kindern, die aufgrund der Schwere der Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Verschont wird O. infolge Riegers Dauerpräsenz in Stuttgart so wenigstens von dessen forschem Auftreten vor Gericht und seinen Versuchen, Zeugen durch Fragen wie »Sind Sie Mitglied der VVN?« zu verunsichern und gleichzeitig zu stigmatisieren.

Trotz allem findet Rieger, dessen Lieblingsschriftsteller der Nazi Hans Grimm, Autor des Bestsellers »Volk ohne Raum«, ist, noch Zeit zum Schreiben von Buchbeiträgen. Unter seinem Pseudonym Jörg Rieck ist im 1981 erschienenen Buch »Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit«, herausgegeben von Pierre Krebs, verlegt vom

revisionistischen Tübinger »Grabert-Verlag«, ein Beitrag »Zur Debatte der Vererblichkeit der Intelligenz« zu lesen: »Worauf beruht die niedrigere Intelligenz der Neger? Diese Frage ist nicht rein akademisch; denn wenn Umweltursachen für die niedrige Intelligenz der Neger entdeckt werden könnten, hätte man den Schlüssel in der Hand, wie durch Umweltänderungen die Intelligenz der Neger gesteigert werden könnte. Dies wiederum wäre für die Volkswirtschaft der USA von großer Wichtigkeit, da die überdurchschnittlich große Zahl von Schwachsinningen unter der Negerbevölkerung in einer hochtechnisierten Gesellschaft zur Arbeitslosigkeit verdammt ist und ein großes soziales und Kriminalitätsproblem bildet.«

NS-Prozeß Wigand

Bundesweit bekannt wurde Rieger, der in einem festungsähnlichen Haus in Itzehoe bei Hamburg lebt, das mit Infrarot-Sensoren im Garten, Fenstern aus Panzerglas und elektronisch gesicherten Schlössern geschützt ist, 1981 während des Prozesses gegen den Warschauer SS-Polizeiführer und SS-Obersturmführer Arpad Wigand. In seinem Plädoyer erklärte Rieger, Grund für die Errichtung und Absperrung des Ghettos sei das Bestreben gewesen, den Flecktyphus einzudämmen. Die dort herrschende Hungersnot hätte »bei ein bißchen Solidarität« der dort lebenden »260.000 Juden, die Kapitalisten oder Arbeiter waren«, verhindert werden können. Es sei »durchaus fraglich, ob auch nur ein Jude an Hunger im Ghetto gestorben wäre, wenn es mehr Solidarität unter den Juden gegeben hätte.« Die Verbreitung dieser »Warschauer-Ghetto-Lüge« durch den Strafverteidiger Rieger blieb nach einem Urteil des in Berlin residierenden 5. Strafsenates des Bundesgerichtshofes vom September 1987 straflos.

Juden sind eines der »Feindbilder« des Jürgen Rieger, der von sich behauptet, »kein Antisemit« zu sein. Jüdische Zeugen sind ihm grundsätzlich suspekt. In Heft 3 der »Schriftenreihe zur Geschichte und Entwicklung des Rechts im politischen Bereich«, die vom »Deutschen Rechtsschutzkreis e.V./Deutsche Rechtsschutzkasse« (DRsK; Sitz: Bochum) herausgegeben wird, hat Rieger sich zur Frage »Wie glaubwürdig sind Zeugen in Nationalsozialistischen Gewaltverbrecher-Prozessen« Gedanken gemacht: »Dem Juden ist es nach dem babylonischen Talmud erlaubt, einen Nichtjuden vor Gericht mit Rechtskniffen zu verwirren, so daß er verliert.«

Es versteht sich beinahe von selbst, daß Rieger auch beim 1979 gegründeten DRsK führend tätig ist, der aufs engste mit den 1970 ins Leben gerufenen »Unabhängigen Freundeskreisen« (Bochum) zusammenhängt. Organ des DRsK ist »Recht und Justiz. Mitteilungen zur Entwicklung des Rechtslebens im politischen Bereich«, in deren Ausgabe Nr.1/1992 zu erfahren ist, daß für die »Verteidigungspolitik verfolgter Deutscher« in den letzten drei Jahren 19.935,08 DM ausgegeben worden sind.

Seinen vorläufig letzten großen Auftritt vor Gleichgesinnten hatte Rieger im 150-Einwohner-Ort Hetendorf (Gemeinde Hermannsburg, Kreis Celle). Dort befindet sich ein neonazistisches Kommunikationszentrum auf dem »Grundstück Hetendorf 13«, das zu zwei Dritteln dem Hamburger »Freundeskreis Filmkunst« gehört, der als örtliche Nachfolgeorganisation des 1961 verbotenen »Bund Nationaler Studenten« (BNS) entstand und sich insbesondere der Pflege von Filmen aus der NS-Zeit widmet. Das restliche Drittel liegt bei der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«.

In Hetendorf fand vom 13. – 21. Juni dieses Jahres die »2. Hetendorfer Tagungswoche« statt, die gemeinsam vom »Heide-Heim e.V.«, der »Artgemeinschaft«, dem »Familienwerk e.V.«, dem »Freundeskreis Filmkunst e.V.«, der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.«, der »Gesellschaft für freie Publizistik – Arbeitskreis Hamburg«, dem »Heinrich-Anacker-Kreis e.V.«, dem »Nordischen Ring e.V.« und der »Northern League« ausgerichtet wurde.

Rieger, Mitglied der »Nationalistischen Front« (NF) bis zu deren Verbot durch den Bundesinnenminister, referierte u.a. zum Thema »Bevölkerungsexplosion und Rassenmischung«. Seinem Lösungsvorschlag liegt ein »9-Punkte-Plan zur Ausländer-Rückführung« zugrunde, der von ihm erarbeitet worden ist und von der NF vertrieben wurde. Dort heißt es abschließend: »Bedenken Sie, ohne Ausländer gäbe es: –

geringere Mieten, dafür mehr Wohnraum –

weniger Umweltverschmutzung, dafür mehr Lebensqualität –

weniger Kriminalität, dafür mehr Sicherheit –

mehr Kindergeld und Kindergartenplätze –

weniger Steuerverschwendung, dafür mehr Geld für Deutsche –

... unser Land würde wieder lebenswerter, und vieles mehr!«

Ob gegen Jürgen Rieger jemals ein Ehrengerichtsverfahren angestrengt worden ist, war nicht in Erfahrung zu bringen. Die Hamburger Anwaltskammer verwies auf die Geheimhaltung, der solche Standesverfahren unterliegen.

Anton Maegerle ist Publizist

Konkret 01/93, S. 24

A.M. Rosenthal

Für eine internationale Offensive gegen den Nazismus

In meinen Akten befindet sich eine stattliche Sammlung von Briefen und Artikeln, die sich gegen die Vorstellung wenden, der Nazismus könne in Deutschland oder in Europa jemals wieder zu einer ernsthaften Bedrohung werden. Die ersten Briefe und Artikel dieser Art erreichten mich vor ein paar Jahren. Sie waren eine Reaktion auf mehrere Kolumnen, in denen ich bemängelt hatte, daß Deutschland und der Westen die deutsche Wiedervereinigung so überstürzt betrieben, als seien die Erinnerungen an die Nazis, an Auschwitz und Rotterdam, an Sklavenarbeiter und Holocaust nicht ein unauslöschlicher Teil der Menschheitsgeschichte – als sei die Möglichkeit, daß die Gefahren der Vergangenheit auch die Gefahren der Zukunft sind, nicht zumindest erwähnenswert, ehe man Verträge unterschreibt.

Vor allem junge Deutsche zeigten sich sehr unglücklich darüber, daß ich der Meinung sein könnte, sie oder ihr Land besäßen heute noch irgendwelche Bindungen an jene Zeit und ihre schrecklichen Verbrechen. Ich besuchte die Briefeschreiber in Deutschland, und wir gaben uns die allergrößte Mühe, einander unsere Standpunkte verständlich zu machen. Ich glaube nicht, daß es uns gelungen ist.

Als dann später Bürger des »vereinigten« Deutschlands damit begannen, Ausländer zusammenzuschlagen und zu töten, schrieb ich von den Ängsten, die dadurch wachgerufen würden. Die Zahl der Briefe, Kolumnen und Artikel, die meine Ansichten verurteilten und verspotteten, nahm zu.

Ein Teil der verbalen Attacken stammte von Amerikanern, darunter der Leitartikler einer deutschsprachigen New Yorker Zeitung, der mich an das Schicksal der Juden erinnerte, die es gewagt hatten, Deutsche zu erzürnen. Ihm sei versichert: Ich erinnere mich sehr gut daran. Die westlichen Staatsmänner schwiegen zu den Vorgängen im neuen Deutschland, immerhin Dreh- und Angelpunkt des neuen Europa, das sie anstreben. Sie sagten wenig und unternahmen nichts.

All das erwähne ich, weil ich der festen Überzeugung bin, daß bereits zwei wichtige Jahre vergeudet wurden. Hätte die Welt den Aufstieg des Nazismus in den 20er und 30er Jahren aufmerksamer verfolgt und sich zu wirksamen Gegenmaßnahmen entschlossen – wieviele Menschenleben, Städte und Länder wären von der Vernichtung verschont geblieben? Inzwischen haben wir keine weiteren Jahre mehr zu verlieren. Am Wochenende demonstrierten Nazis im ganzen Land und in Schleswig-Holstein ermordeten sie drei Ausländerinnen. Töten – das ist Alltag für Nazis. In den letzten zwei Jahren haben Tausende von ihnen Tausende von Verbrechen verübt.

Die Mehrheit der Deutschen mag gegen den Nazismus eingestellt sein, wobei diese Gegnerschaft unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Aber bei den »Demonstranten« handelt es sich nicht nur um eine Randgruppe ostdeutscher Jugendlicher, die ihre Frustration an »Gastarbeitern« und Flüchtlingen auslassen. Die Nazis operieren landesweit. Sie sind in Westdeutschland ebenso stark vertreten wie in Ostdeutschland. Außerdem ist es höchste Zeit, daß wir damit aufhören, sie »Neonazis« oder »Rechtsradikale« zu nennen. Sie und wir wissen ganz genau, wer sie sind. Und die Deutschen, die ihnen Beifall klatschen, wissen es auch. Die Angriffe auf Ausländer, besonders solche mit dunkler Hautfarbe, sind keine plötzlichen Gewaltausbrüche. Sie gehören ebenso zur Strategie der Nazis wie damals die ersten Angriffe auf Juden.

Das Erstarken des Nazismus in Deutschland, im Herzen des europäischen Kontinents, führt zu nazistischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa. So war es in den 30er und 40er Jahren, und so läßt es sich auch heute in Ungarn, Rumänien, Rußland und den Balkanländern beobachten.

Deutschland befindet sich in einerNotsituation. Zu dieser Schlußfolgerung kommt auch die Menschenrechtskommission in Helsinki. Deutschlands Krise ist auch unsere Krise. Das haben wir von Hitler gelernt. Aber der Westen verharrt tatenlos. Die Initiative wird ausschließlich der deutschen Regierung überlassen, und diese hat in der Abwehr der Bedrohung völlig versagt.

Niemand kann der deutschen Regierung die Verantwortung abnehmen, den Nazis mit ihrer gesamten politischen und polizeilichen Macht entgegenzutreten. Aber der Westen kann die deutsche Regierung drängen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, und damit die Antinazis in Deutschland und Mitteleuropa unterstützen.

Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten sollten sich nicht nur mit dem Preis für Sojabohnen befassen, sondern endlich ernsthaft über den Preis des Faschismus nachdenken. Ein Treffen auf höchster Ebene wäre ein erster Schritt, um dieser bedrohlichen Entwicklung die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die sie sich so unrühmlich verdient hat. Was könnte auf einen solchen Gipfel folgen? Eine Antwort sollte in der Schaffung dauerhafter, internationaler Mechanismen zur Bekämpfung nazistischer Organisationen liegen. Hier sind die Polizei, die Gerichte und die gesetzgebenden Organe Europas gefragt. Deutschland und andere Länder, in denen es nazistische Bewegungen gibt, sollten in dieser Hinsicht zu höchsten Anstrengungen aufgefordert werden. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, müßten internationaler Tadel, und wenn auch dies nicht hilft, wirksame Boykottmaßnahmen folgen.

Früher oder später werden Europa und Amerika ein internationales Bündnis gegen den Nazismus auf die Beine stellen müssen. Bleiben nur zwei Fragen offen: Werden sie handeln, ehe das Pulverfaß explodiert? Und wie hoch ist in jedem Monat, der ungenutzt verstreicht, der Preis an Menschenleben und Humanität?

Copyright by A.M. Rosenthal/NYT Op-Ed. Distributed by New York Times Syndication Sales. Dieser Text ist am 24.11.1992 in der »New York Times« erschienen. Übersetzung: Irmela Erckenbrecht

Konkret 01/93, S. 28

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XII

Zwölfter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Mittwoch, 4.11.1992 –

Auf einer Bürgerversammlung in Schauenburg/Kreis Kassel gibt der Bürgermeister bekannt, daß der Vertrag über den Bau von Reihenhäusern für 50 Flüchtlinge, den die Gemeinde mit einer Wohnungsbaugesellschaft abgeschlossen hatte, geplatzt sei. Der Bauunternehmer und der Architekt hatten Morddrohungen erhalten und stiegen daraufhin aus dem Projekt aus.

Donnerstag, 5.11. –

In Wolgast/Vorpommern mißhandeln zwei Jugendliche einen 22 Jahre alten Südafrikaner schwer. Er erblindet auf dem linken Auge, erleidet ein Schädeltrauma und zahlreiche Prellungen. –

In Neubrandenburg wird ein 16 Jahre altes Mädchen von vier Jugendlichen mit Schlägen in die Magengegend traktiert. Die Angreifer hielten sie irrtümlich für eine Ausländerin. –

Brandanschlag auf das Studentenwohnheim der Europa-Universität »Vladrina« in Frankfurt/Oder.

Freitag, 6.11. –

Das Hessische Landeskriminalamt teilt mit, daß in Hessen seit Jahresbeginn 304 fremdenfeindliche Straftaten begangen wurden. Zwischen Juli und August verdreifachte sich die Zahl der Übergriffe und Anschläge von 13 auf 41. Im September wurden landesweit 77 ausländerfeindlich motivierte Straftaten gezählt, im Oktober 47.

Samstag, 7.11. –

Jugendliche Nazis stecken auf einem Kita-Gelände in Berlin-Lichtenfelde unter »Sieg Heil«-Rufen einen mit Papier gefüllten Container vor dem Gebäudeeingang in Brand. Die Kita soll zur Unterbringung von etwa 100 Flüchtlingen aus Krisengebieten genutzt werden und steht zum Zeitpunkt des Anschlags leer. –

In Heidelberg protestieren über 300 Personen in Leserbriefen gegen die Absicht der Stadt, auf einem unbebauten Gelände am Rande des Nobelstadtteils Neuenheim fünf Fertighäuser für Flüchtlinge zu errichten. Man fürchtet die »Zerstörung des sozialen Umfelds« und »schwere Belastungen«.

Montag, 9.11. –

Im Anschluß an eine Demonstration gegen Fremdenhaß ziehen 40 rechtsradikale Randalierer mit Baseballschlägern durch die Innenstadt von Rostock und brüllen ausländerfeindliche Parolen. 17 Rechtsradikale werden festgenommen. –

In Mainz-Kastel beschmieren Unbekannte die Wände eines Mehrfamilienhauses, in dem deutsche und ausländische Familien wohnen, mit Hakenkreuzen.

Dienstag, 10.11. –

Drei Marineoffiziere und ein Offiziersanwärter werfen eine Übungsgranate vor eine Flüchtlingsunterkunft in Kiel-Holtenau. Die Granate explodiert mit doppeltem Kano-nenschlag und Lichtblitz. Verletzt wird niemand. Die Täter werden vom Dienst suspendiert.

Mittwoch, 11.11. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Landau verurteilt einen 18jährigen Lehrling wegen eines Brandanschlages auf ein Asylbewerberheim in Ilbesheim bei Landau/Pfalz Ende August dieses Jahres zu dreieinhalb Jahren Jugendhaft.

Donnerstag, 12.11. –

Oberstaatsanwalt Nauth erklärt in Heppenheim/Bergstraße, der Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Lampertheim vom 30.1.92, bei dem eine Familie aus Sri Lanka ums Leben kam, sei aufgeklärt. Die Täter seien geständig; ihre Tat habe keinen politischen Hintergrund. Da keine Fluchtgefahr bestehe, seien sie wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Freitag, 13.11. –

In Berenbostel bei Hannover greifen zehn mit Stöcken bewaffnete Skinheads einen türkischen Asylbewerber an und verletzen ihn.

Samstag, 14.11. –

in Balingen überfallen fünf Männer im Alter von 16 bis 22 Jahren zwei Asylbewerberheime und bedrohen Asylbewerber mit Holzlatten. Sie werden am selben Tag von der Polizei festgenommen. –

In Berlin-Hellersdorf versuchen drei Rechtsradikale mit vorgehaltener Pistole, einen 38jährigen zur Erwiderung des Hitlergrußes zu zwingen und mißhandeln ihn schwer. Der Mann liegt mit Schädelfraktur im Krankenhaus, die Täter sind flüchtig.

Samstag/Sonntag, 14./15.11. –

Brandanschlag auf den unbewohnten Neubau eines Asylbewerberheims in Langenau/Baden-Württemberg. –

Brandanschlag auf eine Moschee in Kassel.

Sonntag, 15.11. –

In Wilhelmshaven werfen Unbekannte einen Hammer durch ein Fenster eines Asylbewerberheims. In den Stiel sind ein Hakenkreuz und die Aufschrift »Ausländer raus« eingeritzt. Ein sechs Monate alter Säugling wird von Glassplittern im Gesicht verletzt. –

In Greifswald-Ladebow greifen drei Jugendliche ein Asylbewerberheim an und werfen Fenster ein. Ein Täter wird gefaßt. –

Einem Pförtner einer Getränkefirma in Berlin, der regelmäßig mit Hitlergruß die Kantine betrat und gegen ausländische Kollegen hetzte, wurde nach Angaben der »Berliner Morgenpost« gekündigt.

Dienstag, 17.11. –

In München wird ein 61jähriger Diakon in Ordenstracht, der in Begleitung eines Afrikaners unterwegs ist, von einem Skinhead geschlagen und die Treppe zur U-Bahnstation hinuntergestoßen. Dabei schreit der Skinhead: »Die Pfaffen und die Nigger«.

Mittwoch, 18.11. –

Die Zahl der Gewalttaten gegen Ausländer hat sich nach Angaben der Bundesregierung von August bis September mehr als verdoppelt. Im September wurden 1.061 Straftaten festgestellt, nach 416 im Vormonat. Im September wurden 172 Sprengstoffanschläge und 70 direkte Angriffe auf Menschen gezählt. Im August gab es 61 Brandanschläge und 48 direkte Angriffe auf Personen. –

In Mainz-Kostheim wird ein Mehrfamilienhaus, in dem mehrere Asylbewerberfamilien wohnen, mit ausländerfeindlichen und nazistischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. –

Auf eine Asylbewerberunterkunft in Hungen/Kreis Gießen werden mit einem Kleinkalibergewehr mindestens drei Schüsse abgefeuert. Zwei Projektile durchschlagen die Fensterscheibe eines Lagerraums, ein weiterer Einschuß wird im Bereich der Eingangstür festgestellt.

Donnerstag, 19.11. –

Auf ein Asylbewerberheim in Duisburg-Homberg werden fünf Schüsse abgefeuert. zwei Projektile durchschlagen die Außenwand der Unterkunft, richten jedoch keinen weiteren Schaden an. –

Nach Aussage des Staatssekretärs im niedersächsischen Innenministerium Schapper sind vom 1. Januar bis 8. November bereits 1.760 rechtsextremistische Straftaten registriert worden. 1991 betrug die Gesamtzahl 1.483.

Freitag, 20.11. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Kassel, bei dem drei Bewohner Rauchvergiftungen erleiden. –

Das Amtsgericht Rostock verurteilt einen 23jährigen, der im vorigen Jahr ein Asylbewerberheim mit Steinen beworfen und dabei einen Wachmann verletzt hatte, zu sechs Monaten Bewährungsstrafe. Dem Richter zufolge hatte die Polizei den Fall mit einer »sehr laschen Einstellung« ein Jahr lang nicht bearbeitet. –

Auf dem Friedhof für gefallene Sowjetsoldaten in Potsdam werden dreizehn Grabsteine aus ihrer Verankerung gerissen.

Samstag, 21.11. –

In Stralsund beschimpfen 15-16jährige Jugendliche in einer Diskothek zwei jugoslawische Flüchtlinge. Als die Gruppe später auf ihrem Nachhauseweg am Asylbewerberheim vorbeikommt, wird sie von den Jugoslawen verprügelt. –

Nach Angaben des »Spiegel« trägt der mecklenburgische Innenminister Kupfer (CDU) größere Verantwortung für das Stillhalten der Polizei bei den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock als bisher bekannt. Nach einem internen Protokoll des früheren Rostocker Polizeichefs Kordus sei Kupfer vor den Brandanschlägen bei der Beratung mit Sicherheitsfachleuten zu der Einschätzung gekommen, die Vietnamesen seien »weniger in Gefahr als die Polizei«. Draufhin habe man Beamte abgezogen. –

In Hamburg wirft ein Unbekannter eine nicht funktionsfähige Übungshandgranate in ein Wohnheim für ausländische Kinder.

Sonntag, 22.11. –

In Schöningen/Niedersachsen werfen Jugendliche einen Brandsatz gegen die Holztür eines Asylbewerberheims und werfen mehrere Fensterscheiben ein. –

Zwei unbekannte Männer werfen einen faustgroßen Stein in eine Asylbewerberunterkunft in Konstanz. Ein elfjähriges Mädchen wird am Unterschenkel verletzt.

Montag, 23.11. –

Brandanschlag auf zwei etwa 500 Meter auseinanderliegende Wohnhäuser in Mölln/Schleswig-Holstein. Die 51jährige Bahide Arslan, ihre 14jährige Nichte Ayse Yilmaz und ihre 10jährige Enkeltochter Yeliz Arslan kommen bei dem Brand ums Leben. Neun weitere Menschen werden verletzt. Der Generalbundesanwalt übernimmt die Ermittlungen wg. »Gefahr für die Innere Sicherheit«. Ein anonymer Anrufer hatte gegen 0.30 Uhr bei der Möllner Polizei gemeldet: »In der Ratzeburger Straße brennt es. Heil Hitler.« Wenig später geht ein anonymer Anruf bei der Feuerwehr ein: »In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler.« Die beiden Häuser brennen völlig aus. –

In Wiesbaden/Hessen wird in der Toilette des Hauptbahnhofes ein 27jähriger Türke von einem Unbekannten niedergestochen. –

In Schotten/Vogelsbergkreis werden zwei Fahrzeuge von Asylbewerbern, die im Hof des Asylbewerberheims stehen, angezündet. –

In Wetzlar feuern Unbekannte fünf Schüsse auf zwei türkische Männer ab. Einer von ihnen, ein 41jähriger Bauunternehmer, wird am Knie verletzt. –

In Weimar kritisiert der Fraktionschef der CDU im sächsischen Landtag, Herbert Goliasch, den verstärkten Zulauf von Sinti und Roma. Deren Integrationsunfähigkeit sei auf Dauer nicht hinnehmbar. Die CDU-Fraktionsvorsitzenden der neuen Bundesländer fordern nach einer zweitägigen Konferenz, Asylbewerber dürften keine Leistungen mehr nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten. –

Im bergischen Leichlingen greift ein 60jähriger Deutscher die libanesische Nachbarsfamilie an, bedroht die Mutter mit einem Messer und würgt sie. Die 24jährige Tochter schießt mit einer Gaspistole auf den Mann, der schon früher ausfällig und tätlich gegen die Familie geworden war. –

Die Staatsanwaltschaften in Kempten und Augsburg ermitteln wegen Volksverhetzung. Anlaß ist ein Gedicht mit ausländerfeindlichem Inhalt, das im Landratsamt von Lindau/Bodensee aufgetaucht war und dort einige Zeit kursierte. Unter anderem hing es an der Wand eines Raums im Sozialamt der Behörde. Ebenfalls aufgetaucht ist das Gedicht im Raum Augsburg.

Dienstag, 24.11. –

Brand in einem Asylbewerberheim in Garmisch-Partenkirchen. Brandstiftung kann nicht ausgeschlossen werden. –

Im lippischen Bad Salzuflen wird ein 49 Jahre alter Türke von etwa zehn maskierten Männern zusammengeschlagen.

Mittwoch, 25.11. –

Sechs Randalierer überfallen in Weisenheim/Rheinland-Pfalz Wohncontainer, in denen 36 Asylbewerber leben. Sie beschädigen die Unterkunft mit Stöcken und Steinen. –

Brandanschlag auf eine seit zwei Wochen als Notunterkunft für Obdachlose und Asylbewerber genutzte Turnhalle in Neustadt in der Nähe von Hannover. –

In Bautzen überfallen zwei Neonazis die 14jährige Dominique K., beschimpfen sie als linke Schlampe und schneiden ihr mit einem Messer ein handtellergroßes Hakenkreuz in die Wange. –

Das Kreisgericht Leipzig-Stadt verurteilt vier Jugendliche, die im November vorigen Jahres eine türkische Familie in ihrer Wohnung bedroht hatten, zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. –

Die Berufungskammer des Landgerichts Oldenburg verurteilt den 31jährigen Anführer des rechtsextremistischen Deutschen Kameradschaftsbundes, Thorsten de Vries, zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. De Vries wurden mehrere Fälle von Bedrohung mit und ohne Waffe, Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Störung des öffentlichen Friedens zur Last gelegt. –

Der Deutsche Presserat teilt auf eine Anfrage des nordrheinwestfälischen Innenministers mit, daß Journalisten, die an Neonazis und rechtsextreme Randalierer Geld zahlen, damit sie sich vor der Kamera in Szene setzen oder Interviews

geben, gegen die journalistischen Verhaltensgrundsätze verstoßen. Der Presserat bewertet »dieses Phänomen generell als einen Mißstand im Pressewesen«. –

Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es in der BRD derzeit etwa 4.000 militante Rechtsextremisten, von denen in diesem Jahr etwa 1.900 Gewalttaten verübt wurden, die 17 Todesopfer gefordert haben. Insgesamt seien 40.000 rechtsextremistische Vereinsmitglieder in 26 Gruppen registriert. –

Der Berliner »Tagesspiegel« dokumentiert das Grußwort des Obermeisters der Elektro-Innung Berlin, Klaus-Peter Müller, in dem es unter anderem heißt: »Es sollte den Damen und Herren ›multikulturellen Politikern‹ auch endlich einmal klar werden, daß ein Staatsbürger in seinem eigenen europäischen Land nicht plötzlich Diener bzw. Ernährer von Fremdlingen sein will. Sie sollten nicht vergessen, daß sie einen Amtseid geleistet haben, in dem sie sich verpflichteten, zum Wohl und Nutzen des deutschen Volkes zu wirken.« Die Berlin-Brandenburgische IG Metall fordert daraufhin die Elektro-Innung und die Handwerkskammer auf, sich von den »skandalösen« Äußerungen des Innungs-Obermeisters zu distanzieren.

Donnerstag, 26.11. –

In Neuburg/Bayern ruft ein 42jähriger Frührentner anonym bei der Polizei an und droht, im Neuburger Asylbewerberheim werde eine Bombe hochgehen. Er beendet das Telefonat mit »Heil Hitler«. Die Polizei kann den Anrufer ermitteln und festnehmen. Eine Bombe existierte nicht. –

Brandanschlag auf eine Unterkunft jugoslawischer Kriegsflüchtlinge im Gelsenkirchener Stadtteil Hüllen. Die Brandsätze können gelöscht werden. Die Täter, sechs Jugendliche im Alter von 13 bis 15 Jahren, geben Haß auf Ausländer und die Berichterstattung über den Mordanschlag in Mölln als Motiv für ihre Tat an. –

In Stuttgart wird ein 16jähriger Koreaner von vier Rechtsradikalen mit rechtsextremen Parolen beschimpft und mit Knüppeln und einer Fahrradkette zusammengeschlagen. –

Zwei Skinheads im Alter von 16 bis 18 Jahren werden unter dem Verdacht verhaftet, Anfang November in Lehnin/Brandenburg einen Mann ermordet zu haben.

Freitag, 27.11. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Vreden/Westfalen. Die 35 Bewohner können das Gebäude rechtzeitig verlassen und werden nicht verletzt. Es entsteht ein Sachschaden von mehreren tausend Mark.

Sonntag, 29.11. –

Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Eberswalde, das zu großen Teilen niederbrennt. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder ermittelt wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Winsen an der Luhe. Der Brandsatz kann von einem Heimbewohner gelöscht werden. Die Polizei nimmt fünf Männer fest. Gegen zwei der mutmaßlichen Täter ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes. –

Der Türsteher einer Kölner Diskothek erschießt einen 24 Jahre alten Türken, der wegen früherer Schlägereien Hausverbot hatte, mit einer abgesägten Schrotflinte, als der Abgewiesene mit Freunden unschlüssig auf der Straße steht. –

In Hannover schießen Rechtsradikale mit Signalmunition auf mehrere Libanesen. Die Polizei nimmt neun Verdächtige fest. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Lingen/Niedersachsen. –

In Marktredwitz/Oberfranken wird ein junger Türke von einem 38jährigen Deutschen mit einem Messer verletzt. Der Täter wird festgenommen und wegen versuchten Totschlags dem Haftrichter vorgeführt.

Montag, 30.11. –

In Mainz-Kastel werden zwei 18 und 20 Jahre alte Frauen türkischer und marokkanischer Nationalität von sechs Rechtsradikalen, die mit Schreckschußpistolen und Baseballschlägern bewaffnet sind, verfolgt und bedroht. Die Polizei kann die Täter festnehmen. –

In Würzburg werfen Unbekannte Molotow-Cocktails in ein Heim für Asylbewerber. nach dem Attentat verständigt ein Mann die Polizei mit den Worten: »Der Ostbahnhof brennt. Heil Hitler.« Schaden entsteht nicht. –

Der Ehrenfriedhof für gefallene Sowjetsoldaten in Potsdam wird erneut geschändet. Vier Grabsteine werden aus ihrer Verankerung gerissen und umgeworfen. –

Brandanschlag auf das Fachwerkhaus einer türkischen Familie in Langenfeld bei Düsseldorf. Ein Wohnraum brennt vollständig aus. Es entsteht ein Sachschaden von etwa 30.000 Mark. Das türkische Ehepaar und seine drei Kinder können sich in Sicherheit bringen. –

In Steinau/Hessen werfen zwei Unbekannte mit Steinen auf einen Asylbewerber, der sich auf dem Balkon einer Gemeinschaftsunterkunft aufhält. –

In Butzbach/Hessen randalieren mehrere angetrunkene Jugendliche vor einer Asylbewerberunterkunft. Sie werfen Steine und Bierflaschen gegen die Hauswand. Die Polizei nimmt vier der Täter im Alter von 17 bis 21 Jahren fest.

Dienstag, 1.12. –

Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Magdeburg. Die Polizei nimmt acht junge Männer im Alter zwischen 16 und 22 Jahren fest. Vier davon werden von Zeugen als Täter identifiziert. Der Haftrichter lehnt jedoch einen Haftbefehl mit der Begründung ab, es sei nicht bewiesen, daß die Jugendlichen an dem Überfall beteiligt waren. –

Der 25 Jahre alte Neonazi Michael Peters und der 19jährige Lars Christiansen haben nach Angaben der Bundesanwaltschaft gestanden, die beiden Brandanschläge von Mölln verübt zu haben.

Mittwoch, 2.12. –

In Idstein-Wörsdorf/Hessen wird eine türkische Familie mehrfach telefonisch von einem Unbekannten bedroht, der »Heil Hitler« brüllt und droht, eine Bombe in das Haus zu werfen. –

Das Cottbusser Kreisgericht verurteilt drei Jugendliche aus Welzow/Kreis Spremberg wegen Landfriedensbruchs und Beihilfe zu Bewährungsstrafen von sechs, acht und zwölf Monaten sowie zur Ableistung von Sozialdiensten. Die Jugendlichen hatten im August 1991 eine Asylbewerberunterkunft mit Leuchtmunition beschossen. Die Baracke war völlig abgebrannt, verletzt wurde niemand. –

Wegen Anschlägen auf Heime für Asylbewerber sowie Aus- und Übersiedler in Hessen werden Haftbefehle gegen zwei junge Männer erlassen. Einer von ihnen soll mehrere Schüsse auf ein Asylbewerberheim in Hungen/Kreis Gießen abgefeuert haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm versuchten Mord vor. Dem anderen wird angelastet, an Brand- und Sprengstoffanschlägen auf ein Aus- und Übersiedlerheim in Gemünden-Niedergemünden/Vogelsbergkreis beteiligt gewesen zu sein.

Donnerstag, 3.12. –

In Leipzig werden zwei rumänische Asylbewerber von zehn bis fünfzehn Skinheads zusammengeschlagen. Die Skinheads sind unter anderem mit einer Eisenstange bewaffnet. Die Opfer müssen mit Knochenbrüchen ins Krankenhaus. –

Das Kreisgericht Luckenwalde in Brandenburg verurteilt neun Skinheads wegen Landfriedensbruchs zu sechs bis neun Monaten Jugendstrafe auf Bewährung. Die Täter im Alter von 15 bis 21 Jahren hatten im April 1992 das Asylbewerberheim Treuenbrietzen mit Steinen und Knüppeln angegriffen und erheblichen Sachschaden angerichtet. –

Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums haben die Polizeibehörden in diesem Jahr bis Ende November bundesweit 4.147 Straftaten gegen Ausländer registriert. Dazu zählen 502 Brand- und Sprengstoffanschläge sowie 434 Angriffe gegen Menschen, davon zwei vollendete und zwölf versuchte Tötungen. Im Oktober wurden nach Angaben der Bundesregierung 740 ausländerfeindliche Straftaten angegeben. –

In Nordrhein-Westfalen sind von Januar bis Ende November 1992 1.064 fremdenfeindliche Straftaten verübt worden, 1991 waren es 725 Fälle. Die seit 1.10.92 eingerichteten siebzehn speziellen Ermittlungsgruppen der Polizei ermitteln derzeit in 678 Verfahren. 362 Personen wurden als Tatverdächtige ausgemacht, 30 Prozent davon sind unter 21 Jahren. –

Ein halbes Jahr nach seiner öffentlichen Drohung, »ein Blutbad unter Ausländern« anzurichten, wird der Dresdner Stadtkämmerer Günther Rühelmann aus seinem Amt entlassen.

Außerdem:

Samstag, 7.11. –

Am Kolpinsee in Brandenburg mißhandeln drei rechtsradikale Jugendliche den 52jährigen obdachlosen Rolf Schulze in ihrem Auto, übergießen ihn mit Benzin und zünden ihn an. Zwei der mutmaßlichen Mörder, 16 und 18 Jahre alt, werden verhaftet.

Freitag, 13.11. –

Bei einer Auseinandersetzung in einer Wuppertaler Kneipe verletzen zwei Skinheads, vermutlich Mitglieder der Nationalistischen Front, den 53jährigen Karl-Hans Rohn durch Tritte lebensgefährlich, übergießen ihn mit hochprozentigem Schnaps und zünden ihn an. Das sterbende Opfer transportieren sie im Wagen des Wirts über die Grenze in die Niederlande, wo die Leiche am nächsten Morgen gefunden wird.

Freitag, 20.11. –

Im Berliner Stadtteil Friedrichshain wird der 27jährige Silvio Meier bei einem Streit zwischen drei aus der Hausbesetzerszene stammenden Jugendlichen und fünf Rechtsradikalen von zwei der Nazis erstochen. Die beiden anderen linken Jugendlichen werden schwer verletzt.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember '91

Antisemitische Angriffe

Dienstag, 3.11. –

Die jüdische Autorin Inge Deutschhorn wird zunehmend bedroht. Telefonisch und per Post melden sich alte und neue Nazis und traktieren sie mit rechtsradikalen Sprüchen und Schmähschriften.

Mittwoch, 4.11. –

Auf dem jüdischen Friedhof in Michelstadt/Odenwald werden etwa zwölf Grabsteine umgeworfen.

Montag, 9.11. –

Die Polizei von Gelsenkirchen nimmt einen 19jährigen Lehrling fest, der im September und Oktober viermal jüdische Friedhöfe heimgesucht, Grabsteine umgeworfen und mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert hatte. Der Festgenommene gibt außerdem sechs Brandanschläge zu, unter anderem gegen die Jüdische Kultusgemeinde und die Friedhofshalle.

Freitag, 13.11. –

Wegen Volksverhetzung, übler Nachrede, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß wird der NPD-Bundes- und baden-württembergische Landesvorsitzende Deckert aus Weinheim vom Landgericht Mannheim zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt, die für vier Jahre auf Bewährung ausgesetzt wird. Deckert hatte behauptet, daß es in Auschwitz keine Gaskammern gegeben habe.

Samstag, 14.11. –

In Offenbach werden auf dem jüdischen Friedhof fünfzehn Grabsteine von ihrem Sockel gestoßen und teilweise zertrümmert.

Dienstag, 17.11. –

Eine Jüdin aus Emden erhält erneut Drohbriefe mit antisemitischem Inhalt, wie z.B. »Keine Juden nach Ostfriesland, sondern nach Auschwitz«.

Mittwoch, 18.11. –

In Münzenberg bei Friedberg wird der erst vor kurzer Zeit in einer Feierstunde enthüllte Gedenkstein für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und die jüdischen Emigranten aus Münzenberg mit schwarzer Farbe beschmiert.

Mittwoch, 25.11. –

Viele Juden in Deutschland fühlen sich vom Rechtsextremismus so verunsichert, daß sie nach Israel auswandern wollen. Die für Einreiseanträge zuständige Jewish Agency in Frankfurt hat in den vergangenen Monaten eine erhebliche Steigerung von Anfragen verzeichnet. –

In Göttingen wird die Beleuchtung des jüdischen Ehrenmals mit einer Spitzhacke zerstört. Die Polizei nimmt vier Verdächtige im Alter von 21 bis 23 Jahren fest.

Freitag, 27.11. –

Am Briefkasten eines Wiesbadener Juden bringen Unbekannte einen Zettel an, auf den ein Davidstern gemalt und das Wort »Jude« geschrieben ist.

Montag, 30.11. –

Der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano hat eine Morddrohung erhal-ten. In dem Brief heißt es: »Am 30. April 1993 verstarb erwartet der Nestbeschmutzer Ralph Giordano. Durch seinen Tod wurde Köln ein wenig sauberer. Statt Spenden erbittet der Jude sein Vermögen zugunsten der PLO zu verwenden und ihn in Auschwitz beizusetzen, wo er hingehört.«

Konkret 01/93, S. 32

Georg F□ lberth

Ke□ nes, Karriere, Stamokap

Volker R□ he und der J□ ger □90 oder Wie es kommt, da□ im R□ stungsgesch□ ft immer noch alles so laufen kann □ ie einst Zeiten des Lockheed-Skandals

Der Posten des Bundesministers für Verteidigung ist häufig die Entsorgungsstation für Absteiger gewesen (z. B. Stoltenberg), zuweilen auch markierte er einen Karriereknick für Leute, die noch höher hinauswollten (Strauß). Nur einer kam von hier aus weiter: Helmut Schmidt. Er stellte sich mit der Generalität gut, indem er deren schlechte Laune angesichts der Entspannungspolitik durch seine eigene offen zur Schau getragene Frustration darüber, daß ihm Brandt vor der Nase saß, symbolisierte. Deshalb war er ein Liebling des Offizierskorps, das im übrigen durch mehrere lautstarke Proteste – von den Generalskrisen um Schnez und Karst noch zu Zeiten seines Vorgängers bis zu den »Hauptleuten von Unna« 1970 – gezeigt hatte, daß ihm die ganze Richtung nicht paßte.

Der Job gilt als Schleudersitz, weil die Behörde, welche vom Minister politisch gesteuert werden soll, durch den Zivilisten an der Spitze offensichtlich kaum kontrollierbar ist. Zu viel hängt daran: milliardenschwere Rüstungsaufträge, die zwischen der Bürokratie, der Generalität, der Industrie und deren Vertrauensleuten in den Ausschüssen des Bundestages ausgehandelt werden; Waffenexporte; das Offizierskorps; die Geheimdienste. Der Amtsinhaber tut gut daran, sich anzupassen. Allerdings verliert er dabei in dem Maße an politischem Profil, in dem er als Soldatenvater gilt, und das bedeutet häufig eben auch das Ende der Karriere. Zu allem Überfluß gibt es zum Schluß häufig noch einen Eselstritt vom Apparat, der durch Skandale oder durch eher absichtlich herbeigeführte als zufällige Pannen zeigt, daß er das Sagen hat: Kai-Uwe von Hassel stolperte 1966 über einen Generalsprotest und über die Starfighter-Krise, Leber 1978 über den MAD, Wörner beschädigte sich gleich zu Anfang an der Kießling-Affäre, dem längst fälligen Stoltenberg gab es den Rest, als herauskam, daß illegal Panzer an die Türkei verschoben worden waren.

Nach alledem wirkte der damalige Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, nicht sehr vergnügt, als er im März 1992 Verteidigungsminister wurde. Voyeure, für die Politik nur aus Personalien besteht, mutmaßten, Kohl habe einen Konkurrenten aus dem Weg räumen wollen, indem er ihm dieses Amt anbot. Das Schauspiel versprach interessant zu werden, denn der Neue ist wendig. Mitte der achtziger Jahre galt er als mutig, weil er im Gegensatz zu Dregger feststellte, das Problem des deutschen Nationalstaats könne das operative Handeln der BRD aktuell nicht bestimmen. In Wirklichkeit war das der übliche Kronprinzen-Liberalismus: Unter dem Generalsekretär Geißler leistete die Union sich damals einiges, um modern, den Neuen Sozialen Bewegungen aufgeschlossen, jugendnah, gemäßigt frauenfreundlich zu erscheinen, und Rühe hatte in der Streitfrage, in welcher er sich profilierte, ja auch den Kanzler-Historiker Michael Stürmer auf seiner Seite. Zwar war Bitburg-Zeit, doch die CDU demonstrierte eine große Breite, und es empfahl sich, in der innerparteilichen Polarisierung einen weithin sichtbaren Standpunkt zu beziehen, der allerdings weniger riskant war, als es aussah. Später, mit dem Drehen des Windes, hatte Rühe sich so schnell wieder gehärtet, daß er 1989, als Geißler stürzte und Späth nicht mehr ins Präsidium der CDU gewählt wurde, Generalsekretär werden durfte. Seitdem gilt er eher als hart deutschnational.

Aber doch auch wieder nicht so ganz. Auf der ersten Kommandeurstagung seiner Amtszeit wälzte Rühe das Wort »zivil« derart penetrant im Munde herum, daß es fast wie »Zivilgesellschaft« klang. Er legte Wert darauf, sich von dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, zu unterscheiden, der sinngemäß erklärte, man müsse im Interesse gesteigerter Gefechtsbereitschaft wieder mehr Hammelbeine langziehen und Flötentöne beibringen, und im übrigen beginne der Fisch am Kopf zu stinken. In solcher Nachbarschaft wirkte der Minister smart, und das wollte er auch. Es war klar, daß er auf dem Posten nicht alt werden, sondern ihn irgendwann einmal nach oben hin verlassen wollte, wie einst Schmidt, aber mit anderen Mitteln: in loyaler Distanz zu den Kommißköpfen. Er wies ihnen zwar neue Betätigungsfelder (Adria), bemühte sich aber zugleich sehr darum, den Eindruck eines Mannes zu erwecken, der in der Frage der Out-of-area-Einsätze zum Jagen getragen werden muß.

Zu seinem Einstand gehörte auch, im Mai, die Ankündigung, das Kampfflugzeug »Jäger □90« werde nicht mehr gebaut und gekauft, denn es sei zu teuer und passe auch nicht mehr in die Zeit nach dem Ost-West-Wettrüsten. Damit hatte Rühe sich schon wieder als ein merkwürdig ziviler Minister vorgeführt.

Allerdings zeigte sich sehr schnell, daß er den Jäger □90 nicht los wurde. Ihm wurde vorgerechnet, daß der größte Teil der milliardenschweren Entwicklungskosten für das Flugzeug schon ausgegeben sei und für den Rest wasserdichte vertragliche Verpflichtungen gegenüber der Industrie – vor allem der Daimler-Benz-Tochter »Deutsche Aerospace« (DASA) – bestünden. Die Planung und der Bau eines Ersatz-Typs werde neue Kosten verursachen, welche die Einsparungen wieder auffräßen. Außerdem sei der »Jäger □90« ein Gemeinschaftsprojekt zusammen mit Italien, Spanien und Großbritannien. Wer da aussteige, müsse die Finanzierung dennoch in unveränderter Höhe mittragen. Auch darüber gebe es bindende Verträge. Zuletzt, Sie haben es in der Tagesschau gesehen, wurde der Bau eines neuen Kampfflugzeuges beschlossen, das nicht mehr »Jäger □90« heißt, aber genau so aussieht. Allerdings erscheint es auf den ersten Blick erheblich billiger: nicht

mehr 135 Millionen pro Stück, sondern 90.000.000. Doch wird jetzt schon als sicher vorhergesagt, daß einige Extras, welche man jetzt aus Kostengründen wegließ, später nachgefertigt werden. Dadurch werde die Sache wieder teurer, und durch die wundersame Kostenvermehrung, die im Rüstungsgeschäft üblich ist, wird am Ende ein Preis herauskommen, der noch höher ist als das, was früher für den Jäger □90 kalkuliert wurde. Es wird dann in Wirklichkeit ja auch wieder dasselbe Flugzeug sein.

Was soll man zu all dem sagen?

Man kann, wenn man auf schnelle Unterhaltung aus ist, personalisieren. Volker Rühe erscheint dann als der tough guy, der sich mit der übermächtigen Rüstungslobby anlegt, zunächst zwar nichts ausrichten kann, aber zum Wohl seiner künftigen Karriere besser dasteht als sein Amt. Immerhin hat er jetzt ein paar Spitzen-Bürokraten gefeuert, nein: versetzt. Die fühlen sich wahrscheinlich ungerecht behandelt, denn es kann vermutet werden, daß Rühe im Mai, als er den »Jäger 90« streichen wollte,schon die Hindernisse kannte, die dem entgegenstanden. Dann wäre sein Kraftakt nur eine Show gewesen.

Auch an Stamokap darf gedacht werden. Sie erinnern sich: Die Monopole bemächtigen sich des Staates, der dann auf ihr Kommando hört. Dieses kann sanft sein, so daß es sich nicht wie ein Befehl anhört, sondern eher wie das Resultat eines herrschaftsfreien Diskurses. Jürgen E. Schrempp, der Chef der Dasa, formuliert das so: »Wir haben manchmal das Gefühl, daß unser Tun, zu dem uns der Staat ja ausdrücklich auffordert, einzelnen Politikern mentale Probleme bereitet, wenn sie sich dazu bekennen sollen. Aber selbst wo es heute gängige Übung ist, das Einzelverhalten von Politikern zu kritisieren, möchte ich mich diesem Verfahren nicht anschließen. Was mich interessiert, ist die politische Moral, es ist darüber hinaus die Frage, ob solche Verhaltensmuster möglicherweise systembedingt sind. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen sollten, daß dem so wäre, müßten wir uns alle überlegen, ob es eine Optimierung unseres demokratischen Systems gibt, die es Politikern auch erlaubt, nicht nur immer erst auf die Wähler zu schielen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Politiker müssen sich zunächst mit einer Sache gründlich auseinandersetzen können. Und wenn sie sich dann im Sinne ihrer Verantwortung für unser Land und die Menschen eine Meinung gebildet haben, sollten sie versuchen, diese Sache mehrheitsfähig zu machen« (»TopBusiness«, August 1992, S. 59).

Der Tadel, welcher hier ausgeteilt wird, ist im Ton maßvoll und in der Sache deutlich: Politiker sollen, so meint Schrempp, auf Effekthascherei in eigener Sache verzichten. Stattdessen müssen sie die Vorgaben von Industrie und Bürokratie, welche sie vorfinden, mit Verantwortung studieren und anschließend mit politischer Moral dem Volk verkünden.

Dieses wird ihnen dafür dankbar sein, denn unter anderem handelt es sich um Arbeitsplätze. Während der Auseinandersetzung um den Jäger 90 wurde kolportiert, in der Bundesrepublik gingen bei einer Streichung des teuren Kampfflugzeugs 20.000 Jobs verloren, und in Großbritannien seien es 30.000. In einer solchen Situation funktioniert sogar das, was sonst am schwersten zu machen ist: internationale Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer. »Auf einem Betriebsrätetreffen anläßlich der Luftfahrtschau in Farnborough« haben sich »Vertreter des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Aerospace AG (Dasa), München, und Gewerkschaftsdelegierte der British Aerospace Plc., London,« für die Rettung des Jäger 90 eingesetzt («Süddeutsche Zeitung«, 12./13.9.1992). So gesehen ist dieser nicht nur ein Waffensystem, sondern auch eine Beschäftigungsmaßnahme. Wenn das Gerät irgendwann verschrottet wird, ist es nach einer solchen Logik durch ein gleich teures anderes Modell zu ersetzen.

Das Muster, welches hier angewandt wird, hat John Maynard Keynes 1936 in seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« so beschrieben: »Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlebergwerken vergraben würde, die dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehricht füllen würde und es dem privaten Unternehmungsgeist nach den erprobten Grundsätzen des Laissez-faire überlassen würde, die Noten wieder auszugraben (wobei das Recht, also zu tun, natürlich durch Offerten für die Pacht des Grundstücks, in dem die Noten liegen, zu erwerben wäre), brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben, und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum viel größer als jetzt werden. Es wäre zwar vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts.«

Also: Rüstungs-Keynesianismus. Der Unterschied zu dem Buddel-Beispiel liegt darin, daß man mit Kehricht nicht schießen kann und daß Kampfflugzeuge auch lukrative Exportartikel zu sein vermögen.

Es ist allerdings denkbar, daß einige der staatsmonopolistischen und rüstungskeynesianischen Unvermeidlichkeiten in Wirklichkeit gar nicht bestehen. Vielleicht waren die Lieferverträge und die internationalen Absprachen nicht so zwingend, wie die Lobby es darstellte, und unter Umständen ging es gar nicht um ingesamt 50.000 Arbeitsplätze in Großbritannien und Deutschland. Dann wäre zu fragen, wie es kommt, daß nach mittlerweile vielen Jahren der Konversionsforderungen und einer emsigen Wissenschaftler-Friedensbewegung alles noch so laufen kann wie einst zu Zeiten des Lockheed-Skandals.

Georg Fülberth plädierte in KONKRET 12/92 für die Neuteilung der Bundesrepublik

Konkret 01/93, S. 34

Sahra Wagenknecht

Nach Gysi

Gregor Gysi hat mit der Ankündigung, nicht mehr für den Vorsitz der PDS zu kandidieren, die Forderung nach einer führenden Rolle für die reformistische Fraktion der PDS verbunden

Gregor Gysi hat erklärt, warum er geht. Spekulationen über Hintergründe sind überflüssig. Das Papier, mit und in dem Gysi seinen Abgang begründete, ist aufschlußreich genug.

Es enthält erstens jene fragwürdige, in den Medien der bürgerlichen Klasse ausgiebig referierte Einteilung der PDS-Mitgliedschaft in vier Gruppen. Zweitens formuliert es einprägsam, welche Entwicklung die PDS fortan nehmen solle: »Mir scheint die Zeit reif zu sein, die Meinungsunterschiede innerhalb der PDS auszutragen und ein deutlicheres und einheitlicheres Profil anzustreben.« Das Ergebnis dieses Austragens von »Meinungsunterschieden« kennt Gysi schon: »Auf jeden Fall muß... die Politik der Vertreter der vierten Gruppe zu der entscheidenden in der PDS werden, das müßten auch die Vertreter der anderen Gruppen akzeptieren.«

Diese vierte Gruppe ist – folgen wir Gysi – genau jene, die die Linie des Sonderparteitages vom Dezember 1989 fortsetzt. Dessen Ideologie aber war, man erinnert sich, das Neue Denken Gorbatschowscher Herkunft. Inzwischen sind die Folgen der Politik des Neuen Denkens bekannt. Kaum jemand in der PDS analysiert sie. Doch die aus ihm erwachsene Richtung wird nicht nur dominierend beibehalten, sondern ihre Rolle soll jetzt sogar als führend festgeschrieben werden.

An Gysis Gruppen-Gliederung fällt auf, daß sie sich bei nebensächlichen bzw. abgeleiteten Bestimmungen aufhält, die grundlegenden und wesentlichen Kriterien, anhand derer eine marxistische Analyse ordnen müßte, jedoch mit Sorgfalt umgeht. Als wäre es nicht die Haltung zur Eigentumsfrage, aus der sich die übrigen Charakteristika sozialistischen Denkens – so die Einschätzung der untergegangenen sozialistischen Gesellschaft, die Analyse bestimmter Entwicklungstendenzen im Weltimperialismus der Gegenwart sowie die Beurteilung von Weg und Ziel sozialistischer Politik – erst ergeben. Unter diesem Gesichtspunkt aber existieren im Wesen nicht vier Grundhaltungen, sondern zwei. Deren Auseinandersetzung bestimmt in der Tat die bisherige Entwicklung der PDS.

Es handelt sich allerdings um eine Auseinandersetzung unter ungleichen Bedingungen. Denn der Zusammenbruch des ersten realisierten Sozialismus mußte naturgemäß auch das sozialistische Denken erschüttern. Er konnte dies um so leichter, da der Niedergang der marxistischen Theorie bekanntlich nicht erst in den Wirren des konterrevolutionären »Wende«-Herbstes 89 begonnen hatte. Selbst Gorbatschow, dessen Absage an das »Alte Denken« in Wahrheit eine Abkehr von der Marxschen Theorie war, ist in dieser Hinsicht nur ein Folgetäter.

Im Ergebnis dieser Umstände bestehen heute tatsächlich gewisse Erklärungsdefizite des sozialistischen Denkens: bezogen vor allem auf Entwicklungen im Kapitalismus der zweiten Jahrhunderthälfte und auf die Geschichte des ersten sozialistischen Weltsystems. Solche Defizite aber mindern die Überzeugungskraft einer Weltanschauung. Die Empfänglichkeit für andere, bürgerliche, Denkmuster wuchs. Befördert durch die Erinnerung an das von Verfallstendenzen gezeichnete Endstadium des vergangenen Sozialismus und seinen hilflosen, scheinbar unaufhaltsamen Zusammenbruch. Der Kapitalismus endlich war den meisten doch nur aus den – als »dogmatisch« verrufenen – Parteilehrbüchern bekannt. In dieser Situation vollzog sich in vielen ehemals kommunistischen Parteien der ehemals sozialistischen Länder eine Hinwendung zur sozialdemokratisch-reformistischen Ideologie mit entsprechenden politischen Konsequenzen. So auch auf dem Sonderparteitag der SED.

Seither vermochte das innen- und außenpolitische Agieren des deutschen Imperialismus manche Zweifel an marxistischen Positionen wieder auszuräumen. Selbst den weltentrückten Nachbetern der Godesberg-Ideologie dürfte es inzwischen Schwierigkeiten bereiten, Momente der »Modernität« an jenen Gesellschaftsverhältnissen wahrzunehmen, die in Folge der gelobten »Wende« im östlichen Deutschland einzogen. Denen es gelungen ist, binnen weniger als drei Jahren eine gut entwickelte Industrie dem Erdboden gleichzumachen, ein fortschrittliches Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem durch ein klassengeteiltes, ineffizientes und geflickschustertes zu ersetzen, eine Kultur von Weltrang ins gesellschaftliche Abseits zu drängen; Gesellschaftsverhältnisse, die sich jetzt der ungeliebten, im Zeitalter der Systemauseinandersetzung notdürftig zugestandenen Kompromisse entledigen, wieder unbekümmert Neofaschismus züchten, Nazihorden zum Brandschatzen ermutigen und deren Auftritte medienwirksam in Szene setzen.

Es ist das Leben, das seine Wirkung tut. Viele theoretische und politische Positionen, die noch vor einem guten Jahr von breiten Teilen der PDS-Mitgliedschaft akzeptiert wurden, werden durch die sozialen Erfahrungen im heutigen Deutschland erheblich in Frage gestellt. Täglich beweist der Kapitalismus, daß er so funktioniert, wie es die marxistische Theorie längst analysiert hat. Die freundlichen Schreibstuben-Visionen seiner Friedens-, Reform- etc. -fähigkeit zerbrechen an der harschen Wirklichkeit. Nicht minder fragwürdig erscheint, angesichts der Folgen kapitalistischer Restauration, die pauschale Verwünschung des untergegangenen Sozialismus.

Die Wirkung dieser täglichen Erfahrungen zeigt sich u.a. im bisherigen Verlauf der Programmdiskussion. Unfreiwillig wird sie selbst durch den vorliegenden Mehrheitsentwurf der PDS-Grundsatzkommission bestätigt; sahen sich seine Verfasser doch gezwungen, den reformistischen Gehalt durch einen enormen Aufwand »linker« Rhetorik weitestmöglich zu verhüllen. Auch der in der PDS gegenwärtig tobende Streit um das weitere Schicksal des sogenannten MfS-Beschlusses, der über ein Jahr in Ruhe ertragen wurde, beweist das. Und diese Entwicklung vollzieht sich in einer sich mehr und mehr stabilisierenden Partei, die vor einem guten halben Jahr 30 Prozent der Stimmen in Berlin erreichen konnte.

Die weitere Debatte zu den genannten inhaltlichen Fragen ist für die Entwicklung der PDS lebensnotwendig. In der jetzigen Situation für die PDS ein einheitlicheres Profil mit der von Gysi benannten inhaltlichen Ausprägung zu fordern, bedeutet, die genannten Entwicklungstendenzen mindestens zu beschneiden. Wenn ausgerechnet jene Gruppe, deren Auffassungen immer weniger überzeugen, ihre Stellung zur letztgültig führenden auszubauen sucht, dann würden in der PDS Strukturen zementiert, die mit der Vielfalt politischer Richtungen nicht mehr vereinbar sind.

Zwar billigt Gysi anderen Richtungen nach wie vor Existenzrecht in der PDS zu. Aber das wäre dann wohl eher zur Ausschmückung scheinbarer Pluralität als wirkliche Gleichberechtigung. (Es geht mir nicht um eine Verteidigung des »pluralistischen« Parteikonzepts an sich. Die »Pluralismus«-Theorie ist letztlich das Erzeugnis spätbürgerlichen Denkens und bloßer Ausdruck seines Unvermögens, das Tatsachengestrüpp der Realitäten in ganzheitliche rationale Erklärungsmuster zu ordnen. Perspektivisch kommt keine sozialistische Partei aus ohne wissenschaftliche Theorie und eine von dieser bestimmten Politik.)

Nur tatsächliche Gleichberechtigung ermöglicht, daß die Erfahrungen des sozialen und politischen Kampfes, die die PDS-Mitglieder sammeln, theoretisch verarbeitet werden und sich in wirklichkeitsnaher Programmatik niederschlagen. Diese Entwicklung läßt sich auf Dauer weder aufhalten noch sonderlich beschleunigen. Doch bis dahin muß es möglich bleiben, in der PDS kommunistische Positionen zu vertreten, ohne diffamiert zu werden.

Sarah Wagenknecht ist Mitglied im Parteivorstand der PDS und gehört zur »Kommunistischen Plattform«

Konkret 01/93, S. 36

Gerhard Henschel

Die ganze Tragödie

»Oma Birie weint jetzt« – und mit ihr eine Bagage, deren moralische Unzuständigkeit aus jedem Satz sprach, den sie dem mutmaßlichen Mörder Bastian und seinem mutmaßlichen Opfer Kelly hinterherrief und -schrieb

Nun ziehen Nebel, falbe Blätter fallen, aber noch immer weiß kein Mensch, was genau eigentlich passiert ist in Bonn-Tannenbusch zwischen Petra Kelly und Gert Bastian, bevor die tödlichen Schüsse fielen und eine Welt zusammenbrach, die die beiden Symbolfiguren einer geistig-moralischen Wende der Politik ins herzergreifende Kuschelige zeitlebens am liebsten gewaltfrei in ein schaumgummigepolstertes Reservat verschmuster Minderheiten verzaubert und umgetauscht hätten. Auch Alice Schwarzer sprach in ihrem Nachruf auf Petra Kelly in »Emma« sicherheitshalber in hellen Rätseln: »Über zehn Jahre lang kämpfte sie an seiner Seite gegen Gewalt und Militarismus – bis er eines Nachts zu seiner Dienstpistole griff und ihr im Schlaf in den Kopf schoß.« Wer wem? Gert Bastian hätte seiner Dienstpistole im Schlaf in den Kopf geschossen? »Seine Strafe« – die Strafe des Kopfes? die Strafe des Schlafes? – »folgte auf dem Fuß: der Ex-General exekutierte sich selbst, im Flur und stehend durch einen Schuß von oben durch den Kopf. Ich kannte beide.« Den Kopf und den Schuß? Den Schuß und den Flur? Den Ex-General und den Fuß?

»Oder waren da zwei Menschen so verstrickt, daß ihr Verhältnis – einer tragischen inneren Logik folgend – nicht anders hätte enden können?« fragte sich und uns der »Stern« in einer bangen Stunde, auf deren Leerlauf sich auch Norbert Kostede in der »Zeit« seinen emotional hochqualifizierten Stabreim zu machen versuchte: »Wer kann mit dieser Bluttat seinen Frieden machen? Zweifel hinter Tränen und Trauer.«

Hinter Tränen und Trauer rumpumpelte, einer tragischen inneren Logik folgend, »die ganz persönliche und geheimnisvolle Tragödie des Paares« (»Hamburger Abendblatt«). Was das bedeutet, ist kaum zu beschreiben. »Petra und Gert sind tot«, stellte die grüne Europaparlamentarierin Claudia Roth im »Neuen Deutschland« fest. »Was das bedeutet, ist kaum zu beschreiben. Trauer und Bestürzung. Tiefe Betroffenheit. Ich bin schockiert und fassungslos über die Tragödie, die zu dem tragischen Tod geführt hat.« Aber worin liegt diese Tragik? »Die Tragik Petra Kellys liegt darin, daß ihre Stärke zugleich ihre Schwäche war«, gab die »Frankfurter Rundschau« zu bedenken, während die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Grüne »von dem tragischen Tod« tief betroffen war. »Die ganze Tragödie« (»Stern«) lockte schließlich sogar den reifen Herbert Kremp hinter dem Kachelofen hervor. »Aber«, schrieb er in der »Welt«, »es ist nicht verfehlt, eine Tragödie zu vermuten. Sie läßt etwas bestehen von der Würde des Menschen.« Mein Gott, was für ein Drama! Selbst »Unsere Illustrierte« ließ sich vom Gewürge des Weltmenschen anstecken und geriet ins Schwärmen: »Mein Gott, was für ein Drama. Welche Tragödie! ›Unschuldig-schuldig‹, so stuften die klassischen griechischen Dramatiker solche Taten ihrer Bühnenhelden ein. Friede den beiden Toten, endlich wirklich Friede!«

Und kein Karneval mehr? »Kein Karneval mehr, no more boleros, nicht alle Utopien sterben eines natürlichen Todes«, krötete sich Antje Vollmer in »Emma« zum Thema aus, nachdem sie bereits für den »Spiegel« tief in den Tränensack hatte greifen dürfen: »Die Möwe war ihr Lieblingstier«, hieß es da, einer tragischen inneren Ornithologie folgend, in bezug auf Petra Kellys Vogel. »Es war immer eine eigenartige Faszination um dieses Persönchen«, rund um die Atomuhr, von der Früherkennung bis zu den Spätnachrichten: »Das war noch ein bißchen zu früh für dieses Land – und ein bißchen zu spät für sie, die sie schon durch die Felsen geflogen war.« Über dem Wolkigen muß die Freiheit von allen Gedanken wohl grenzenlos sein.

Als Petra Kellys letzte Flugstunde geschlagen hatte, schlug auch bei »Bild« die Stimmung stürmisch um zugunsten des zarten Kampfkörpers der Heroine und ihrer fröstelnden Seele: »Sie und ihr zarter Körper haben gekämpft für eine bessere, eine wärmere Welt. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Für einen atomfreien Planeten. Für Kinderbeauftragte auf Bundesebene.« Frisch, fromm, fröhlich und atomfrei hat freilich auch die FCKW-produzierende Industrie stets für eine wärmere Welt gekämpft. War Petra Kelly ebenfalls ein Industrieprodukt? »Bild«: »Sie war eine Mischung aus Stahl und Porzellan. Stark und zerbrechlich.« Und General Bastian? »Er war der Baum in ihrem Leben.«

Aber ihr Freund, der Baum, ist tot. »Ihre Politik war wirklich ›identisch‹«, freute sich zwar Claudia Roth; und auch Gert Bastian kam noch einmal gut bei ihr davon: »Auch Gert war ›identisch‹.« In diesem Trauertrubel sah Frau Roth vor lauter identischen Bäumen allerdings schon nicht mehr den Mischwald im eigenen Auge: »Courage und Phantasie fallen mir ein, wenn ich an beide denke, Farben und bunte Tücher, der Regenbogen und die Friedenstaube, Kerzen und unsere Sonnenblume.«

Apropos Wald: »Er hätte ihr gefallen, der Waldfriedhof auf einem Hügel am Rande der Stadt«, betonte Klaus-Peter Klingelschmitt in der »taz«, einer tratschenden inneren Eingebung folgend und gleitmittelfrei posthum sich einfühlend und -führend in Petra Kellys Wald- und Wiesengemüt. »Das Herbstlaub rauschte im naßkalten Wind, als Pfarrer Zink von der ›Jeanne d' Arc unserer Tage‹ sprach, die mit Mut und Sendungsbewußtsein gegen das Unrecht in der Welt und für Hoffnung gekämpft habe.« Es ist zum Heulen. »Oma Birie weint jetzt«, darauf wies ja auch »Bild am Sonntag« hin.

Jo Müller blieb es vorbehalten, in der »Hamburger Rundschau« Petra Kellys Lebenswerk wie folgt zu bilanzieren: »Sie leidete öffentlich« – und ihr Tod schneidete Lukas Beckmann so scharf ins Herz, daß er unverzüglich seine dringendsten Zwischenfragen in freien Rhythmen ins Kondolenzbuch schmierte: »Liebe Petra/Lieber Gert/Warum jetzt/Warum so früh/Warum ohne Abschied/Warum ohne ein Wort/Ihr bleibt ja und seid doch fort/seid fort und bleibt doch...«

Ja, warum jetzt eigentlich? In einer großen gemeinsamen Anstrengung aller Demokraten konnten die Mörder ermittelt werden. »Gert Bastian sah seine Lebensperspektive: Ich werde allein, vergessen und hilflos sein. Er hat dafür eine Schuldige gesucht. Er hat sie gefunden. Er hat sie ermordet«, recherchierte »Bild am Sonntag«, ein kriminalpsychologisches Forum, dessen Thesen sich in kritischer Sympathie auch Alice Schwarzer hauteng anschloß: »Die Liebe von Männern zu Frauen kann tödlich sein. Sie war es auch in diesem Falle. Nur – ist das Liebe?« Nein. Liebe ist, wenn er ihr beim Geschirrspülen hilft. Und was ist die besondere Ironie dieses Dramas? »Es ist die besondere Ironie dieses Dramas, daß ›der Friedensengel‹ ein Opfer der Liebe wurde. Liebe und Haß, Fürsorge und Zerstörung liegen heutzutage gerade bei Männern oft dicht beieinander. Ist auch Petras zum Paulus gewandelter Saulus in dieser Nacht in das Dunkle in sich zurückgefallen?«

Als nicht ganz so dicht beieinander erwies sich Uwe Stemmler, der im »Neuen Deutschland« die gesamte Nation unter Tatverdacht stellte: »Jetzt sind Gert Bastian und seine Lebensgefährtin Petra Kelly tot. Fremdeinwirkung ausgeschlossen, sagen die Sicherheitsbehörden. Wenn es so war: Hatten sie resigniert? Waren sie so verzweifelt? Verzweifelt ist, wer sich allein gelassen fühlt. Allein gelassen fühlen kann sich heutzutage manch Andersdenkender in diesem Deutschland«, woraus folgt: »Sich in diesem Deutschland allein zu fühlen, kann tödlich sein.«

Aber? »Aber ein stummer Tod, der gleichzeitig eine Tötung im Namen der Liebe ist, entzieht sich allem Verständnis«, beschwerte sich Antje Vollmer im »Spiegel«. »Er macht alle irgendwie mitschuldig. Es wird keine Erklärung geben, mit der wir leichter davonkommen.« Verständnis für Stummheit bringt Antje Vollmer nicht auf, weder im Tod noch im Leben: »Einem kreativen Menschen von außergewöhnlichen Talenten das Medium der öffentlichen Sprache zu nehmen, ist auch eine Form der Folter und kann ihn dazu bringen zu implodieren.« Demnach wäre Petra Kelly an den Folgen der Implosionsfolter durch mangelhafte Glotzen-Präsenz verstorben?

»Ob eine Petra Kelly drohende Abhängigkeit von einem Dialyse-Gerät der mögliche Hintergrund der Tragödie in Bonn-Tannenbusch ist, können nur die Gerichtsmediziner sagen«, faßte das »Hamburger Abendblatt« den Ermittlungsstand geschickt zusammen. Peter von Stamm, ein Freund des Hauses, schloß laut »Frankfurter Rundschau« »einen politischen Mord allerdings nicht aus. Es gebe eine Organisation der Chinesen, vor der die beiden Angst gehabt hätten.«

Verschwörungstheoretisch am vehementesten legte sich indessen, gegenüber der »Hamburger Morgenpost«, die große Unvermeidliche ins Strickzeug: »Bärbel Bohley, Ex-DDR-Bürgerrechtlerin und Kelly-Freundin, verlangt nun Einblick in die Ermittlungsakten. An private Motive mag sie nicht glauben. ›Natürlich hatten die beiden Probleme, aber sie waren imstande, sie anders zu lösen‹, sagte sie der ›Morgenpost‹. Sie mache stutzig, daß die beiden gerade umkamen, als Petra Kelly sich verstärkt mit der ›Atom-Mafia im Osten beschäftigte‹.«

Und damit hätten wir insgesamt acht Täter bzw. Tätergruppen resp. Tatwerkzeuge eingekreist und identifiziert: Gert Bastians übel in sich zurückgekrümmte Lebensperspektive (»BamS«), die Liebe von Männern zu Frauen und das Dunkle innendrin im General (Kriminaloberinspektorin Schwarzer), das Alleinsein in Deutschland (Kommissar Stemmler), »alle irgendwie« (Privat Eye Antje Vollmer), die drohende Abhängigkeit von einem Dialyse-Gerät (»Hamburger Abendblatt«), eine Organisation der Chinesen (Sherlock von Stamm) sowie die Atom-Mafia im Osten (Volkspolizistin Bohley).

Schön.

Eine Schlüsselrolle im Sex-and-Crime-Geschehen rund um den identischen Baum und die stumm durch die Felsen geflogene Tragödin aus Stahl und Porzellan bekleidete darüber hinaus ein tibetanischer Medizinmann. »›Ich war ihr Freund‹, sagte er ›BamS‹. Liebe? ›Zwischen uns bestanden Gefühle, die mit Liebe nichts zu tun hatten. Da war mehr.‹« Mehr als was? Mehr als Liebe? Mehr als Gefühl? Wäre weniger mehr gewesen?

Nicht nur »Bild am Sonntag«, sondern auch dem »Stern« schüttete der geheimnisvolle Tibeter seinen Herzschrittmacher aus. »›Eifersucht? Das ist einfach absurd!‹ Palden (tibetisch: ›der Gesegnete‹) Tawo quetscht die nächste Zigarette im überfüllten Aschenbecher aus. ›Gert Bastian war ein weiser Mensch von derart geistiger Größe, daß er Empfindungen wie Eifersucht gar nicht kannte...‹« Immerhin verknüpfte »Kelly und Bastian, dieses so unterschiedliche und deshalb wohl auch so symbiotische Paar« (»taz«) irgendwie irgendwo »eine beispiellos innige, sehr anstrengende symbiotische Liebe« (Antje Vollmer), was dann ja leider »hinter der hyperaktiven Fassade des symbiotischen Paares« (»taz«) der Utopie von der Bestallung eines Kinderbeauftragten auf Bundesebene ein jähes Ende setzte, als das Dunkle im Baum das faszinierende Persönchen, die Jeanne d'Arc unserer Tage, einfach totschoß. »Seine Tat war der logische Abschluß seiner symbiotischen Beziehung zu ihr.« So rekonstruierte Jo Müller, dem tragischen Fehlläuten einer inneren Nachtglockenlogik folgend, den Tathergang, und »Bild« soufflierte zischend: »Petra Kelly und Gert Bastian – eine seltsame und doch wundervolle Liebe. Eine Art Gedankenliebe.«

Nur Michael Vesper, der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, legte inder Wochenzeitung »Freitag« sein Veto gegen die Symbiosetheorie ein: »Es ist falsch, von Petra Kelly und Gert Bastian stets nur als Paar, fast als symbiotische Einheit zu sprechen.« Grammatisch falsch ist das tatsächlich.

Mein Gott, was für ein Drama. Welche Tragödie! Und was ist mit dem Tibeter? »Der Arzt sei bekannter Musiker, wurde oft zu Tibet-Veranstaltungen eingeladen«, berichtete die »Hamburger Morgenpost«. »›Die Petra ist ihm oft nachgefahren. Das artete sogar manchmal in leichten Szenen aus.‹ (Der Journalist Peter von Stamm sagt das.)« Ja, Petra Kelly »hörte im Auto tibetische Gebetsmusik«, meldete brüllend der »Stern«, und was1990/91 zwischen dem Friedensengel und dem Gesegneten plötzlich im Tannenbusch war, stand steil in »Bild« wie eine Eins im Leistungskurs Treppenhausklatsch: »Silvesterparty 1990, Potsdam... Ein Gast: ›Sie küßten leidenschaftlich...‹«

Da war wohl mehr. »Doch die Liebe der Kelly blieb unerwidert, der Mediziner blockte ab«, das wußte nun »Bild am Sonntag« ganz genau, und was dort über Petra Kelly nicht stand, stand in der »taz«: »Die Vision vom Kinderplaneten verband sie mit einer Unzahl von Einzelschritten.«

Daß das Engagement für die Erniedrigten und Beleidigten immer wieder kombiniert und kurzgeschlossen wird mit der idiotischen We-shall-overcome-Weichspüler-Phantasie vom atomfreien Kinderplaneten, die im politischen Diskurs nichts verloren hat als ihre Gebetsketten, wäre einerseits niederschmetternd genug; aber daß selbst der brutale Tod von Petra Kelly und Gert Bastian von »Bild« bis »Emma« in einem Jargon kommentiert und bekochlöffelt wurde, als ob es sich dabei um einen zwischen Regenbögen, Friedenstauben, Kerzen, Sonnenblumen und bunten Tempo-Taschentüchern zelebrierten Kindergeburtstag gehandelt hätte, stimmt einen andererseits wiederum fast heiter – denn so ist es nun mal, das komischen inneren Paradoxien folgende öffentliche Leben auf unserem scheppernden Erwachsenenplanten: irgendwie diesseitig.

No more boleros!

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 5/92 über die Spätfolgen der sexuellen Revolution

Konkret 01/93, S. 38

Werner Stürmann

»Wir in NRW«

In Oberhausen entsteht ein Einkaufszentrum, das fast keiner will. Der Filz, den die SPD in 26 Jahren Regierungszeit aufgebaut hat, sorgt dafür, daß die richtigen Leute daran verdienen

Der Mann kennt sein Revier wie seine Westentasche. Klein hat er angefangen, als Schlosserlehrling. Zielstrebig wählte er die sozialdemokratische Variante des Aufstiegs: Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär, Stadtrat, 20 Jahre Klüngel-Erfahrung. Heinz Schleußer, so der Name des Tüchtigen aus Oberhausen, strebte stets nach Höherem, er wurde Landtagsabgeordneter und dann Minister für Finanzen im größten Bundesland. Jetzt konnte er die Puppen tanzen lassen.

Die Stadt ist durch die Strukturkrisen der Montanindustrie gezeichnet. Die Folgen der Zechenschließungen konnten durch Neuansiedlungen kaum abgefangen werden. Die Stahlindustrie baut weitere Arbeitsplätze ab. Dem Bergbau droht das vollständige Aus, da keine deutsche Zeche unter der von der EG angesetzten Kostengrenze liegt. Schon jetzt beträgt die Arbeitslosenquote im nördlichen Ruhrgebiet zehn Prozent, soziale Brennpunkte reihen sich von Duisburg bis Dortmund aneinander. Oberhausen gehört zu ihnen und damit zu den Städten, die nach dem Maßstab der alten Republik zu kurz gekommen sind.

In dieser aussichtslosen Lage krempelte einer die Ärmel hoch: Heinz Schleußer. Ein Großprojekt mußte her, für Arbeitsplätze zu sorgen. Ein gigantisches Einkaufszentrum wurde geplant. Zunächst sollten kanadische Investoren das Projekt realisieren, die auf 280.000 qm Verkaufsfläche einen Konsumtempel mit dem Namen »Triple Five« errichten wollten. Doch dieser Versuch, lautstark in der Öffentlichkeit angepriesen, scheiterte. Regionalwirtschaftliche und städtebauliche Konkurrenzinteressen sowie verkehrspolitische Bedenken verhinderten, daß »Triple Five« realisiert wurde.

Schleußer zog daraus seine Lehren. Mit dem englischen Investor Edwin D. Healey wurde das Projekt klammheimlich auf den Weg gebracht. Die Verkaufsfläche wurde auf 70.000 qm reduziert, womit das Einkaufszentrum immer noch eines der größten Europas wäre. Der Parkplatzbedarf und die Landeszuschüsse wurden herunter-, die Investitionssumme und neuen Arbeitsplätze hingegen hochgerechnet. Von 2,9 Milliarden Mark Investitionen war die Rede, tatsächlich wurde nicht mehr als ein Viertel der Summe in Aussicht gestellt. Verständlich, daß der Minister das Projekt geheimhalten wollte. Die für »Neue Mitte Oberhausen«, so der Name des Projektes, vom Land Nordrhein-Westfalen getätigten Ausgaben wurden im Haushalt versteckt oder am Parlament vorbeigeschoben. Bislang wurden 135 Millionen Mark für die Grundstücksaufbereitung bewilligt, hinzu kommen Kosten für die Verkehrsanbindung, die Ver- und Entsorgung, die Experten auf 500 Millionen Mark schätzen. Zuständig für die Finanzierung: Finanzminister Heinz Schleußer.

Lägen die realen Zahlen auf dem Tisch, könnte das Projekt scheitern. Für andere Städte wird bei weitem nicht so viel Geld ausgegeben, und schon länger werden vom Finanzminister Sozial- und Umweltausgaben mit der Begründung abgelehnt, daß sie nicht finanzierbar seien. Um die Geheimhaltung abzusichern, war in der Oberhausener Stadtverwaltung bis September 1991 der Oberstadtdirektor der einzige Sachbearbeiter des Projekts.

Ohne den Filz, der Schleußer diese Operation ermöglichte, würde das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht funktionieren. Alle wesentlichen Posten des öffentlichen Lebens werden mit Leuten besetzt, die der Staatspartei entstammen. Auf das Netz, das die SPD knüpfte, seit sie 1966 die Regierung übernahm, kann man sich verlassen. Getreu dem Wahlkampf- und Lebensmotto des Großen Vorsitzenden und Landesvaters Johannes Rau: »Versöhnen statt spalten«, wäscht an Rhein und Ruhr eine Hand die andere. Dazu gehört, daß »Wir in NRW« uns gegenseitig über die Runden helfen: mit Karrieren, Aufträgen und Personal. Auf dieser Grundlage gedeiht im Lande der Filz, der außer den Oppositionsparteien niemanden zu stören scheint. Der Versuch von Raus ehemaligem Gegenspieler Kurt Biedenkopf, die Kungelei zum Wahlkampfthema zu machen, ging vor einigen Jahren in die Hose. Auch die jetzige CDU-Opposition im Landtag hat mit der Drohung zu kämpfen, unter die 30-Prozent-Grenze abzusinken, während gleichzeitig ein Skandal nach dem anderen bekannt wird. Fast jede Stadt in NRW hat inzwischen ihre Affäre. Doch erst ein gestandener Minister, Hermann Heinemann, bis vor kurzem Vorsitzender des größten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, mußte wegen seiner Verstrickungen den Rücktritt erklären. Heinz Schleußer wird von seiner Partei gehalten. Zwar kaum mehr als Nachfolger von Johannes Rau gehandelt, sitzt er jedoch als Minister fest im Sattel.

Im Fall »Neue Mitte Oberhausen« funktionierte der NRW-Filz so: Heinz Schleußer ließ sich vom Kabinett alle Vollmachten zur Planung und Durchsetzung des Projektes erteilen. Er gründete eine Briefkasten-Firma, die Grundstücks-Entwicklungs-Gesellschaft Oberhausen (GEG), um besser staatliche Zuschüsse kassieren zu können. Diese Firma kaufte das Grundstück, auf dem das Einkaufszentrum gebaut werden sollte, von der Thyssen AG (Aufsichtsratsmitglied: Heinz Schleußer). Schleußer garantierte dem Konzern einen überhöhten Kaufpreis für seine Grundstücksaltlast und sicherte ihm Aufträge für bis zu 150 Millionen Mark zu.

Schleußers Partner im Kabinett, Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD), bewilligte unter Mißachtung von gesetzlichen Auflagen und Förderrichtlinien für das Einkaufszentrum einen Landeszuschuß von 112 Millionen Mark. Klaus-Dieter

Leister (SPD), früher Chef der Staatskanzlei, jetzt Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank und der WestLB-Immobilien GmbH, interessierte den britischen Investor mit großzügigen Angeboten. Friedel Neuber (SPD), Vorstandsvorsitzender der WestLB (Verwaltungsratsvorsitzender: Heinz Schleußer), übernahm die lukrative Finanzierung. Er hat darin Übung: Unter Leitung ihres von Rau eingesetzten Chefs Friedel Neuber, dessen »Karriere auf Filz geschrieben steht« (»SZ« vom 18.7.91), ist die WestLB zur viertstärksten Geschäftsbank der Republik aufgestiegen. Burkhard Drescher (SPD), Partner von Heinz Schleußer im SPD-Bezirk Niederrhein (Vorsitzender: Heinz Schleußer) wurde Oberstadtdirektor in Oberhausen und sichert das Projekt vor Ort ab.

Nur nebenbei ist zu erwähnen, daß das notarielle Geschäft des Grundstücksverkaufs in Oberhausen dem ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten und Rau-Verwandten Peter Heinemann übertragen wurde. Er kassierte dafür 300.000 Mark. Eine saubere Gesellschaft – Kapitalismus zwischen Rhein und Weser.

Eine solche Koalition ist zweifellos durchsetzungsfähig – auch ohne wirtschaftliche Argumente. Jeder Ökonom weiß, daß ein Einkaufszentrum keine Arbeitsplätze schafft, sondern nur verlagert. Die Menschen haben durch ein Einkaufszentrum keinen Pfennig mehr Geld in der Tasche, sie geben es nur an anderer Stelle aus. Auch für Oberhausen wird die Bilanz nicht erfreulich sein. Nach Erfahrungen mit neuen Einkaufszentren in anderen Städten werden bis zu 30 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte in den Stadtteilen Osterfeld, Sterkrade und Alt-Oberhausen dichtmachen. Auch der Handel in den umliegenden Städten Mülheim, Essen, Duisburg und Bottrop wird Verluste hinnehmen müssen. Die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung wird dramatisch verschlechtert. Für alle Menschen ohne Auto, also vor allem für Kinder, Jugendliche, Frauen und ältere Menschen, ist die Zerstörung der gewachsenen Stadtteile besonders gravierend. Die neuen Arbeitsplätze im jetzt schon »Tote Mitte Oberhausen« genannten Einkaufszentrum werden den Verlust nicht kompensieren, da Einkaufszentren wesentlich effektiver durchrationalisiert sind.

Die alte Ansiedlungspolitik ist gescheitert. Alle verzweifelten Versuche, durch solche staatlichen Maßnahmen einen Vorteil im Wettbewerb der Regionen zu erwirtschaften und beim Kampf um den Weltmarkt zuzulegen, sind illusionär. So wurden die Wirtschaftsförderungsmittel der NRW-Regierung zwar von 389 Millionen auf fast zwei Milliarden Mark angehoben, deren Wirkung jedoch beurteilte Hans Joachim Meggers, Landessprecher der »Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer« (ASU) so: »Lassen Sie mich zunächst grundsätzlich sagen: Jeder Unternehmer nimmt Geschenke – wie jeder normale Mensch auch – gerne an. Gehen Sie davon aus: der Mitnahmeeffekt ist der Haupteffekt. Es gibt wohl nur wenige Unternehmen, die nur investieren, weil die Regierung sie fördert.«

Im November 1992 legte die ASU ihre Beweise vor. Eine Umfrage bei 1162 Mitgliedern hatte ergeben, daß die Unternehmen lediglich aus den Töpfen der verschiedenen Förderprogramme abzocken, ohne die dort definierten Ziele zu erreichen. 84 Prozent der Unternehmer hätten die von der staatlichen Wirtschaftsförderung subventionierten Investitionen auch ohne diese Förderung vorgenommen.

Doch ihre Einsparung wäre das Eingeständnis der Ohnmacht sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Außerdem würde dem Filzbetrieb das Schmiermittel fehlen. Und Heinz Schleußer sein Einkunftszentrum.

Werner Stürmann, Journalist aus Bochum-Wattenscheid, ist Pressesprecher der Landtagsfraktion der Grünen in NRW

Konkret 01/93, S. 40

Jürgen Elsässer

Aufmarsch der Faschisten

In Ungarn sammeln sich Antisemiten und Revanchisten in der Regierungspartei »Ungarisches Demokratisches Forum« (UDF). Sie werben mit historischen Mythen und Legenden, die sie im Arsenal der kollektiven Erinnerung finden. Dort hockt auch ein großer Bruder, mit dem man in diesem Jahrhundert schon einmal durch dick und dünn ging. Daß der heute ein reicher Onkel ist, muß kein Nachteil sein. Die Verwandtschaft bleibt

»Die mit dem ausländischen raffenden Kapital verflochtene neureiche kommunistisch-kosmoliberale ökonomisch führende Schicht hält die Massenmedien, das kulturelle und das künstlerische Leben, die geistige Blutzirkulation der Nation fast ausschließlich in den Händen... Neben ihrer heimtückisch erworbenen wirtschaftlichen Überlegenheit halten sie die Bewußtseinsbildung in Besitz, sie wollen sogar unsere Gedanken kolonisieren. Bisher bedienten sie die Weltherrschaftsbestrebungen des sich auf Waffen stützenden russischen Reiches, jetzt verhökern sie das Land an die rücksichtslose, kosmopolitische New Yorker Bankherrschaft, unser alltäglicher Schweiß.«

Hat man, seit den Tagen des »Stürmer«, je eine prägnantere Zusammenfassung antisemitischer Wahnvorstellungen gelesen? Attackiert wird in diesem Text der »ewige Jude«, der hinter den Bolschewisten genauso steht wie hinter westlichen Bankern, der sich einmal kommunistisch gibt und einmal liberal, der in Moskau ebenso zu Hause ist wie in New York. Seine wirtschaftliche Überlegenheit resultiert nicht etwa aus den Gesetzmäßigkeiten der Mehrwertaneignung, sondern wurde heimtückisch erschlichen. Dem ausländischen »raffenden Kapital« steht die nationale Produktionsgemeinschaft gegenüber, die in den biologistischen Metaphern von Blutzirkulation und Schweiß versinnbildlicht wird. Solcherart völkisch deformierter Antikapitalismus hat nicht die Abschaffung der Klassen zum Ziel, sondern die Ausrottung der »Volksfeinde«. Das Zitat aber stammt keineswegs aus einem neonazistischen Hetzblatt; es stand am 17. März 1992 in der regierungsnahen ungarischen Wochenzeitung »Ring«.

Die Feinde Ungarns

In keinem anderen Land Europas stehen Faschismus und offener Antisemitismus so kurz vor der Übernahme der Staatsmacht wie in Ungarn. Mit den Juden hat das selbstverständlich nichts zu tun: Die jüdischen Gemeinden des Landes haben etwa 25.000 bis 30.000 Mitglieder; selbst wenn man völki-sche Abstammungskriterien zugrundelegt, kommt man nur auf 80.000 bis 100.000 Juden, das sind weniger als 1 Prozent der Bevölkerung. Fast ausnahmslos handelt es sich um Menschen, deren Muttersprache Ungarisch ist, die meisten leben in Mischehen und sind den jüdischen Traditionen entfremdet.

Die Antisemiten konstruieren sich ihre Juden deswegen aus der großstädtischen Intelligenz, die historisch dem jüdischen Milieu entstammt. Politisch stehen die so Attackierten mehrheitlich den liberalen Oppositionsparteien nahe, deren oberster Repräsentant Staatspräsident Arpad Göncz ist. Ende Oktober wurde Göncz von 2.000 rechtsradikalen Störern niedergebrüllt. »Jude« und »Sieg Heil«, schrie der Mob, der zum Teil à la »Pfeilkreuzler« (ungarische Nazis der 30er und 40er Jahre) uniformiert war, Hakenkreuzfahnen wurden geschwenkt. Obwohl der Staatspräsdident im Rahmen des offiziellen Staatsaktes zum Nationalfeiertag sprach, griff die Polizei nicht ein. Mehr noch: Unter die Krawallanten hatten sich Grenzschützer in Zivilkleidung gemischt und die Aktion tatkräftig unterstützt.

Der Verdacht, daß die Neonazis im Auftrag oder zumindest mit Duldung der ungarischen Regierung handelten, bestätigte sich in den folgenden Tagen. Imre Konya, der Fraktionschef der größten Regierungspartei UDF, erklärte vor dem Parlament, die Störer hätten die demokratischen Spielregeln nicht verletzt. Der stellvertretende Vorsitzende der UDF, Istvan Csurka, nahm die Meute sogar in Schutz: Mit dem Niederbrüllen des Präsidenten hätten sie doch nur vor einer Politik warnen wollen, die die Rückkehr zum Realsozialismus vorbereite. Eine Fahndung nach den Randalierern wurde abgelehnt, die Kritik an der Polizei zurückgewiesen.

Die Sympathie mit den rechten Schlägern kommt nicht von ungefähr. Ende August hatte der erwähnte Istvan Csurka ein politisches Manifest vorgelegt, dem selbst vom (minoritären) gemäßigten UDF-Flügel bescheinigt wurde, es enthalte »die Grundbausteine der Nazi-Ideologie«. Offener als selbst Haider, Le Pen oder Schönhuber stellt Csurka den Antisemitismus ins Zentrum seiner Thesen. In einem Parforceritt durch die ungarische Geschichte entfaltet er ein Weltbild, demzufolge seit 1945 »die einheimische Linke... von dem liberalen jüdischen Bürgertum finanziert wurde«. Er erblickt darin eine »Machtkontinuität, die, ihre Gestalt und Couleur wechselnd, Systeme und Epochen überdauernd, das Ungartum und die völkischen Massen immer nur benutzt hat«. Nach den ersten westlich-freien Wahlen 1990 habe sich folgende Situation ergeben: »Hier ringen zwei Kräfte miteinander, das Nationale Zentrum, das aus einem christlichen, einem völkischen und einem traditionalistisch bäuerlich-sozialistischen Block besteht, und der Linke Block..., der... letztendlich die seit 1945 existierende Herrschaft aufrechterhalten will. Dazu gehört selbstverständlich die Sicherstellung des jüdischen Einflusses.« Damit sind die innenpolitischen Fronten umrissen: Der »Nationale Block« aus UDF, der »Christdemokratischen

Volkspartei« und der »Partei der kleinen Landwirte« auf der einen Seite – sie stellen die Regierung. Auf der anderen Seite der sogenannte »Linke Block« aus den Oppositionsparteien »Bund Freier Demokraten«, »Bund Junger Demokraten« und der »Ungarischen Sozialistischen Partei«, einer Abspaltung der früheren Regime-Partei.

Der »Spiegel« faßte Czurkas paranoides Szenario in einer Interview-Frage so zusammen: »Sie greifen besonders die ungarischen Juden an. Die gehören nach Ihren Worten im Verbund mit der alten Nomenklatura und der internationalen Finanz- und Bankenwelt zu den ewigen Verschwörern gegen das Ungartum.« Darauf Csurka wörtlich: »Das habe ich nicht erfunden, das sind Tatsachen.«

Der politische Aufstieg des Antisemitismus (auch) in Ungarn wirft ein bezeichnendes Licht auf die Versäumnisse des Gulaschkommunismus. Zwar agierte die Kàdàr-Regierung selbst weit weniger antisemitisch als die Bruderparteien in den Nachbarländern; kein Angeklagter des 56er-Aufstandes wurde als »Zionist« oder »Kosmopolit« beschuldigt, und die Kritik an Israel nach dem 6-Tage-Krieg vermied Anspielungen auf die ungarischen Juden. Doch die Tabuisierung des Antisemitismus verhinderte nicht nur seine Artikulation, sondern auch seine Aufdeckung und Bekämpfung. Die massenhafte Kollaboration bei der nazistischen »Endlösung« wurde nie thematisiert, Ungarns Rolle als Verbündeter Hitler-Deutschlands verschwiegen, statt dessen das Land als Opfer der Nazis dargestellt. Obwohl der Reichsverweser Horthy schon in den 20er Jahren die ersten antijüdischen Gesetze und bereits 1938 Enteignungen eingeleitet hatte, obwohl er bei der Überstellung von über 450.000 Juden an die deutsche Vernichtungsmaschine kooperierte – noch bevor Ende 1944 die Nazis über einen Pfeilkreuzler-Putsch selbst die Macht übernahmen und weitere 100.000 ermorde-ten – , wurde das Horthy-Regime nur als kapitalistische, nie aber als nationalistische und rassistische Diktatur interpretiert.

Literaten, die – wie Imre Kertész – ihre Auschwitz-Erfahrung zum Ausgangspunkt ihres Schaffens machten, wurden unter Kàdàr zwar nicht verfolgt, aber »zur totalen Einsamkeit an der Peripherie der Gesellschaft« verurteilt. »Die Diktatur des Proletariats wollte nichts vom Holocaust wissen«, urteilt Kertész im Rückblick. Ganz anders erging es einem nationalistischen Schriftsteller wie Istvan Csurka. Als Verfasser ländlich-bäuerlicher Sozialprosa reüssierte er schon in den 50er Jahren, erhielt 1969 und 1980 hohe literarische Auszeichnungen und wurde 1981 Präsident des Schriftstellerverbandes. Jahrelang gehörten seine Stücke zu den meistgespielten auf ungarischen Bühnen. Erst nachdem er Mitte der 80er Jahre seinen Nationalismus regimekritisch artikulierte, bekam er Redeverbot. Diese Maßnahme war jedoch nicht von langer Dauer: Als die UDF 1988 u.a. von Csurka gegründet wurde, leistete der sozialdemokratische USAP-Flügel um Imre Pozsgay Schützenhilfe. Kein Wunder, daß ein großer Teil der USAP-Klientel bei den Wahlen 1990 zur UDF überlief.

Nach Einschätzungen aus Parteikreisen stehen 70 Prozent der UDF-Wähler hinter Csurka, nur 30 Prozent sind gegen ihn. Der UDF-Vorstand hat die Kritiker des Manifestes zurückgepfiffen und Csurka bescheinigt, wertvolle Gedanken für die Programmdiskussion entwickelt zu haben. Der Parteivorsitzende selbst, Ministerpräsident Antall, ließ sich mit einer Distanzierung von seinem Vize zwei Wochen Zeit. Angesichts dieser Zweideutigkeiten sind zwei Entwicklungen denkbar: Entweder versucht Csurka, getragen von seiner Popularität, den schwerkranken Antall als UDF-Chef zu beerben und nach der nächsten Parlamentswahl selbst Regierungschef zu werden – oder er strebt eine Spaltung der Partei an. Mit der vor kurzem erfolgten Gründung einer Stiftung »Ungarischer Weg« hat er die notwendige Infrastruktur hierfür bereits geschaffen, und auch an einem Mangel an Personal für eine offen faschistische Regierungsbildung müßte das Projekt nicht scheitern. Da wäre zum Beispiel Jenö Fonay, ebenfalls UDF-Vorstandsmitglied, der im September verkündete: »Wer 1992 versucht, den Faschismus zu verurteilen, ist ein niederträchtiger Bolschewisten-Söldner. Und wir sind nicht bereit zuzulassen, daß diese Bolschewisten-Söldner unter uns leben und uns dirigieren.« Oder Joszef Torgyan, der Vorsitzende der Partei der Kleinen Landwirte, der den Ausverkauf des Landes an ehemalige »Parteibonzen« und »jüdische Kosmopoliten« beklagte. Oder Sandor Csoori und Istvan Benedek, die im März 1992 im Zusammenspiel mit Regierungskreisen einen neuen Schriftstellerverband gegründet haben. Benedek: »Wir wollen keine Pressefreiheit, weil aus dieser unerträgliche Beschmutzung kommt, wir wollen keine Redefreiheit, weil daraus Beschmutzung wird.«

Damit ist das Terrain abgesteckt, auf dem die Nationalisten bis zu den Wahlen 1994 polarisieren wollen. In einem »Medienkrieg« betreiben sie die Ersetzung der Präsidenten des staatlichen Fernsehens und des staatlichen Rundfunks, Hankiss und Gombar, deren Ernennung auf eine All-Parteien-Übereinkunft nach den Wahlen 1990 zurückgeht, durch eigene Parteigänger. Da Staatspräsident Göncz hierbei seine Unterstützung versagt hatte, geriet auch er unter Beschuß. »Hinter seinem Rücken stehen die kommunistischen, reformkommunistischen, liberalen und radikalen Nomenklaturisten, die Verbindungsleute aus Paris, New York und Tel Aviv«, heißt es über Göncz in Csurkas Plattform. Die Kampagne wurde durch mehrere Massendemonstrationen unterstützt. Am 19. September mobilisierte Csurka Zehntausende vor das ungarische Radio- und Fernsehgebäude, den »Hort des Weltjudentums«.

Die Freunde Ungarns

Liberale wie Göncz, Hankiss und Gombar, aber auch Schriftsteller wie György Konrad werden von den Rechten wegen ihrer »Warnungen vor einem zerstörerischen Nationalismus in Mitteleuropa« angegriffen. Denn diese Warnungen treffen

auch die magyarischen Ambitionen: Jozsef Antall bezeichnete sich mehrfach als »Ministerpräsident aller 15 Millionen Ungarn«, und rechnete damit provokativ die 5 Millionen »Auslandsungarn« in Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei unter seine Landeskinder. Csurka wurde noch deutlicher: In seinem Programmentwurf spielte er auf die Entstehung neuer Staaten im post-kommunistischen Europa an und forderte dazu auf, »die Möglichkeiten, die einen neuen ungarischen Lebensraum zu schaffen erlauben, zu nutzen«. Der Vertrag von Trianon, nach dem Ungarn als Teil der k.u.k-Monarchie 1920 etwa zwei Drittel seines Territoriums an Nachbarstaaten abtreten mußte, sei ungerecht. In einem Interview danach gefragt, ob das die Forderung nach Grenzrevisionen beinhalte, antwortete er vieldeutig: »Na ja. Auch die Serben sind ja dabei, dieses oder jenes zu korrigieren.«

Die Hetze gegen den Vertrag von Trianon hat in Ungarn schon vor dem Zweiten Weltkrieg den Faschismus gestärkt – und es schließlich an die Seite Nazi-Deutschlands gebracht. Im milden Licht der revisionistischen Geschichtsschreibung liest sich das so: »Die Zusammenarbeit und freundschaftliche Verbundenheit der beiden Völker prägte auch die Geschichte im 20. Jahrhundert: zwei Weltkriege, zwei Niederlagen, erniedrigende Friedensverträge. Zur Linderung der Demütigungen hatte Deutschland 1938 Schritte unternommen. Auf der ersten Wiener Konferenz im November 1938 erhielt Ungarn die von Ungarn bewohnten nordungarischen Regionen zurück... Im Frühjahr 1939 wurde Ungarn mit deutscher Billigung die Karpatenukraine zurückerstattet. Nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 erhielt Ungarn Nordsiebenbürgen und das Széklerland zurück. 1941 halfen die Deutschen bei der Rückeroberung südungarischer Gebiete.« Auch dieses Zitat stammt nicht aus einem Neonazi-Blatt, sondern aus einer regierungsnahen Wochenzeitung, diesmal aus einer deutschen: »Das Parlament« vom 17./24. August 1990.

Der Autor macht im nächsten Satz einen Sprung von den Grenzrevisionen damals zu den Grenzrevisionen heute: »Als Tilgung seiner historischen Schuld öffnet Ungarn im Herbst 1989 vor den ostdeutschen Flüchtlingen seine Westgrenze und kippt damit den ersten Dominostein des osteuropäischen Systems um.« Daß Ungarn aus Dankbarkeit gegenüber Hitler den Deutschen zur Wiedervereinigung verholfen hat, war bisher nur von linken Zynikern behauptet worden...

Die Interessenparallelität der beiden Staaten ist allerdings weder einer Verschwörung der »Ewiggestrigen« noch dem bloßen Zufall geschuldet, sondern Ausdruck eines identischen Bildes von der »eigenen« Nation und den »anderen«. Für die politische Klasse verbindlich und für jeden einzelnen Bürger erfahrbar wird dieses Weltbild in der verfassungsrechtlich verankerten Staatsbürgerdefinition des Jus sanguinis. Der deutsche wie der ungarische Nation-Begriff »unterscheidet sich von dem westlichen Nationalismus auch dann, wenn dieser in seiner pervertierten chauvinistischen Form in Erscheinung tritt. Der Chauvinismus vor allem französischer Prägung ... konnte ein unglaubliches Reservoir der Großsprecherei ersinnen und versuchen, die ganze Nation mit ›gloire‹ und ›grandeur‹ besoffen zu machen; aber er hat niemals behauptet, daß Menschen französischer Abstammung, die in einem anderen Land geboren und erzogen, ohne Kenntnis der französischen Sprache und Kultur, nur dank mysteriöser Qualitäten ihres ›Blutes‹ Stammesfranzosen seien.«

Hannah Arendt, von der diese Sätze stammen, hat im gleichen Zusammenhang nachgewiesen, daß der völkische Nationenbegriff notwendig mit Antisemitismus korreliert, vor allem, wenn die sich darauf gründenden Panbewegungen revanchistische bzw. expansionistische Ziele formulieren: »Vergegenwärtigt man sich die völkischen Doktrinen und die Tatsache, daß sie nur zu gut auf die Existenzform der in kleinen Volkssplittern durcheinander siedelnden Nationalitäten zugeschnitten waren, so fällt auf, daß sie keiner besser entsprachen als der des jüdischen Volkes... Im Sinne der völkischen Theorien mochte es sogar scheinen, als seien die Juden das einzige vollkommene Modell eines Volkes, dessen geschichtlich bewährte Stammesorganisation die Panbewegungen nur nachzuahmen brauchten... Der Haß der Völkischen auf die Juden entsprang den traurigen Residuen christlicher Frömmigkeit, die sich in die abergläubische Furcht verwandelt hatte, es seien vielleicht eben doch die Juden und nicht das eigene Volk, das Gott auserwählt und für den endgültigen Sieg über alle anderen Völker aufgespart habe.«

Eine »panmagyarische« Bewegung war nicht Gegenstand von Hannah Arendts Analyse. Als das Land noch Teil der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie war, gab es außerhalb davon keine ungarischen Minderheiten. Diese Situation hat sich radikal geändert: Neben Deutschland und Rußland reklamiert das heutige Ungarn die meisten Bürger anderer Staaten als Volksangehörige für sich. Die oben erwähnten UDF-Agitatoren Csoori und Fonay stehen sogar einem größenwahnsinnigen »Weltverband der Ungarn« vor. Die quasi-religiöse Auserwähltheit des eigenen Volkes hat auch Csurka formuliert, als er erklärte: »Nichts anderes ist heilig, nur das nationale Interesse.«

In Budapest erinnert man sich heute des letzten deutsch-ungarischen Anlaufes, die Minderheiten »heim ins Reich« zu holen, sehr wohlwollend. Die regierungsnahe Tageszeitung »Uj Magyarorszag« bilanziert: »Das Ungartum – mit oder ohne Hitler – (hat) an der Ostfront einen gerechten Kampf geführt.« Das Bekenntnis zum Achsenpartner wurde im Frühjahr 1992 sogar vom Parlament belohnt: Ein Wiedergutmachungsgesetz stellte die nach 1945 enteigneten Deutsch-Ungarn den vor 1945 ermordeten Juden gleich und bot den Nachkommen der Täter wie der Opfer gleichermaßen Entschädigung an.

Seit 1989 ist es wieder möglich, völkische Schwärmereien in politische Gewalt umzusetzen. Csurka betont, das »neue Nachdenken über Europa« habe »spätestens mit der Wiedervereinigung Deutschlands« begonnen, und macht damit klar, daß die ungarische Schützenhilfe bei der Aushebelung der DDR durchaus auch eigenen Zielen diente. Nachdem der Anfang

so gut geklappt hat, will man jetzt die weiteren Möglichkeiten ausloten. Im Gleichschritt werden den Nachbarn die gefährlichen Implikationen des gemeinsamen Nationenbegriffes demonstriert. Während Minderheiten, die wie die Flüchtlinge oder die Roma über keine geschlossenen Siedlungsgebiete verfügen, staatsrechtlich ignoriert und damit Pogromen schutzlos ausgeliefert werden, fordern Antall und Csurka für ihre »Landsleute« in den Nachbarstaaten die selben sezessionistischen Autonomieregelungen, wie Kinkel und Waffenschmidt für die »Rußlanddeutschen«. »Mit seinen Forderungen nach einer Minderheitenrechtscharta des Europarats stellt Ungarn altbewährte EG-Mitglieder wie Frankreich und Spanien in den Schatten«, lobte die »FAZ« den Bundesgenossen. Notfalls, so der UDF-Politiker Csóti vor dem CDU-Parteitag in Bremen, müsse die Einhaltung einer solchen Volksgruppencharta von Nato oder WEU militärisch durchgesetzt werden.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 11/92 über deutsch-arabische Raketenprojekte

Konkret 01/93, S. 46

Jan Philipp Reemtsma

172364

Gedanken über den Gebrauch der ersten Person Singular bei Jean Améry

Ich weiß nicht mehr, welches der erste Text von Jean Améry gewesen ist, den ich gelesen habe; ich weiß nicht mehr, was mich auf welche Weise beeindruckt hat. Wenn ich versuche, mich mittels meines Gefühls zu erinnern, bleibt zwar ein alles andere als vager Eindruck, den zu benennen ich gleichwohl Schwierigkeiten habe. Am ehesten trifft das blasse Wort »Genauigkeit«. Sicherlich nicht in dem Sinn, in dem es die schätzenswerten Eigenschaften eines Rechners bezeichnet, sondern eher angewendet auf einen Bereich, mit dem zusammen es weniger häufig genannt wird, den Gefühlen. Vielleicht noch »Klarheit«, wenn das nicht schon gleich das Klischee von der »französischen clarté« streifte. Ist es »Klarsinn«, nach dem von ihm ein paar Mal zitierten Vers Schnitzlers »Tiefsinn niemals die Welt erhellt, / Klarsinn schaut weiter in die Welt«?

Während ich so nach Wörtern suche, tritt immer wieder das Gesicht Amérys in den Vordergrund, legt sich über den Text oder scheint durch ihn durch. Ich bin kein Anhänger Lavaters und werde auch nicht vergessen, daß der Ausdruck »Physiognomie des Stils« eine Metapher ist. Es kommt zuweilen vor, daß sich die Erinnerung an ein Gesicht, an den Klang einer Stimme und die Erinnerung an gelesene Texte verbinden – alltäglich kommt das vor, und nicht nur im Alltäglichen, sondern auch wo es um Literatur geht, auch dort, wo man dem Autor nie begegnet ist. Ich habe Améry nie gesehen (außer auf Photographien), nie im Fernsehen beobachtet, nie im Radio gehört, die Stimme erst vor vielleicht einem Jahr auf einer Toncassette. Sie werden sagen, es liege an den von Améry behandelten Themen. Da spreche einer von sich, eindringlich – kein Wunder, wenn das sogenannte »innere Auge« seine Physiognomie vergegenwärtige. Aber viele sprechen von sich; viele auch, deren Gesichter man gesehen hat, sprechen, was das Berichtete angeht, von ähnlich Persönlichem. Es ist die Art, wie Améry das tut. Es ist – Sie verzeihen mir das scheinbar kaltsinnige Deuten auf die grammatische Figur – der Gebrauch der ersten Person Singular.

Viele – zu viele oft, zu wenige manchmal – sagen »ich«. Walter Benjamin sagte, der Gebrauch der ersten Person Singular verderbe den Stil. Arno Schmidt hat nicht wenige seiner Leser über lange Lesezeiten angezogen, gefesselt, gebannt, zuweilen entmündigt durch seinen Einsatz des Wortes »ich«. Aber die Quantität tut es nicht – nicht bei Benjamin die Seltenheit, sondern die Stilfigur, die das »ich« vermeidet, nicht bei Schmidt die Häufung, sondern das Tempo der Sätze und der Subjektivitätsgehalt der untereinander verbundenen Metaphern. Wie ist das bei Améry?

*Man war da in halbwegs wacher geistiger Verfassung, als Zeuge und Täter, so rund vier Jahrzehnte lang. Was dahinter im archäologischen Raum individueller Vergangenheit sich schwach nur noch abzeichnet, hat den bar persönlichen Charakter von Kindheit und früher Jugend, eine zu enge Welt, als daß man sie beschwören dürfte. Man war da. Ich war da. Wenig Sinn hat es, ein anonymisierendes Fürwort zu wählen, wo doch unweigerlich ein sehr bestimmtes schließlich sich vordrängen wird.**

Stimmt das? Wird es sich vordrängen? Oder ist es vielmehr so, daß auch, vielleicht gerade, das Autobiographische es der ersten Person Singular besonders schwer macht? *Wie ist es eigentlich gewesen?* fragt Améry, und die Erinnerung gibt den Vers eines gewissen Wilhelm von Scholz frei: *»Daß ich der Wanderer bin, / Der diesen Weg gegangen, / Sind Worte, die verklangen / Und haben keinen Sinn...«. Er war der Wanderer und ging diesen Weg, keinen anderen. Man wanderte damals nicht ausschließlich metaphorisch, konnte vielmehr...* Da ist es wieder, das »man«, aber ihm steht jetzt die dritte Person Singular gegenüber. Die kann man ansehen, ja anreden, in die zweite Person fassen: *Wie konnte es geschehen, daß du nicht hinsahst auf die gesellschaftliche Wirklichkeit?* Wie heißt die Antwort?: *Ich weiß es nicht mehr genau.*

Ich. Amérys »Unmeisterliche Wanderjahre«, aus denen ich zitiert habe, spielen mit diesem Stilmittel. Hier wird eine Person in ihren Facetten, d.h. auch ihren grammatischen Emanationen vorgestellt von einem schreibenden »Ich«, das verfügt, arrangiert, deutet, zeigt und verbirgt, Auskunft gibt und verweigert. Ein sehr souveränes »Ich«, scheint es, aber doch kein Souverän; eines, das seine Selbstgewißheit nicht aus einer irgendwie transzendentalen Verfügungsgewalt bezieht, sondern nur im Verein mit den grammatischen Kollegen gewinnt. – »In den Wind gesprochen« heißt ein Aufsatz von 1978; er beginnt mit einem »man«: *Zorn erhält jung, sagt man.* Was »man« da sagt, wird aber bestritten: das gelte nicht, wenn der Zorn mit Ohnmacht verbunden sei, mit Resignation. Von solchem Zorne wolle er sprechen, und: *Da fordere ich zunächst die Erlaubnis an, in der ersten Person sprechen zu dürfen, da es nämlich einen Grad der persönlichen Betroffenheit gibt, der jeden Versuch einer Distanznahme zur Fälschung des psychologischen nicht nur, sondern auch des moralischen und politischen Sachverhalts machen muß.*

Haben Sie bemerkt, daß die erste Person Singular zur Formulierung der Bitte, sie hinfort gebrauchen zu dürfen, verwendet wurde? Das wäre ja auch anders gegangen: »Hier wäre zunächst zu fordern...«, oder nur halbherzig »ich« sagend und darum nicht fordernd: »Man möge mir also verstatten...«. Nein, es heißt: *Da fordere ich zunächst* – ich / zunächst. – Wie

geht es weiter? *1945, auferstanden von den Toten, wie es im apostolischen Glaubensbekenntnis heißt, den Kopf noch schwer von den Prügeln und dem eigenen vergeblichen Grübeln, bildete ich mir ein, die Welt gehöre uns: den Geschlagenen, die zu Siegern geworden waren...* Da heißt es nicht: »mir und allen andern, die gleich mir...«, oder: »denen, die waren wie ich«, oder bloß »allen denen, die...«, sondern: *Ich bildete mir ein, die Welt gehöre uns.* Die erste Person Singular wird in der ersten Person Plural aufgenommen. Wenn wir den Bereich der Grammatik verlassen, heißt das, je nachdem, Gemeinschaft, Solidarität, Heimat. Améry schreibt im Plural fort: wir, uns, unser. Aber er hatte geschrieben: *Ich bildete mir ein*, und also wird, was Einbildung war, noch nicht am »wir«, aber am Besitz der Welt wieder ins »ich« zurückgenommen, obwohl es vielen andern ähnlich ging.

Was mich angeht, so war ich 1945 nach meiner Befreiung aus zweijähriger KZ-Haft ganz unfähig, wohl auch gar nicht willens, die realen Kräfteverhältnisse zu erkennen – der Blick zurück von heute aus. Dort, wo er auftrifft, sieht er wieder das »wir«: *während sich schon ganz neue Fronten formierten (...) und viele (...) meinten (...) lebten wir noch im Vorstellungsschema der Résistance.* Es gibt dieses »wir« nicht mehr, das zeigt sich in den Worten, noch bevor die Gemeinschaft gekündigt wird: *Wir waren, hoffe ich, nicht dumm.* Nicht: »Waren wir dumm? müssen wir uns heute fragen.« Doch das »wir« bleibt, so lange es währte und dem einzelnen nicht die Notwendigkeit deutlich machte, nunmehr vor allem »ich« zu sagen, auch da, wo der, der heute »ich« sagt, vor allem sich selber meint: *Wir hatten vielleicht nichts getan, als ebenso blödsinnig konzipierte wie wirkungslose Flugblätter zu verteilen.* Und der da schreibt, hält, was eine bestimmte Art der Bewertung der Vergangenheit anlangt, am real längst fiktiv gewordenen »wir« fest, wenn es auch nur die erste Person Singular ist, die dieses Festhalten verbürgt und bezeugt: *Über solchen Unsinn dürfen wir heute lachen: aber ich untersage auch nur das leiseste Schmunzeln denen, die nicht mit uns im Abgrund waren, sei es, weil sie zu jung, sei es, weil sie zu vorsichtig waren.*

Dort, wo Améry die Aufkündigung politischer Gemeinschaft thematisiert, verläßt er auch das erinnernde »wir«: *(...) wir (projizierten) unsere unbefriedigte und von den uns umgebenden Menschen überhaupt nicht geteilte revolutionäre Utopie hinaus in die Dritte Welt. Ich erinnere mich, wie ich mit inständiger Zustimmung Sartres Vorwort zu Fanons Buch ›Die Verdammten dieser Erde‹ las. Darin hieß es, wenn ein Kolonisierter einen Kolonisator erschlägt, stürben gleich zwei: »der Unterdrücker und der Unterdrückte«. Ich glaubte dem Meister aufs Wort. Aus revolutionärer Violenz, aus Blut und Tod ersteht der neue, der sozialistische Mensch. Jahrzehnte danach war ich zufällig in Rom am Tag, als man in einem abgestellten Wagen den Leichnam Aldo Moros fand, war Zeuge, wie ein ganzes Volk in tiefster Trauer und Empörung den Mord verurteilte. Inzwischen hatte ich noch manch anderes erfahren. Zum Beispiel das unableugbare Faktum, daß nach den nationalen und vorgeblich sozialistischen – oder sagt man nicht gleich besser: den nationalsozialistischen – Revolutionen in den Entwicklungsländern nichts weniger sich geboren hatte als der neue Mensch, die neue brüderliche Gesellschaft. Diktaturen entstanden, theokratische Fanatismen brachen auf, namenloses Elend suchte die befreiten Völker heim, das – und hier denke ich an Kambodscha, aber auch an Uganda – weit schlimmer war als die kolonialistische Unterdrückung.*

Hier erscheint die dritte Person Singular: »sie« – : *Die Linke war präsent zum Protest, glücklicherweise, wenn es galt, eingestandene Rechtsdiktaturen zu bekämpfen (...) Sie schwieg sich aus, wenn gründliche und verläßliche Berichte nicht nur von den Greueln in Kambodscha sprachen, sondern von dem Unterdrückungsregime in Vietnam, für das man sich die Kehle heiser geschrien hatte.* Mit der dritten Person setzt die Distanzierung ein, es folgt der Sarkasmus: *Die Linke schweigt. Wahrscheinlich handelt es sich auch dort um die berüchtigten »Kinderkrankheiten des Sozialismus«.* Doch plötzlich ist da wieder der Gebrauch der ersten Person Plural: *Wenn wir heute da sind, wo wir sind, bedrängt, wenn auch noch nicht direkt bedroht, dann haben wir zu einem großen Teil die Schuld uns selber zuzuschreiben: Es fehlte uns nicht an »Anstrengung des Begriffs«, wohl aber an jener Luzidität, die man nicht herabwürdigt, wenn man ihr den Namen des sehr zu Unrecht arrogant als »banal« verschrieenen gesunden Menschenverstandes gibt.* Man lese genau. Das ist kein vom souveränen Ich gewähltes »wir«; der Plural ist an eine Außenbedingung gebunden: *bedrängt, wenn auch noch nicht direkt bedroht*. Die Identitätsbildung erfolgt von außen. Sie ist Resultat einer Bedrängnis, gar einer Bedrohung.

Langsamerhand, schreibt Améry in seinem Aufsatz »Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein«, *kam ich in den zwei Jahrzehnten, die seit meiner Befreiung hingingen, zur Erkenntnis, daß es nicht ankommt auf positive Bestimmbarkeit einer Existenz.* Die minutiöse Genauigkeit, in der sich eine solche Einsicht **zeigt**, und zwar an einer Stelle, die diese selbst gar nicht thematisiert, bewirkt die eigentümliche Verbindung von Stil und Physiognomie, von der ich eingangs gesprochen habe.

Amérys Stil zeigt die Schwierigkeit, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts »ich« zu sagen, wenn man damit mehr meint als den bloßen Gebrauch der ersten Person Singular. Sein Mittel, das zu zeigen, ist der skrupulöse und subtile Gebrauch dieser grammatischen Form. Wenn ich nun die Texte aufsuche, in denen sich das Genannte nicht nur zeigt, sondern in denen darüber gesprochen wird, so werde ich vor allem Berichte von Erfahrungen finden, die den Gebrauch der ersten Person Singular scheinbar als unproblematisch voraussetzen. Berichte also, die auf der anderen Seite aufgrund dieses Umstandes eine zu schmale Basis abzugeben scheinen für so weitreichende Schlußfolgerungen wie die angedeuteten. Die Frage nach den Einsichten, die »hinter« der genannten stilistischen Genauigkeit stehen, führt auf die Erfahrungen, die

Ursachen der Einsichten waren, und wieder auf die Frage, was es denn gewesen ist, das die Mitteilung der Erfahrungen diese mehr sein ließ als bloße Ursachen und damit die Stileigentümlichkeit Amérys so viel mehr denn bloße Virtuosität.

Im folgenden werde ich mich auf die unter dem Titel »Jenseits von Schuld und Sühne« 1966 erschienenen fünf Aufsätze »An den Grenzen des Geistes«, »Die Tortur«, »Wieviel Heimat braucht der Mensch?«, »Ressentiments« und »Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein« beziehen. Améry hat in der Vorrede von 1966 seine fünf Aufsätze eine *Wesensbeschreibung der Opfer-Existenz* genannt. Wenn ich sage, daß sie in gewissem Sinne »mehr« sind, kann man das leicht, zu leicht, mißverstehen. Wenn ich etwa sagte, Améry leiste einen Beitrag zur philosophischen Anthropologie des zwanzigsten Jahrhunderts, so will ich weder damit sagen, daß Améry die Erfahrungen von KZ und Folter auf öde philosophische Allgemeinbegriffe ziehe, noch daß ich etwa vorhätte, das zu tun. Gleichfalls will ich alles andere tun als den Riß zwischen denen, die in diesem Jahrhundert auf solche Weise zu Opfern wurden, und denen, die es nicht wurden (aus was für Gründen, Ursachen oder Zufällen auch immer), übersehen oder überbrücken. Aber die Erfahrung dieses Risses prägt die, die zu beiden Seiten stehen, übrigens auch dort, wo sie geleugnet wird. Wieder: auf sehr andere Weise, aber doch eine Gemeinsamkeit, eine negative Gemeinsamkeit bildend.

Améry war nie ein Philosoph, wenn wir dem Wort nicht eine von akademischen Kontexten ganz gereinigte Bedeutung geben. Zwar ist da die lange Beschäftigung mit Sartre, das Bekenntnis zum kritischen Rationalismus, aber letztlich bleibt doch das Philosophische daran blaß. Es wirkt immer sehr wenig notwendig, daß Améry speziell diese philosophischen Begriffe benutzt und keine anderen, die zwei Seiten über Bataille im Aufsatz »Die Tortur« könnten fehlen, ohne daß ein Gedanke fehlte – das gilt für keine andere Seite darin. Ein »Kleid« hat Christian Schulz-Gerstein nicht unzutreffend Amérys Übernahme Sartrescher und anderer Phraseologie genannt. Auf mich wirkt das so, als habe Améry der selbstgewählten Sprache doch nicht ganz getraut, als habe er doch gezweifelt, ob sie fertigbrächte, in der radikal individuellen Erfahrung die Katastrophe, die das Ganze heimgesucht hat, zu zeigen und zu analysieren. Dabei gelingt das Améry gerade dort, nur dort, wo er nicht die Sprache schlechter Allgemeinheit spricht, die sich zum Erlebnis, zum Leid des einzelnen doch nur wieder instrumentell verhält. Améry spricht gerade dort nicht nur über sich, wo er »ich« sagt. Möglich wird das dadurch, daß er über Erfahrungen berichtet, die die Fähigkeit, »ich« zu sagen, im Kern treffen und beschädigen.

Was meine ich, wenn ich über die »Fähigkeit, ich zu sagen« spreche und nicht nur eine grammatische Fertigkeit meine? Was meine ich mit »Individualität«? Ich meine die Fähigkeit zur Abgrenzung und zur Kontinuität. Die Fähigkeit der Abgrenzung eines »eigenen Raumes« gegenüber dem, den die andern einnehmen; einer »eigenen Zeit«, in der meine von allen anderen Geschichten unterschiedene Geschichte spielt. Die Fähigkeit, diesen eigenen Raum und diese eigene Zeit wahrzunehmen als ein Leben. Die Fähigkeit zur Reflexion darüber, wie ich zu dem geworden bin, was ich bin, und die Fähigkeit, sich in die Zukunft anders zu entwerfen. Die Fähigkeit, Veränderungen wahrzunehmen nicht nur als »es hat sich etwas geändert«, sondern als »ich habe mich geändert«.

Die drei Aufsätze »Wieviel Heimat braucht der Mensch?«, »An den Grenzen des Geistes« und »Die Tortur« beschreiben drei zerstörerische Angriffe auf einen Menschen, Angriffe, die nicht nur Angriffe auf den einzelnen sind, sondern auch, und darauf kommt es Améry an, auf eine wesentliche Eigenschaft des Menschen: Individuum sein zu können. *Ich spürte es zum ersten Mal durchdringend, als ich mit fünfzehn Mark fünfzig am Wechselschalter in Antwerpen stand, und es hat mich so wenig verlassen wie die Erinnerung an Auschwitz oder an die Tortur oder an die Rückkehr aus dem Konzentrationslager, als ich mit fünfundvierzig Kilogramm Lebendgewicht und einem Zebra-Anzug wieder in der Welt stand, noch einmal überaus leicht geworden nach dem Tode des einzigen Menschen, um dessentwillen ich zwei Jahre lang Lebenskräfte wach erhalten hatte. Was war, was ist dieses Heimweh der aus dem Dritten Reich zugleich wegen ihrer Gesinnung und ihrer Ahnentafel Vertriebenen? Ungern bediene ich mich in diesem Zusammenhang eines gestern noch modischen Begriffes, aber es gibt wahrscheinlich keinen treffenderen: mein, unser Heimweh war Selbstentfremdung. Die Vergangenheit war urplötzlich verschüttet, und man wußte nicht mehr, wer man war. In diesen Tagen führte ich noch nicht das Schriftstellerpseudonym französischen Klanges, mit dem ich heute meine Arbeiten zeichne.*

Es geht hier darum, daß das, was zuvor Heimat gewesen, dadurch, daß es die Ausstoßung vollzog, sich selbst radikal verändert hat. Es ist nicht mehr, was sie einmal war. *Ich war ein Mensch, der nicht mehr »wir« sagen konnte und darum nur noch gewohnheitsmäßig, aber nicht im Gefühl vollen Selbstbesitzes »ich« sagte. (...) Ich war kein Ich mehr und lebte nicht in einem Wir. Ich hatte keinen Paß und keine Vergangenheit und kein Geld und keine Geschichte. Nur eine Ahnenreihe war da, aber die bestand aus traurigen Rittern Ohneland, getroffen vom Anathem. Man hatte ihnen noch nachträglich ihr Heimatrecht entzogen, und ich mußte die Schatten mitnehmen ins Exil.* Der Schlüsselsatz des Aufsatzes ist: *Heimat ist, reduziert auf den positiv-psychologischen Grundgehalt des Begriffs, Sicherheit*. Nicht: Geborgenheit. Es geht hier um keine Kätnerei. Sondern um gewisse Minimalgarantien des Sozialverbandes, in dem man lebt.

Die Themen der drei Aufsätze durchdringen sich: Es geht um Lebensrecht, um das Recht auf körperliche Unversehrtheit – und darum, daß ein Sozialverband akzeptiert, daß einer ein Individuum ist, das heißt, ihn nicht identifiziert mit andern, denen er sich nicht zugehörig fühlt, und daß ihm ein eigener Raum und eine eigene Zeit zugehört. Das jeweilige

Individuum muß nicht gemocht werden. Der Sozialverband mag es – in Grenzen – schmähen und verfolgen. Solange er das tut um dessen individueller Eigenarten willen, so lange greift er den einzelnen nicht in seiner Eigenschaft an, Individuum sein zu können. *Um dieser oder jener zu sein, brauchen wir das Einverständnis der Gesellschaft. Wenn aber die Gesellschaft widerruft, daß wir es jemals waren, sind wir es auch nie gewesen.*

Das mag einer bestreiten. Er mag darauf verweisen, daß sich der Wille des einzelnen behaupten könnte gegen die Definitionsmacht des Kollektivs. In der Tat gibt es viele, die dieses Schicksal, man wird nicht sagen können: »gewählt« haben. Für sie baut man u.a. Psychiatrien. Im einen wie im andern Fall zeigt sich, worauf Améry hier insistiert: daß das Individuum in seiner Individualität sich nicht selbst schafft, sondern von einer vorauszusetzenden Eigenschaft des Kollektivs, dem es zugehört, abhängig ist. »Ist aber das Individuum ein Entsprungenes«, schreibt Adorno in seinem »Offenen Brief an Rolf Hochhuth«, »so wacht keine Seinsordnung darüber, daß es nicht ebenso wieder vergehen könnte. (...) Bei Hegel heißt die Stufe der Individuation Selbstbewußtsein, weil Individualität nicht einfach das biologische Einzelwesen ist, sondern dessen durch Vernunft sich als ein Besonderes erhaltende Reflexionsform.«

Jean Amérys Bericht über Auschwitz heißt, und es ist ja zunächst irritierend genug, »An den Grenzen des Geistes«. *Ich will hier nicht von Auschwitz schlechthin erzählen, will keinen Dokumentarbericht geben, sondern habe mir vorgenommen, über die Konfrontation von Auschwitz und Geist zu sprechen.* Améry schreibt von der Zerstörung jener Reflexionsform, die das Einzelwesen zum Individuum macht. Was er in diesem Aufsatz tut, ist mißverstanden worden. Es handelt sich nicht nur um den Bericht eines Menschen mit einem bestimmten Bildungshintergrund, der feststellen muß, daß ihm der in vielen Lebenslagen helfen kann, nicht aber in der Hölle. Das wäre als Erkenntnis nicht überraschend. Es handelt sich auch nicht um das Hervorheben eines besonderen Leids, das dem Bildungsbürger zusätzlich zu dem, was allen andern angetan wurde, widerfuhr. Amérys Definition des »Intellektuellen« ist auch nicht die Verabsolutierung eines bestimmten Bildungsideals, sie ist eine Selbstbeschreibung: *Einen solchen Intellektuellen also, einen Mann, der Strophen großer Lyrik auswendig weiß, der die berühmten Gemälde der Renaissance und die des Surrealismus kennt, dem die Geschichte der Philosophie geläufig ist und die der Musik – einen solchen Intellektuellen werden wir dort stellen, wo es für ihn darauf ankam, die Wirklichkeit und Wirkungskraft seines Geistes zu erhärten oder für nichtig zu erklären, an einer Grenzsituation: in Auschwitz. Damit aber stelle ich mich selbst. (...) Es wird (...) hier das Wörtchen »ich« öfter vorkommen müssen, als mir lieb ist, überall dort nämlich, wo ich das persönliche Erlebnis nicht ohne weiteres auch andern unterstellen kann.*

Hierbei geht es wenig um die Frage, was in einer solchen Extremsituation eine bestimmte Bildung »nütze«, denn »nützlich« ist die Kenntnis eines Dichters auch diesseits des Stacheldrahtes nicht, und die an ihre Söhne gerichtete Ermunterung aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Nazi-Väter, man solle in der Schule nur fleißig »Zauberlehrling« und »Türmer« lernen, weil derlei aufsagen zu können in der Gefangenschaft die Zeit kürze, legt von nichts weiter Zeugnis ab als davon, daß es mittlerweile egal geworden war, ob man Goethe oder das Adreßbuch auswendig lernte. Und doch fragt auch Améry nach einem scheinbar ganz unmittelbaren Nutzen: *Haben Geistesbildung und intellektuelle Grunddisposition einem Lagerhäftling in den entscheidenden Momenten geholfen? Haben sie ihm das Überstehen erleichtert?*, und er zitiert den holländischen Schriftsteller Nico Rost, der, erfolgreich, eine Innenwelt der Bildungsgüter und der Intellektualität gegen das zerstörerische Außen aufbot. *Als ich diesen Sätzen nachging und sie mit meinen eigenen Lagererinnerungen konfrontierte, war ich tief beschämt, denn nichts habe ich Nico Rosts bewundernswerter, radikal geistiger Haltung an die Seite zu stellen (...) bis es mir schließlich gelang, mich einigermaßen zu diskulpieren. Dabei dachte ich vielleicht nicht so sehr daran, daß Nico Rost in vergleichsweise bevorzugter Position als Pfleger in einer Krankenbaracke arbeitete, während ich selbst zur anonymen Masse der Häftlinge gehörte, als an die entscheidende Tatsache, daß der Holländer sich in Dachau befunden hatte, nicht in Auschwitz.*

Der Unterschied, auf den Améry hier aufmerksam macht, ist, daß es in Dachau wenigstens Rudimente eines Kollektivs gegeben habe, dessen Wirklichkeit in einem wie auch immer beschädigten, so doch wenigstens vorhandenen Bezug zu den europäischen geistigen Traditionen gestanden habe. *In Dachau lag die innere Verwaltung zum größten Teil in den Händen politischer Häftlinge, in Auschwitz gaben deutsche Berufsverbrecher den Ton an. In Dachau gab es eine Lagerbibliothek, in Auschwitz war für den gewöhnlichen Häftling ein Buch etwas kaum noch Vorstellbares. Grundsätzlich bestand in Dachau – so wie auch in Buchenwald – für die Häftlinge die Möglichkeit, dem SS-Staat, der SS-Struktur eine geistige Struktur entgegenzustellen: damit aber hatte der Geist eine soziale Funktion, auch wenn diese wesentlich politisch, religiös, ideologisch in Erscheinung trat und nur in seltenen Fällen, wie etwa bei Nico Rost, zugleich auch philosophisch und ästhetisch. In Auschwitz aber war der geistige Mensch isoliert, war ganz auf sich selbst gestellt.*

Wie ein Individuum, um eines sein zu können, das Kollektiv braucht, das die Individualität anerkennt, kann es als Reflexionsform seiner selbst nur bestehen, wenn die Reflexion des einzelnen Teil einer kollektiven ist: *In Auschwitz war der Geist nichts als er selber, und es bestand keine Chance, ihn an eine noch so unzulängliche, noch so verborgene soziale Struktur zu montieren. Der Intellektuelle stand also allein mit seinem Geist, der nichts war als barer Bewußtseinsinhalt und sich nicht aufrichten und erhärten konnte an einer gesellschaftlichen Wirklichkeit.*

Wenn Améry mitteilt, was ihm widerfuhr und was er als Beispiel für diese Sätze anführt, so kann ein anderer, wie es etwa Primo Levi getan hat, zu Recht behaupten, daß es auch andere gegeben habe. Auch hat es sogar in Auschwitz Bereiche gegeben, die so etwas wie eine »Gegenstruktur« gegen den SS-Staat aufwiesen. Diese Feststellungen sind aber keine Einwände gegen das, was Améry geschrieben hat. Auschwitz zeigte, zeitlich wie räumlich, das Nach- und Nebeneinander aller der Dimensionen, die die Einrichtung des »Lagers« im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich hatte: politischer Terrorismus, Arbeitskräftereservoir, Vernichtung. Das und die Größe des Lagers – wer die Luftaufnahmen von Birkenau betrachtet, hat eine Stadt vor Augen – macht »Auschwitz« zu einem Namen, der alle Dimensionen nationalsozialistischer Herrschaft bezeichnet – die Dimension der planmäßigen, bürokratisch observierten, leidenschaftslosen Vernichtung aber macht das Besondere nicht nur dieses Lagers aus, sondern der deutschen Verbrechen der Jahre 1933 bis ‘45. Amérys Bericht ist deshalb nicht »bloß subjektiv«, weil in ihm sich die Dimension des Lagers erschließt, die seine entscheidende historische Besonderheit gewesen ist. Amérys Selbstbeschreibung als Intellektueller ist deshalb mehr als bloße Selbstbeschreibung, weil sie ein Allgemeines bezeichnet, das in und mit Auschwitz zerstört wurde. Die »geistigen Werte«, die »Bildungsgüter«, die er erwähnt, gehören zu jenen individuell erzeugten und kollektiv rezipierten Selbstverständigungsversuchen der Individualität.

Das Geistige nahm, schreibt Améry, in Auschwitz *eine zwiefach neue Gestalt an: es wurde einerseits, psychologisch, zu etwas ganz und gar Irrealem und andererseits, sofern man es in sozialen Begriffen definiert, zu einer Art von unerlaubtem Luxus. Manchmal erlebte man diese neuen Tatsachen in tieferen Schichten, als jene es sind, in die man beim Schlafstrohgespräch gelangen kann: dann verlor der Geist urplötzlich seine Grundqualität, die Transzendenz.*

Diese Aussage zu erläutern, ist dem Nachgeborenen fast untersagt. Die Sprache, die Améry hier wählt, um über Auschwitz zu sprechen, kann dem, dem nichts Vergleichbares widerfahren ist, nur mißlingen. Und doch liegt gerade in diesem Mißlingen der Befund, um den es geht. Améry nutzt das *rational-analytische Denken*, von dem er sagt, es sei *im Lager und speziell in Auschwitz nicht nur keine Hilfe* gewesen, sondern habe *geradewegs in eine tragische Dialektik der Selbstzerstörung* geführt, um sein Scheitern vor der Realität von Auschwitz zu beschreiben. Dan Diner hat den Ausdruck der »Gegenrationalität« geprägt für jene »Logik der Vernichtung (...), die in sich ebenso folgerichtig operierte wie draußen die Logik der Lebenserhaltung«, deren Verständnis aber zu keinem andern Ergebnis führen konnte als das achselzuckende Sichdreingeben. »Ne pas chercher à comprendre«**, habe ein Mithäftling in den Boden seiner Eßschale gekratzt, berichtet Primo Levi.

Die nachträgliche Analyse dieser Gegenrationalität wirkt wie eine Wiederauferstehung der Rationalität. Dennoch mißlingt die Analyse, wenn sie den Bericht als bloßes Beispielmaterial benutzt. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß alles, was ich dem Bericht und der Analyse Amérys hinzufügen könnte, nur läppisch wäre. Es steht mir der Gebrauch der ersten Person Singular in diesem Zusammenhang nicht zur Verfügung. Es kann die Ratio ihre eigene Zerstörung beschreiben, indem das Ich, das ihr Träger ist, von dieser Zerstörung spricht. Améry beschreibt diese Zerstörung in vielen Facetten, ruhig, distanziert, als blickte er durch ein Mikroskop auf irgendetwas Fremdes. Aber er sieht in den Spiegel und berichtet, was er sieht. Die Ruhe und Unbeirrbarkeit der Stimme, die da »ich« sagt, ist aus der Distanz gewonnen. Aus der Beschädigung gewinnt sie eine paradoxe Kraft.

Daß dem Geist die Kraft zur Transzendenz genommen wurde, soll heißen die Möglichkeit, sowohl die Situation zu überschreiten, als auch die Vereinzelung in Bezug zu realen oder imaginierten Kollektiven der Tradition als Individualität aufzuheben, ermöglicht den Blick auf die Voraussetzung solchen »Geistes«: das Individuum. Dem der Gebrauch der Wörter »wir« und »ich« nicht mehr selbstverständlich war, konnte aus dem kalkulierten Einsatz der ersten Person Singular und Plural ein Stilmittel gewinnen, das Verständigung dort noch möglich macht, wo ihre Voraussetzung eigentlich zerstört ist.

Zu den beiden geschilderten Angriffen auf die Individualität – der Aufkündigung ihrer Möglichkeit durch das Kollektiv und der Zerstörung jener realen oder idealen Kollektive, die seine Wirklichkeit und Tradition bewahren könnten – tritt der dritte, den Améry in seinem Aufsatz »Die Tortur« beschreibt. Die Folter ist der Angriff auf die Möglichkeiten des Einzelwesens selbst, sich als Individuum zu behaupten. Auch hier ist es kaum statthaft, von einem »Erlebnis« zu sprechen. Améry beschreibt einen Raum. Und fügt hinzu: *Dort geschah es mir: die Tortur.*

Was er beschreibt, brauche ich nicht zu wiederholen; es hat sich in der Welt abertausendfach wiederholt seitdem, und viele, die über die Folter geschrieben haben, haben Amérys eindringliche Wörter zitiert und es sich dabei oft ein wenig zu leicht gemacht.*Die Tortur ist das fürchterlichste Ereignis, das ein Mensch in sich bewahren kann. / Ich weiß (...) nicht, ob die Menschenwürde verliert, wer von Polizeileuten geprügelt wird. Doch bin ich sicher, daß er schon mit dem ersten Schlag, der auf ihn niedergeht, etwas einbüßt, was wir vielleicht vorläufig das Weltvertrauen nennen wollen. / Mit dem ersten Schlag der Polizeifaust (...), gegen den es keine Wehr geben kann und den keine helfende Hand parieren wird, endigt ein Teil unseres Lebens und ist niemals wieder zu erwecken. / Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt.*

Man hat es sich zu leicht gemacht mit dem Zitat dieser Sätze, weil man sich auf die Klarheit ihrer Formulierung verlassen hat. Man hat sie zitiert, als wäre damit alles schon klar. Aber im isolierten Zitat hat man sie, obwohl in ihr die erste Person Singular keine auffällige Verwendung findet, auf den Erfahrungsbericht reduziert. Wer so zitiert, kann die eigene Angst vor Schmerz, Qual und Überwältigung in die Wörter eines andern kleiden und so die Phantasie und das Denken stillstellen. Was hat es denn auf sich mit dem verlorenen Weltvertrauen, dem Nicht-mehr-heimisch-werden? Was wird da unwiederbringlich zerstört? Wenn Améry von der *Gewißheit* schreibt, *daß der andere aufgrund von geschriebenen oder ungeschriebenen Sozialkontrakten mich schont, genauer gesagt, daß er meinen physischen und damit auch metaphysischen Bestand respektiert*, so klingt das beinahe unzulässig naiv. Woher käme, in welchem Jahrhundert auch immer, solche Gewißheit? Gemeint ist hier aber nicht die Gewißheit, die aus einer Überschätzung der statistischen Wahrscheinlichkeit, ungeschoren davonzukommen, entsteht, sondern die Gewißheit, die das konstituiert, was Améry *meinen metaphysischen Bestand* nennt.Der wird nämlich nicht durch die Möglichkeit der physischen Unterwerfung beschädigt, sondern durch die Wirklichkeit: *Nichts ereignet sich in der Tat so, wie wir es erhoffen, noch so, wie wir es befürchten. Aber nicht darum, weil etwa, wie man so sagt, das Geschehnis »die Vorstellungskraft überstiege« (es ist keine quantitative Frage), sondern weil es Wirklichkeit ist und nicht Imagination.*

Ob der Mensch in ein Weltvertrauen hineingeboren wird, ist zu bezweifeln. Wahrscheinlicher ist nicht das sogenannte »Urvertrauen«, sondern ein »Urmißtrauen«. Aber der Mensch ist diesem nicht ausgeliefert. Hier scheint mir die Freudsche Beschreibung der psychischen Differenzierung das Verständnis am weitesten zu fördern, nicht nur, weil auch hier das Wort »Ich« eine entscheidende Rolle spielt. Das Kind lernt als wichtigste Unterscheidung, als Basis aller anderen Differenzierungen, die zwischen sich und dem Rest der Welt, aufgrund von Unlust und Schmerz. Den Schmerz »draußen zu halten«, ihn als fremd empfinden zu können, dient diese Unterscheidung, und sie ist zugleich die Unterscheidung zwischen den eigenen Trieben nach Lust und dem diese nur zuweilen befriedigenden Außen. Freud nennt die psychische Instanz, die diese Unterscheidung trifft, ja die, so könnte man sagen, wesentlich diese Unterscheidung **ist**, das »Ich«. Das Ich ist bei Freud die Vermittlungs- und Steuerungsinstanz. Das Ich koordiniert das psychische Geschehen, und das Ich ist die Wahrnehmung der Außenwelt.

Wenn wir im Sinne Freuds vom »Ich« sprechen, sprechen wir noch nicht von Individualität. Wir sprechen nur von der Fähigkeit, als menschliches Einzelwesen sich ausbilden zu können. Die Individualisierung des menschlichen Einzelwesens ist, wie gesagt, ein Vorgang, zu dem ein besonderes Spannungsverhältnis zu einem Kollektiv mit besonderen Eigenschaften unabdingbar ist. Gleichwohl ist die Basis der Individualisierung die Existenz als einigermaßen unbeschädigtes Einzelwesen. Freud nennt das Ich auch ein »Körper-Ich«, weil die primäre Unterscheidung, die zwischen Mir und Außen, an die Körperoberfläche gebunden ist. Die Körperoberfläche ist Grenze nach außen und Kommunikation mit dem Außen. Daß sie in dieser Funktion intakt bleibt, ist Voraussetzung eines intakten Ich. Das ist mit dem »Weltvertrauen« gemeint: Ich kann mich zurechtfinden in der Welt und werde mich dabei in ihr nicht verlieren. *Die Grenzen meines Körpers sind die Grenzen meines Ichs,* schreibt Améry, als habe er auf die Freudsche Terminologie anspielen wollen. *Die Hautoberfläche schließt mich gegen die fremde Welt: auf ihr darf ich, wenn ich Vertrauen haben soll, nur zu spüren bekommen, was ich spüren will*.

Améry schließt die Psychologie und die politische Philosophie so eng zusammen, daß sie fast ununterscheidbar werden. Die oberste Garantie eines jeden Sozialvertrags muß im Schutz vor körperlichen Übergriffen bestehen. Ist der nicht gewährleistet, bricht in der physischen Überwältigung auch jedes soziale Verhältnis zusammen: *Der andere (...) zwingt mir mit dem Schlag seine eigene Körperlichkeit auf. Er ist an mir und vernichtet mich damit. Es ist wie eine Vergewaltigung.* Zwar ist das Sozialverhältnis wiederherzustellen – in der Gegenwehr, sei diese nun direkt oder indirekt, wenn der Übergriff geahndet wird und ich den ungleich schwierigeren Versuch mache, mich über die ja immer nur partiell mögliche Identifikation mit einer Institution zu restituieren. Wo aber Gegenwehr unmöglich ist, Hilfe nicht gewährt wird und später keine Ahndung des Übergriffes erfolgt, zerbricht das Sozialverhältnis. *Vom Gemarterten* zum Peiniger *gibt es keine Brücke (...) Der Folterknecht ist für den Gefolterten nur noch der andere.*

Dieses Zerbrechen des sozialen Verhältnisses zum anderen folgt aus der Verletzung der Körperoberfläche als primärem Mittel zur Kommunikation mit dem Außen. Die Hilflosigkeit, die Passivität, die Überwältigung durch den Schmerz schließlich wird auch jene psychische Instanz beschädigen, die nichts weiter ist als die Repräsentanz dieser Grenze, das Ich. Diese gleichsame »Widerlegung« der ersten psychischen Leistung zur Selbstbildung als Einzelwesen kann nicht mehr geheilt werden, nicht wiedergutgemacht. Unter Umständen ist eine Restituierung auch der psychischen Kräfte möglich, doch bleibt wohl in der Regel wahr, was Améry den *Charakter indelibilis* genannt hat: *Wer gefoltert wurde, bleibt gefoltert.*

Das kann, medizinisch gesprochen, bis zum völligen Zusammenbruch der Ich-Grenzen gehen und zu einer exogenen Psychose führen. Das kann auch nur – doch was ist das für ein »nur«! – in dem nicht im intellektuellen Vorrat, sondern in der Gefühlsbasis vorhandenen untilgbaren Wissen darum bestehen, daß **alles möglich** ist. Selbst in diesem »nur« ist der *metaphysische Bestand* beschädigt, da jedwede Metaphysik – insofern Abbild der Körperoberfläche – die Unterscheidung zwischen »möglich« und »unmöglich« ist. Wollten wir philosophischen Jargon, könnten wir von der Unfähigkeit sprechen,

zwischen Schicksal und Kontingenz oder zwischen Absicht und Ursache zu unterscheiden. Amérys Beobachtung, daß die Verse Hölderlins »Die Mauern stehn sprachlos und kalt, / Im Winde klirren die Fahnen« auf dem Marsch von der Arbeit ins Lager ihre metaphorische (und metaphysische) Kraft einbüßten – *Das Gedicht transzendierte die Wirklichkeit nicht mehr. Da stand es und war nur noch sachliche Aussage: so und so, und der Kapo brüllt »links«, und die Suppe war dünn, und im Winde klirren die Fahnen* – mag man auf die anderen, ebenso bekannten, übertragen: »Es schwinden, es fallen / Die leidenden Menschen / Blindlings von einer / Stunde zur andern, / Wie Wasser von Klippe / Zu Klippe geworfen, / Jahr lang ins Ungewisse hinab.« So und so, und die leidenden Menschen fallen blindlings. Weil es Wirklichkeit ist und nicht Imagination. Weil es gelang, die Urangst davor, daß »alles möglich« sein könnte, politische Wirklichkeit werden zu lassen. Davor wird das Ansinnen, dieser Angst metaphorischen Ausdruck zu verleihen, läppisch.

Améry hat der Berechtigung des Versuchs, seine Beschreibungen und (Selbst-)Analysen in das Vokabular der Psychologie zu kleiden, in seinem Aufsatz »Ressentiments« widersprochen. *Wir alle seien, so lese ich in einem kürzlich erschienenen Buch über »Spätschäden nach politischer Verfolgung«, nicht nur körperlich, sondern auch psychisch versehrt. (...) Wir sind, so heißt es, »verbogen«. Das läßt mich flüchtig an meine unter der Folter hinterm Rücken hochgedrehten Arme denken. (...) So habe ich denn die Ressentiments nach zwei Seiten hin abzugrenzen, vor zwei Begriffsbestimmungen zu schirmen: gegen Nietzsche, der das Ressentiment moralisch verdammte, und gegen die moderne Psychologie, die es nur als einen störenden Konflikt denken kann.*

Es liegt nahe, den Gebrauch eines Vokabulars, das doch etwas mit Medizin, mit Wörtern, die auf -iatrie enden, mit Krankheiten und Abweichungen zu tun hat, so zu verstehen, wie Jean Améry das getan hat. Oft kann man es nicht anders verstehen. Wenn ich es dennoch verwende, so deshalb, weil ich hoffe, daß es mir zur Verdeutlichung jenes Anliegens dienlich ist, das Améry zu Recht gegen die Psychiatrisierung politischer Erfahrung stellt: *(...) die Aufgabe, unsere Verbogenheit neu zu definieren: und zwar als eine sowohl moralisch als auch geschichtlich der gesunden Geradheit gegenüber ranghöhere Form des Menschlichen*.

Was Améry in seinem Aufsatz »Ressentiments« beschreibt, ist die andere Seite dessen, was Hans Keilson mit dem Wort von der »sequentiellen Traumatisierung« beschrieben hat. Ein Trauma entfaltet oft erst dann seine zerstörerische Kraft ganz, wenn die Gesellschaft oder Gemeinschaft sich weigert, das Erleidnis zu erkennen und anzuerkennen, und, im hier in Rede stehenden Fall, die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. *Er trug auf seiner feldgrauen Uniform die schwarzen Aufschläge der SS, aber man sprach ihn mit »Herr Leutnant« an. (...) Aber warum soll ich eigentlich seinen Namen verschweigen, der mir später so geläufig wurde? Es geht ihm vielleicht gut zur Stunde, und er fühlt sich wohl in seiner gesund geröteten Haut, wenn er vom Sonntagsausflug im Auto heimkehrt. Ich habe keinen Grund, ihn nicht zu nennen. Der Herr Leutnant, der hier die Rolle eines Spezialisten für Folterungen spielte, hieß Praust – P-R-A-U-S-T.*

Es geht ihm vielleicht gut zur Zeit; er hat vielleicht noch bei bester Gesundheit den Freitod dessen überlebt, dem er damals die Arme ausrenkte und den er mit dem Ochsenziemer auspeitschte. Hat eigentlich ein deutscher Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, nachdem der Aufsatz über die Tortur veröffentlicht worden war? Ist der Gedanke, diese Frage zu stellen, in einer der Rezensionen des Bandes »Jenseits von Schuld und Sühne« zu finden? Wie kam es zu dem Titel des Buches, das doch eigentlich »Ressentiments« hatte heißen sollen und im Buchhandel so angekündigt worden war?

Wenn ich zu meinem Ressentiment stehe, wenn ich einräume, daß ich beim Durchdenken unseres Problems »befangen« bin, so weiß ich doch, daß ich der Gefangene bin der moralischen Wahrheit des Konflikts. Die Forderung nach Objektivität erscheint mir (...) als logisch sinnlos. Es hat die Untat als Untat keinen objektiven Charakter. Massenmord, Folter, Versehrung jeder Art sind objektiv nichts als Ketten physikalischer Ereignisse, beschreibbar in der formalisierten Sprache der Naturwissenschaften: Es sind Tatsachen innerhalb eines physikalischen, nicht Taten innerhalb eines moralischen Systems. (...) Die moralische Wahrheit der mir noch heute im Schädel dröhnenden Hiebe besaß und besitze ich nur selber und bin darum in höherem Maße urteilsbefugt, nicht nur als der Täter, sondern auch als die nur an ihren Bestand denkende Gesellschaft. Die Sozietät ist befaßt nur mit ihrer Sicherung und schert sich nicht um das beschädigte Leben: Sie blickt vorwärts, im günstigsten Fall, auf daß dergleichen sich nicht wieder ereigne. Meine Ressentiments aber sind da, damit das Verbrechen moralische Realität werde für den Verbrecher, damit er hineingerissen sei in die Wahrheit seiner Untat. (...) Es handelt sich, wenn ich mich recht erforscht habe, nicht um Rache, auch nicht um Sühne. Das Erlebnis der Verfolgung war im letzten Grunde das einer äußersten Einsamkeit. Um die Erlösung aus dem immer noch andauernden Verlassensein von damals geht es mir.

Es ist nicht gut, die Fragen der Moral und die der Psychologie allzusehr auseinanderzuhalten. Améry selbst führt sie im eben Zitierten eng zusammen. In der Reaktion der Sozietät auf das Verbrechen und das Trauma liegt eine Chance. Nicht die der Wiedergutmachung, die es nicht gibt. Aber die der Anerkennung, daß es sie nicht gibt und daß daraus keine Entschuldigung für moralische Untätigkeit folgt, sondern Verpflichtung. Verpflichtung, die Mordbefehle zu widerrufen; Verpflichtung, die Mörder zur Rechenschaft zu ziehen; Verpflichtung, Garantien für das Leben der zu Opfern Gemachten

auszusprechen. Verpflichtung zur Befreiung aus dem sonst immer noch andauernden Verlassensein. Es geht um die Sicherheitsgarantien der Gemeinschaft, über die Améry unter der Frage, wieviel Heimat der Mensch brauche, geschrieben hat. Eine Rückkehr zu zivilisierten Umgangsformen ist nicht möglich, wenn man weitermacht, als wäre nichts geschehen. Aber auch wenn sie sich wirklich dem Geschehenen, dem Verübten stellt, so ist noch nichts garantiert. Was zerstört worden ist, läßt sich nicht einfach kitten, weder die zivilisatorischen Standards noch die individuellen Verletzungen. Umgekehrt aber gilt: Wenn eine Sozietät ihre Indolenz an beidem übt in dem, wie Améry es nannte, *unisono rundum erhobenen Friedensruf, der da aufgeräumt vorschlägt: Nicht rückwärts laßt uns schauen, sondern vorwärts, in eine bessere, gemeinsame Zukunft!*, dann wird sie mit dem Zerstörungswerk fortfahren.

Machen wir uns nichts vor. Das Zerstörungswerk ist getan. Die deutsche (und, wenn ich recht unterrichtet bin, auch die österreichische) Politik nach 1945 läßt sich auf den von Ralph Giordano geprägten Begriff von der »zweiten Schuld« bringen. Und Jean Améry starb nicht im Konzentrationslager, sondern in Österreich und an der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt übrigens an ihrer politischen Linken und, nota bene, nicht in ihr.

Die Sozietät, die erst den Bestand des Individuums angegriffen hat, gewährt den Wiedereintritt um den Preis der gänzlichen Selbstaufgabe. Sie macht das Angebot einer neuen gemeinsamen Verwendung der ersten Person Plural um den Preis, daß die Fähigkeit, »ich« zu sagen, endgültig zuschanden wird: *Wer seine Individualität aufgehen läßt in der Gesellschaft und sich nur als Funktion des Sozialen verstehen kann, der Stumpffühlige und Indifferente also, vergibt in der Tat. (...) Entindividualisierter, austauschbarer Teil des Gesellschaftsmechanismus, lebt er mit diesem im Einverständnis und verhält sich, vergebend, so wie der französische Strafverteidiger Maurice Garcon im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte die soziale Reaktion auf das Verbrechen beschrieben hat: »(...) Das Verbrechen verursacht Unruhe in der Gesellschaft; sobald aber das öffentliche Bewußtsein die Erinnerung an das Verbrechen verliert, verschwindet auch die Unruhe. Die vom Verbrechen zeitlich weit entfernte Strafe wird sinnlos.« Dies ist richtig bis zur binsenwahren Offenbarkeit, sofern es sich um die Gesellschaft handelt, beziehungsweise um das Individuum, das sich selbst moralisch vergesellschaftet und sich auflöst im Konsensus. Es ist ohne jede Relevanz für den sich moralisch als einzigartig begreifenden Menschen.*

Den Preis, den die Gesellschaft fordert, nicht zahlen zu wollen, bedeutet aber, seine Stärke aus der Verletzung, die Leistung, sein Ich gegen das Wir der anderen zu stellen, aus den Beschädigungen, die das Ich erfahren hat und erneut erfährt, wo ihm noch einmal Individualität verweigert wird, gewinnen zu müssen. *Es ist meinem Nachdenken nicht unentdeckt geblieben, daß das Ressentiment nicht nur ein widernatürlicher, sondern auch ein logisch widersprüchlicher Zustand ist. Es nagelt jeden von uns fest ans Kreuz seiner zerstörten Vergangenheit.* Denn es verlangt nichts weniger als die Umkehrung der Zeit, das Ungeschehenmachen. Das Individuum beharrt auf seinem Recht auf den Zustand vor seiner Beschädigung und verlangt von der Gesellschaft seine Anerkennung als Individuum. – Aber hat Améry nicht selbst gesagt, daß man keiner sein kann gegen ein Kollektiv – *um dieser oder jener zu sein, brauchen wir das Einverständnis der Gesellschaft*?

Auf diese Frage schließlich antwortet der letzte der fünf Aufsätze: »Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein«. Dort heißt es: *Als ich 1935 die Nürnberger Gesetze las und mir bewußt wurde, nicht nur, daß sie auf mich zutrafen, sondern daß sie der juridisch-textlich zusammengefaßte Ausdruck waren des schon vorher von der deutschen Gesellschaft durch ihr »Verrecke!« gefäll-ten Urteilsspruches, hätte ich geistig die Flucht ergreifen (...) können (...) ich hätte (...) selbst unter Verzicht auf die Illusioneines deutschen pays réel als auch einer ge-gen die deutsche Geistesstörung immunen Welt, mir zusprechen können: Was immer man von mir auch sage, es ist nicht wahr. Wahr bin ich nur, als der ich mich selberim Innenraum sehe und verstehe; ich bin, der ich für mich und in mir bin, nichts anderes. Ich will nicht sagen, daß ich nicht bisweilen solcher Versuchung unterlag. Ich kann nur bezeugen, daß ich ihr schließlich widerstehen lernte.*

Denn wer auf der eigenen Wirklichkeit in Opposition zu der kollektiven besteht, ist bloß verrückt. Was aber kann der tun, der sich der Verrücktheit des Nichtakzeptierens der Wirklichkeit genausowenig überlassen will wie ihrer affirmativen Hinnahme? *Langsamerhand kam ich in den zwei Jahrzehnten, die seit meiner Befreiung hingingen, zur Erkenntnis, daß es nicht ankommt auf positive Bestimmbarkeit einer Existenz. Daß Jude ist, wer von den anderen als Jude angesehen wird, hat einst schon Sartre gesagt, und hat später Max Frisch in »Andorra« dramatisch dargestellt. Es ist nicht korrekturbedürftig, doch darf man es vielleicht ergänzen. Selbst dann nämlich, wenn mich die andern nicht als Juden bestimmen, wie sie es mit dem armen Teufel in »Andorra« taten, der gerne Tischler geworden wäre und den sie nur Kaufmann sein lassen wollten, bin ich doch Jude durch die bloße Tatsache, daß die Umwelt mich nicht ausdrücklich als Nichtjuden fixiert. Etwas sein kann bedeuten, daß manetwas anderes nicht ist. Als Nicht-Nicht-jude bin ich Jude, muß es sein und muß es sein wollen. Ich habe es anzunehmen und in meiner täglichen Existenz zu bekräftigen (...) Da Jude sein aber nicht nur meint, daß ich eine gestern geschehene und für morgen nicht ausschließbare Katastrophe in mir trage, ist es jenseits der Aufgabe auch Furcht. Täglich morgens kann ich beim Aufstehen von meinem Unterarm die Auschwitznummer ablesen; das rührt an die letzten Wurzelverschlingungen meiner Existenz, ja ich bin nicht einmal sicher, ob es nicht meine ganze Existenz ist. Dabei geschieht es mir annähernd wie einst, als ich den ersten Schlag der Polizeifaust zu spüren bekam. Ich verliere jedenTag von*

neuem das Weltvertrauen. Der Jude ohne positive Bestimmbarkeit, der Kata-strophenjude, wie wir ihn getrost nennen wollen, muß sich einrichten ohne Weltvertrauen.«

»Ich« – »wir«. *Täglich morgens kann ich beim Aufstehen...* – erste Person Singular. *Der Katastrophenjude, wie wir ihn getrost nennen wollen...* – erste Person Plural. Beide grammatischen Formen sind alles andere als zufällig oder (was dasselbe wäre) routiniert verwendet. Sie sind Zeichen einer negativen Individualität und einer negativen Kollektivität. Das Individuum – *ich bin nicht einmal sicher, ob es nicht meine ganze Existenz ist* – erkennt sich in der Nummer 172364, die gleichzeitig Symbol seiner Auslöschung und totalen Eingliederung in das Kollektiv der zu Ermordenden ist. Das Individuum erkennt seine Zugehörigkeit zum Kollektiv, in dem es sich nun aufhält, im Gleichklang des Wissens um sein Nichtdazugehören. **So** sind die Voraussetzungen, die erste Person zu gebrauchen. *Ich muß das Fremdsein als ein Wesenselement meiner Persönlichkeit auf mich nehmen, auf ihm beharren wie auf einem unveräußerlichen Besitz.*

Jean Améry sprach von sich, beschrieb sich, und je deutlicher seine Physiognomie erschien, desto deutlicher wurde auch der Blick, den sie auf den Leser richtete. Die Versuchung ist groß für den, der das Glück hatte, so nicht sprechen zu müssen, durchs Zitat seiner Worte eine Gemeinsamkeit zu erschleichen, die es nicht gibt. Flink könnte man auch im einen Jargon von der Conditio humana, im andern von der Condition postmoderne sprechen. Das Riskante ist, daß man es nicht ganz zu Unrecht täte. Die Ketten, die die Greuel einer Gesellschaft an ihre Normalität binden, sind massiv, oder, anders gesagt: Die Barbarei, der sich eine Zivilisation überläßt, trägt die Merkmale dieser Zivilisation. Die Mörder, die ihren Opfern die Individualität aberkannten, haben selber freudig darauf verzichtet und als triftigste Verteidigung ersonnen, daß, was sie getan, hätten sie's nicht, ein andrer getan hätte. Als wäre nicht die Basis der Moralität eben, daß **ich** etwas nicht tue. So besteht der zum Opfer Gemachte auf seiner negativen Individualität und fordert vom Mörder, daß der seine eigene, die eben in der verübten Tat besteht, nicht verleugne. Die Barbarei, der sich eine Zivilisation überläßt, trägt die Merkmale dieser Zivilisation, ich wiederhole das. Und so sagt Jean Améry, wenn er die erste Person Singular gebraucht, mehr als nur »ich«, wenn auch nicht »wir«. Die Geste, die auf das zeigt, was aus ihm gemacht worden war, deutet auch auf das, was die aus sich gemacht, die es getan hatten, geschehen ließen, weiterlebten, als wäre nichts geschehen.

Jean Améry hat in seinem letzten Buch den Zusammenhang von Zivilisation und Barbarei dort aufgesucht, wo der Gebildete das bürgerliche Individuum auf seiner Höhe wähnt, wo es alle seine Triumphe und seine eigene Großartigkeit feiert, im Roman. Und er hat es in dem Roman getan, der für viele eines der vollkommensten Exemplare dieser Gattung ist, Flauberts »Madame Bovary«. Améry gibt in seinem »Charles Bovary, Landarzt. Porträt eines einfachen Mannes« einem Nicht-Ich oder doch wenigstens nichtigen Ich Stimme und Individualität. Es bleibt aber eine negative. Gegen die Wirklichkeit des Flaubertschen Romans kann sich Amérys Bovary nicht erheben. *Die Wirklichkeit Charles Bovarys wurde zu Stein. So und so geschah's (...) Da gab es keine Freiheit des Subjekts (...)*; das Opfer teilt dies mit seinem Schöpfer: *Da er (Flaubert) sich vor der Welt verschließt, unselig und voll Haß (...) hat er, der Bürger, auch keinen Zugang zum bürgerlichen Subjekt.* Schließlich: *Flaubert, dieser Pionier eines neuen Romans, war zugleich einer der Verantwortlichen der Gegenaufklärung des XIX. und des XX. Jahrhunderts, und dies nicht als ein durch ökonomistischen Determinismus bestimmter »Bourgeois«, sondern als ein in existentieller Freiheit sich Wählender. – Hat er's gewußt?*

Der Schluß des »Charles Bovary« ist eine Anklagerede der Figur gegen ihren Autor, die aber plötzlich abbricht: *Ich ziehe meine Klage zurück. (...) Verstumme. Es ist mir recht, daß ich zu Boden falle. Hier liege ich: Continua viam viator...****«.

Sie hören das Echo aus den »Unmeisterlichen Wanderjahren« und das Ende des Berichtes über Auschwitz mit dem Kraus-Zitat darin: *Das Wort entschläft überall dort, wo eine Wirklichkeit totalen Anspruch stellt. Uns ist es längst entschlafen. Und nicht einmal das Gefühl blieb zurück, daß wir sein Hinscheiden bedauern müßten.*

Jean Amérys Werk ist der Versuch, den Tod des Individuums zu akzeptieren, ohne damit einverstanden zu sein. Der den Versuch unternahm, war nicht »trotzdem« Individuum, sondern einer, der wußte, wie mit der ersten Person Singular verfahren wird.

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Jean Améry.

**Versuche nicht, zu verstehen

***Setze deinen Weg fort, Wanderer

Vortrag, gehalten auf dem Jean Améry-Symposion, das vom 22. bis 25. Oktober 1992 an der Universität Wien stattfand.

Jan Philipp Reemtsma schrieb zuletzt in KONKRET 10/92 über die Möglichkeiten einer weltweiten Verfolgung von »Regierungskriminalität«

Konkret 01/93, S. 54

Otto Köhler

Stalingrad den Stalingradern

»Beim Eindringen in die Stadt muß die gesamte männliche Bevölkerung beseitigt werden, da Stalingrad mit seiner eine Million zählenden durchweg kommunistischen Einwohnerschaft besonders gefährlich ist« – 50 Jahre nach diesem Hitler-Befehl an die Wehrmacht gilt deren Niederlage in Stalingrad deutschen Historikern wieder als Unglück

Rudolf Augstein schrieb schon zum September-Beginn den ersten Jubiläums-Artikel über das, was er in großen Lettern »Hitlers Marsch in den Untergang bei Stalingrad« nennt. Der »Spiegel«-Chef schlug die alten Schlachten noch einmal, ernannte Hitler zum wahnwitzigen Triebtäter, vor dem die Monokelträger der Wehrmacht dummerweise strammstanden, und reflektierte – ausgerechnet Augstein – ob Stalin unter Alkohol gestanden habe, als er Churchill die Niederlage der Deutschen ankündigte. Hitler könne nicht bei Verstand gewesen sein, klagte Augstein, und wenn nur wenigstens die Generalfeldmarschälle Hermann Göring oder Erich von Manstein ihm widersprochen hätten, dann hätten wir den Krieg zwar auch, aber nicht so jämmerlich verloren.

Der da klagt, ist ein junger, aber besonders hartnäckiger Veteran jenes Krieges, der schließlich doch so ausging, daß er ihm ein einigendes Band schuf mit seinem ärgsten Gegner. Augstein 1988 in seinem Strauß-Nachruf über sein Verhältnis zu dem Mann, durch den er und seine »Spiegel«-Kollegen einstmals ins Gefängnis kamen: »Privat, unter uns beiden, war die Sache ja längst begraben. Wir hatten sogar einen ›Kamerad-weißt-du-noch-Abend‹ (schriftlich) vereinbart, weil wir uns eigentlich schon vor Kriegsende hätten treffen müssen; so auf engstem Raum zusammen waren wir zur selben Zeit, er in der Kalmücken-Steppe südlich von Stalingrad, ich am westlichen Ufer des Don bei Woronesch, nur 750 Kilometer voneinander entfernt.«

»50 Jahre Stalingrad: Über den Mythos einer Schlacht.« So nannte Augstein seine Titelgeschichte im »Spiegel«. »Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht« – so heißt im Untertitel ein im November erschienener »Stalingrad«-Sammelband der Fischerbücherei (Nr.11097, Frankfurt 1992. 320 Seiten, 18,90 Mark). Die Herausgeber Wolfram Wette und Gerd R. Ueberschär vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt ordnen Kameraderie-Erlebnisse wie das Augsteins – ohne ihn zu nennen – in das nationalsozialistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem ein. Stalingrad war – man muß den Doppelsinn des Wortes auskosten – ein »gesellschaftliches Ereignis, das eben nur in dieser vollständig militarisierten nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ möglich war. Jedermann ordnete sich den Befehlen unter, mochten sie auch noch so inhuman sein.«

Stalingrad war aber auch, sagt Wette in seinem Einzelbeitrag über«Stalingrad in der NS-Propaganda«, ein Ereignis, für das die deutsche Gesellschaft als ganze Verantwortung trug: »Sie hatte es erlaubt oder aktiv unterstützt, daß sich ein diktatorisches und militaristisches Regime wie das nationalsozialistische etablieren konnte.« Die im Falle ›Stalingrad‹ in ihrem Charakter besonders deutlich erkennbare mörderische Befehlshierarchie sei »das Ergebnis einer – früher getroffenen – gesellschaftlichen und politischen Übereinkunft«. Damit sei die Frage nach dem Grad der Verantwortlichkeit auf den verschiedenen Ebenen der Hierarchie zwar nicht erledigt, aber relativiert: »Die Generäle gehorchten, aber die Gefreiten gehorchten auch.«

Wette: »Der ›kleine Mann‹ wurde in diesem Zusammenhang weniger thematisiert. Er schien ganz in der Rolle des Opfers einer unmenschlichen Befehlsgebung aufzugehen. Damit geriet jedoch seine Doppelrolle als Täter und Opfer aus dem Blickfeld, ebenso die ganz praktische Frage, weshalb die einfachen Soldaten in Stalingrad eigentlich nicht massenhaft desertiert sind, statt dessen den Durchhaltebefehlen Folge leisteten und damit – auch diese Perspektive muß erlaubt sein – dazu beitrugen, daß das NS-Regime den Krieg in der bisherigen Weise fortsetzen konnte.«

Aber war nicht der einfache Soldat doch nur Opfer? In seinem eigenen Beitrag über die Schlacht von Stalingrad schreibt Ueberschär, die Sowjets hätten 146.000 tote deutsche Soldaten gezählt. Er schaltet dann einen Text von F. Sinzinger von der 100. Jägerdivision in Stalingrad ein, der im August-Heft 1983 der »Kameradschaft Stalingrad« erschienen war. Unter der Überschrift »Von den Menschen aber spricht keiner« äußert er sich zum Streit um die Zahlen. So: »Unser Jahrhundert ist ein eisernes Jahrhundert. Der Mensch ist ein Nichts, aber allenfalls eine Nummer. Wir nehmen zur Kenntnis, daß in Stalingrad 250.000 Menschen eingeschlossen waren, daß höchstes 40.000 ausgeflogen und 90.000 gefangen wurden. Wir rechnen uns demnach aus, daß etwa 120.000 Menschen an Ort und Stelle gefallen sind. Wir sagen, daß es Menschen waren, die dort gefallen sind, und machen uns selbst über dieses Wort ›Menschen‹ kaum eine andere Vorstellung wie über irgendwelche tote Dinge. Wir vergessen, daß alle Gefallenen leben wollten, daß sie gelitten haben, daß an jeden von ihnen zu Hause eine Mutter oder Frau gedacht und daß um den größten Teil der Gefallenen Kinder weinen.«

Wir nehmen zur Kenntnis, 120.000 Menschen sind an Ort und Stelle gefallen. Der Mensch ist ein Nichts, aber allenfalls eine Nummer. 120.000 Menschen. Menschen? 120.000 deutsche Soldaten. Starb kein sowjetischer Soldat? Der Mensch ist ein Nichts, aber allenfalls eine Nummer. Die Soldaten, die bei der Verteidigung ihrer Heimat gegen die deutschen Aggressoren gefallen sind, haben nicht einmal eine Nummer. Nicht bei uns. Diese Toten wollten nicht leben, hatten zu

Hause keine Frau oder Mutter, um sie weinten keine Kinder. Möglicherweise gilt hier noch, was Generaloberst Erich Hoeppner, 1944 als Mann des 20. Juli hingerichtet, in seiner Aufmarsch- und Kampfanweisung »Barbarossa« vom 2. Mai 1941 so formuliert hat: »Der Krieg gegen Rußland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der Kampf der Ger-manen gegen das Slawentum, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein.«

Völlige Vernichtung. Auch der Toten. Der gesamte Ueberschär-Beitrag, der ausführlich über die Zahl der toten deutschen Soldaten Überlegungen anstellt, auch darüber, ob ihr Sterben sinnvoll gewesen sei oder nicht – dieser ganze Beitrag enthält keinen Hinweis auf irgendeine Zahl der sowjetischen Soldaten, die von den deutschen Soldaten, die das Monopol haben, Menschen zu sein, getötet wurden. Und Ueberschär ist durchaus kein Militärhistoriker der schlimmeren Sorte, er erwähnt immerhin – und das ablehnend – den Hitler-Befehl: »Beim Eindringen in die Stadt muß die gesamte männliche Bevölkerung beseitigt werden, da Stalingrad mit seiner eine Million zählenden durchweg kommunistischen Einwohnerschaft besonders gefährlich ist.«

Wieviel Stalingrader also sind umgekommen? Darauf gibt ein anderer, gerade erschienener Sammelband Auskunft, der ebenfalls im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von dem angesehenen Militärhistoriker Jürgen Förster in der Serie Piper herausgegeben wurde: »Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol« (Nr.1618. München 1992. 504 Seiten, 34,90 Mark). Bundeswehr-Major Rüdiger Overmanns fragt dort in seinem Beitrag über »das andere Gesicht des Krieges« unter der Überschrift: »Stalingrad und die Stalingrader«: »Welchen Stellenwert hatte nun Stalingrad für die Stalingrader selbst, wie haben sie ihre Erlebnisse verarbeitet, welche Konsequenz haben sie daraus gezogen?«

Ein Stalingrader zu sein, so antwortet der Bundeswehr-Major, »hatte auch später noch seinen eigenen Stellenwert.« Nämlich? »Unter den deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs nehmen die Stalingrader... eine Sonderstellung ein, denn die durchschnittliche Todesrate der 1943 in Gefangenschaft geratenen Deutschen lag bei circa 60 bis 70 Prozent, bei den Stalingradern dagegen starben 105.000 von 110.000, das heißt 95 Prozent.«

Wir merken uns: Stalingrader sind nach Auffassung des Bundeswehr-Majors nicht die Einwohner von Stalingrad, sondern einzig und allein die deutschen Soldaten, deren Aufgabe es war, alle männlichen Stalingrader zu vernichten und alle weiblichen Stalingrader zu deportieren. Falsch, der Bundeswehr-Major kennt weiter unten auch nichtdeutsche Stalingrader. Das sind Rumänen, Italiener und russische Kollaborateure, die den Deutschen bei der Vernichtung der Einwohner von Stalingrad halfen.

In beiden Sammelbänden, in dem von Fischer wie in dem von Piper, wird die deutsche Niederlage von Stalingrad des öfteren eine »Katastrophe« genannt. Warum Katastrophe? Das große Duden-Wörterbuch der Deutschen Sprache definiert Katastrophe als »1. schweres Unglück größeren Ausmaßes... 2. entscheidende Wendung zum Schlimmen.«

Warum Unglück, warum Wendung zum Schlimmen? Wäre es ein Glück gewesen, eine Wendung zum Besseren, wenn die Deutschen in Stalingrad gesiegt, dann zunächst die gesamte männliche Bevölkerung beseitigt und dann Frauen und Kinder, wie es derHitler-Befehl auch vorsah, deportiert hätten?

Keiner hat das Drama Schlacht um Stalingrad eindrucksvoller geschildert als Paul Carell, der große Chronist des Rußlandfeldzuges.« So wirbt der Ullstein Verlag in großen Zeitungs-Anzeigen und Prospekten für Paul Carell: »Stalingrad – Sieg und Untergang der 6. Armee« (Berlin, 352 Seiten, 39,80 Mark).

Wer ist Paul Carell? Im ehemals jüdischen Ullstein-Verlag, der von den Nazis arisiert, nach 1945 an seine jüdischen Eigentümer zurückgegeben und dann von Axel Springer wieder in rein arische Hände überführt worden ist, in diesem Ullstein-Verlag weiß man, wie Paul Carell in Wirklichkeit heißt und warum er ein alter Freund des Hauses Springer ist.

1944 erfuhr der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes von dem Plan, Budapester Juden nach Auschwitz zu deportieren. Einwände gegen diese Judenmordaktion hatte er nicht, wohl aber Ratschläge für ihr besseres Gelingen. Und so verfaßte er – »Geheim« – am 27. Mai 1944 eine »Notiz für Herrn Staatssekretär«: »Aus einer recht guten Übersicht über die laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn entnehme ich, daß im Juni eine Großaktion auf die Budapester Juden geplant ist. Die geplante Aktion wird in ihrem Ausmaß große Aufmerksamkeit erregen und Anlaß zu einer heftigen Reaktion bilden. Die Gegner werden schreien und von Menschenjagd usw. sprechen und unter Verwendung von Greuelberichten die eigene Stimmung und auch die Stimmung bei den Neutralen aufzuputschen versuchen. Ich möchte deshalb anregen, ob man diesen Dingen nicht vorbeugen sollte dadurch, daß man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Sprengstoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschiebungen großen Stils mit dem Ziel der Untergrabung des ungarischen Wirtschaftsgefüges. Der Schlußstein unter eine solche Aktion müßte ein besonders krasser Fall sein, an dem man dann die Großrazzia aufhängt.«

Dieser Pressesprecher, für den die »Judenfrage« keine Frage der Humanität war, sondern »einzig und allein eine Frage der politischen Hygiene«, hieß früher einmal Paul Karl Schmidt, war schon vor 1931 als Oberprimaner fanatischer Nationalsozialist, brachte es in der SS bis zum Obersturmbannführer und wurde 1938 die rechte Hand des neuen Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, der ihm den hohen Titel eines Gesandten I. Klasse verlieh. Als Chef der Nachrichten- und Presseabteilung des Auswärtigen Amtes baute Schmidt einen schlagkräftigen Gegenapparat zum Propagandaminsterium des Ribbentrop-Feindes Goebbels auf – der an nationalsozialistischer Grundsatztreue und antisemitischer Zuverlässigkeit in nichts den Rivalen aus dem Goebbelsministerium nachstand.

Dieser erfolgreiche Nazi-Propagandist Paul Karl Schmidt führt heute den Namen Paul Carell. Der rearisierte Ullstein-Verlag: »Anknüpfend an die vorangegangenen Studien, hat er eine fesselnde Darstellung geschrieben, die den neuesten Stand der Forschung reflektiert und auch bislang unbekannte deutsche und sowjetische Quellen auswertet.«

Vorangegangene Studien! Die nach 1945 veröffentlichten Studien des NS-Propagadisten erschienen zuerst in der Springer-Illustrierten »Kristall«. Bevor noch seriöse Historiker daran dachten, den deutschen Krieg gegen den Osten wissenschaftlich zu bearbeiten, hatte der Mann von der Propagandafront das Nachkriegsbild der Deutschen über ihren »Marsch nach Rußland« – wie er es nannte – bestimmt. Nach seiner »Kristall«-Serie »Unternehmen Barbarossa«, die Deutschlands Landser begeisterte, erschien im schon wieder gleichgeschalteten Ullstein-Verlag eine Buch-Ausgabe, die im Nu die Bestseller-Listen erklomm. Die Veröffentlichungen des zumindest ehemaligen Antisemiten Schmidt-Carell im ehemals jüdischen Ullstein-Verlag erreichten Millionenauflage. Seine Botschaft: Der deutsche Krieg gegen Rußland war ein anständiger, ein fairer Krieg, der deutsche Landser hat sich nichts vorzuwerfen, die SS auch nicht.

Von all dem abgesehen ist das jetzt von Ullstein angepriesene »Stalingrad«-Buch eine Mogelpackung. Und das ist gut so. Schmidt-Carells treue Leser haben es verdient, daß sie auch rein komerziell reingelegt werden. Sie kaufen jetzt für knapp 40 Mark unter dem Namen »Stalingrad« die letzten 170 Seiten eines 560-Seiten-Buches, das sie schon haben: das »Unternehmen Barbarossa«. Nur Kleinigkeiten sind verändert. Auf Seite 162 werden die Sowjets nicht mehr frisch-fromm-fröhlich »abgeknallt«, wie noch in den Auflagen von 1963 und 1979, sondern – das Werk eines verständigungsbereiten Lektors – nur noch »abgeschossen«.

Dazu muß man wissen: Cheflektor von Ullstein ist seit April Rainer Zitelmann, Anführer der jungen, zu allem entschlossenen Einsatzgruppe von Geschichtsrevisionisten (KONKRET /1991).

Doch an der Revisionsfront werden jetzt ganz andere Schlachten geschlagen. Paul Carell, der »große Chronist des Rußlandfeldzugs«, habe in seinem »neuen Buch«, für das er »bislang unbekannte deutsche und russische Quellen auswerten« konnte, »die neuesten Ergebnisse der historischen Forschung berücksichtigt«, verkündet Ullstein. Die neuen Quellen, die neuen Forschungen – es sind ein paar Zeitungsartikel aus dem rechtsradikalen Bücher- und Blätterwald, die Schmidt-Carell zu einem verheißungsvollen Nachwort zusammengefaßt hat, das in dem Schlußsatz kulminiert: »Der deutsche Angriff am 21. Juni 1941 war objektiv ein Präventivschlag.«

Hitler hat keinen »›Eroberungskrieg‹« geführt, Carell setzt das Wort in Anführungszeichen, erst recht keinen Vernichtungskrieg. Hitler hat Deutschland verteidigt, als er im Juni 1941 die deutsche Wehrmacht endlich in die Sowjetunion einmarschieren ließ, vorwärts nach Stalingrad. Auch dort winkt wieder Hoffnung. Die Ullstein-Werbung: »Und es wird deutlich, daß mit der Niederlage von Stalingrad der Krieg keineswegs bereits entschieden war...«

Punkt. Punkt. Punkt. Die drei Punkte des rearisierten Verlages sind verräterisch und sollen es wohl auch sein.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 12/92 über die Frage »Wie Weimar ist Bonn?«

Konkret 01/93, S. 56

Ahlrich Meyer

»Eine vollkommene Lösung«

»Marseille ist ein Schlupfwinkel des internationalen Verbrechertums. Diese Stadt ist das Krebsgeschwür Europas, und Europa kann nicht leben, solange Marseille nicht bereinigt wird.« – Im Rahmen ihrer »Neuordnung« Europas machten die deutschen Besatzer, unterstützt von französischer Polizei, vor 50 Jahren das alte Hafenviertel Marseilles dem Erdboden gleich

Am 23. und 25. März 1943 wurden auf dem Bahnhof Le Bourget/Drancy bei Paris zwei Eisenbahntransporte mit je 1.000 Juden zusammengestellt, die in das Vernichtungslager Sobibor deportiert werden sollten. In den beiden Transporten befanden sich 786 Juden, Frauen und Männer, die in Marseille verhaftet worden waren. Zum gleichen Zeitpunkt, am 25. März 1943, veröffentlichte die »Pariser Zeitung«, ein von den deutschen Besatzern in Frankreich herausgegebenes zweisprachiges Kollaborationsblatt, eine Photoreportage des für die Propagandakompanie der Wehrmacht arbeitenden Kriegsberichters Weicht unter der Überschrift »Marseilles altes Hafenviertel verschwindet«: »Das vor einigen Wochen auf Anordnung der französischen Regierung freigemachte alte Hafenviertel in Marseille wird jetzt durch planmäßige Sprengungen beseitigt. – Bild 1: Eben ist eine Sprengladung hochgegangen, die gründliche Arbeit leistet. – Bild 2: Nur die Kirche ist stehen geblieben, die Häuser ringsum dagegen wurden abgerissen. – Bild 3: Blick auf einen Häuserblock, der entfernt wird. – Bild 4: Letzte Zeugen einer verschwundenen Elendsstätte.« Nur eine Woche später stellte die erste Aprilnummer der Illustrierten »Signal«, der französischen Ausgabe der »Berliner Illustrierten Zeitung«, in einem Marseille-Bericht von Walter Kiaulehn den architektonischen Modellentwurf für einen Wiederaufbau des Viertels mit folgender Unterzeile vor: »Bild der Zukunft: Seit Jahren sah die Stadtverwaltung von Marseille den Abriß des alten Hafenviertels vor, um Platz für neue Häuser und Gärten zu schaffen. ›Signal‹ hat nach Plänen französischer Architekten diese Ansicht aus der Vogelperspektive rekonstruiert.«

Die Ereignisse, von denen hier berichtet wird, stellen ein besonderes Kapitel der Verbrechen deutscher »Neuordnung« während des Zweiten Weltkriegs dar. Damals von den Photographen und Journalisten der sog. Propagandakompanie erbarmungslos bis ins Detail dokumentiert, sind sie weitgehend in Vergessenheit geraten. Kaum einem der unzähligen deutschen Mittelmeertouristen, die nach Marseille kommen, dürften die auffälligen städtebaulichen Kontraste des Areals um den Alten Hafen je Kopfzerbrechen gemacht haben. Die neubebauten Teile der nördlichen Uferseite bieten den Aspekt eines bis in die 50er Jahre verbreiteten römisch-faschistischen Architekturstils, über den man angesichts anderer urbaner Häßlichkeiten jüngeren Datums leicht hinwegsieht.

Vom 22. bis 24. Januar 1943 führten französische Polizeikräfte im deutsch besetzten Marseille unter dem Vorwand der Bekämpfung der Widerstandsbewegung eine Massenrazzia durch, bei der 40.000 Personen überprüft und etwa 6.000 vorübergehend festgenommen wurden; fast 2.000 von ihnen, zum großen Teil Juden und Flüchtlinge, wurden den Deutschen übergeben und in die Vernichtungslager Osteuropas deportiert. Gleichzeitig riegelten schwerbewaffnete SS-Truppen das Hafenviertel ab, dessen gesamte Bevölkerung von 25.000 Einwohnern mit Hilfe der französischen Behörden evakuiert wurde; dabei stellten die Deutschen ein weiteres Kontingent von 1.500 Menschen für die Lager Mauthausen, Buchenwald und Sachsenhausen zusammen. Im Februar 1943 sprengten Spezialeinheiten der Wehrmacht schließlich den ganzen geräumten Stadtteil. Der Befehl hierzu kam direkt aus Berlin, Hitler und der Reichsführer-SS Himmler hatten eine »Bereinigung« in Marseille gefordert. Das Ergebnis entsprach jener spezifischen Strategie von Aufstandsbekämpfung und Stadtsanierung, die während der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Vernichtung der jeweiligen Bevölkerungen hin radikalisiert und zugleich mit Maßnahmen zur »Endlösung der Judenfrage« verknüpft wurde. In der Zerstörung des Marseiller Hafenviertels kündigte sich eine mörderische Gründlichkeit an, die die SS- und Polizeiverbände des Brigadeführers Jürgen Stroop wenige Wochen später in Polen, bei der Niederschlagung des Warschauer Ghettoaufstands im Mai 1943, mit der Erfolgsmeldung: »Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr« unter Beweis stellten.

Das Marseille der 20er, 30er und frühen 40er Jahre ist in der deutschsprachigen Literatur verewigt, in der avantgardistischen Photographie jener Zeit festgehalten worden. Siegfried Kracauer beschrieb die Stadt als blendendes Amphitheater, aufgebaut um das Rechteck des Alten Hafens; für Walter Benjamin wurde der Platz vorm Hafen zur Palette, auf der die Haschisch-Phantasie die Ortsgegebenheiten mischte (»Haschisch in Marseille«). Die Photographien von Herbert Bayer, Laszlo Moholy-Nagy, Man Ray und anderen näherten sich dem mediterranen Licht der Stadt aus der verfremdenden Perspektive des Pont Transbordeur, einer die Uferseiten des Hafens verbindenden gigantischen Stahlbrückenkonstruktion, die von den Deutschen ebenfalls teilweise gesprengt und nach dem Krieg abgerissen wurde. Marseille ist der Schauplatz des Romans »Transit« von Anna Seghers, des jetzt von René Allio für das französische Fernsehen kongenial verfilmten Klassikers der deutschen Exilliteratur, der ungezählte Emigrantenschicksale in der noch unbesetzten Südzone Frankreichs beschreibt, die Flucht aus den französischen Internierungslagern, das Warten auf rettende Ausreisepapiere und Schiffe nach Übersee, die Verstecke im Hafenviertel und die Begegnungen der Menschen auf Abruf ... – Schicksale, die sich in den Erinnerungen von Lion Feuchtwanger, Alfred Kantorowicz, Lisa Fittko nachlesen lassen. In Marseille waren die Fluchthilfeorganisationen tätig, für die der Name des Amerikaners Varian Fry steht. Marseille war

eines der Zentren der französischen Widerstandsbewegung, zugleich aber auch die Hochburg des faschistischen P.P.F. (Parti Franais Populaire) unter Doriot und dessen lokalem Statthalter Sabiani, der zeitweilig stellvertretender Bürgermeister gewesen war und den Kreis von Gestapo, Kollaborateuren und Mafiamilieu schloß. Die Aufmärsche und Wahlerfolge eines Le Pen haben in dieser Stadt eine längere Tradition.

Nach der Blitzkriegsphase und mit dem Waffenstillstand vom Sommer 1940 hatten die Deutschen Frankreich zunächst in eine besetzte und eine unbesetzte Zone geteilt, unter strategisch-militärischen und wirtschaftlichen, mehr aber noch politischen Gesichtspunkten, welche sich in der Installierung des kollaborationsbereiten Pétain-Regimes in Vichy im »freien« Teil Frankreichs ausdrückten. Im November 1942, nach der Landung der Allierten in Französisch-Nordafrika, überschritten deutsche Panzertruppen die Demarkationslinie und drangen in wenigen Tagen bis ans Mittelmeer vor. Ganz Frankreich stand – bis auf ein Restgebiet um Nizza, das italienischer Verwaltung überlassen worden und damit eine Zeitlang eine der letzten Fluchtburgen für die Juden war – nunmehr unter dem Stiefel der deutschen Militärs und der SS, die in Marseille ihr Hauptquartier in der Rue Paradis einrichtete.

Schon vor der deutschen Besetzung war die Südzone Frankreichs vor allem für die jüdische Bevölkerung ohne französische Staatsangehörigkeit und die aus allen Teilen Europas vor den Nazis hierher geflohenen Menschen keineswegs ein sicherer Ort gewesen, da die willfährige Vichy-Regierung schon im Herbst 1940 Internierungslager für sie eingerichtet (allein in Marseille gab es acht solcher Lager, Außenstellen des Lagers Les Milles bei Aix-en-Provence) und im Laufe des Jahres 1942 Zehntausende von Juden an die Deutschen ausgeliefert hatte. Aber zugleich bot die unbesetzte Zone mit ihren Zentren Lyon, Toulouse und Marseille den verschiedenen französischen Widerstandsbewegungen, vor allem den später unter der Führung de Gaulles zusammengefaßten bürgerlich-nationalistischen Strömungen, immerhin die Möglichkeit, illegale organisatorische und logistische Strukturen aufzubauen, die die Voraussetzung für den Tag X der Befreiung Frankreichs im Rahmen einer alliierten Offensive schaffen sollten. Der aktive, bewaffnete Widerstandskampf gegen die Besatzer war dagegen weitgehend auf den Norden und die besetzte Hauptstadt Paris beschränkt geblieben, wo kleine, kommunistisch orientierte Gruppen – Mitglieder der Jugendorganisationen der KP, ehemalige Spanienkämpfer, Jugendliche der »zweiten Generation« der osteuropäisch-jüdischen Arbeitsimmigranten – seit dem Sommer 1941 mit Angriffen auf Angehörige und Einrichtungen der deutschen Wehrmacht begonnen hatten.

Als nun die deutschen Panzer Ende November 1942 in Marseille über die Canebière rollten und motorisierte Kolonnen der Wehrmacht an der Mittelmeerküste auftauchten, verschlechterte sich nicht nur die Situation der jüdischen Bevölkerung und der Flüchtlinge noch einmal dramatisch. Nun waren auch hunderttausende französische Arbeiter dem direkten Zugriff Sauckels, des »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« in Deutschland, ausgesetzt. Damit änderten sich auch schlagartig die Bedingungen und Formen des französischen Widerstands im Süden. Am 2. Dezember 1942 explodierten in Marseille zwei Bomben vor Hotels, die die Deutschen requiriert hatten; ein Deutscher wurde getötet. Am 3. Januar 1943 folgte ein Bombenanschlag auf das von Wehrmachtsoffizieren bewohnte Hotel Splendid, bei dem es zwei Tote gab. Der deutsche Kommandant von Marseille, Generalmajor Mylo, ließ den Belagerungszustand verhängen. Am 22. Januar wurde eine mit deutschen Soldaten voll besetzte Straßenbahn angegriffen.

Bis zu diesem Tag hatten sich die Ereignisse bereits dramatisch entwickelt. Denn mit Datum vom 18. Januar 1943 war beim Höheren SS- und Polizeiführer in Frankreich, SS-Brigadeführer Oberg, der seit dem Frühjahr 1942 faktisch an der Spitze der deutschen Besatzungsbehörden in Frankreich stand, ein Schreiben Himmlers eingegangen, mit dem dieser terroristische Repressalien von deutscher Seite in einem Ausmaß anordnete, das über die Bekämpfung der französischen Widerstandsbewegung in Marseille weit hinausging. (In dem vor einem französischen Kriegsgericht 1954 gegen ihn geführten Prozeß hat Oberg ausgesagt, daß Himmler seinerseits Hitler von der Notwendigkeit überzeugt habe, den Befehl zur Zerstörung des Marseiller Hafenviertels zu geben.) Wörtlich heißt es in Himmlers Schreiben: »Ich wünsche für die Bereinigung der Verhältnisse in Marseille eine radikale und vollkommene Lösung. Wir haben heute nicht mehr die Menschen, für längere Dauer an solchen Brennpunkten eine große Anzahl von Angehörigen der Ordnungs- und Sicherheitspolizei zu versammeln. Sie wollen mir raschestens Ihren Plan für die Bereinigung von Marseille vorlegen. Bei diesem Plan wollen Sie berücksichtigen, daß ich folgende Dinge verlange: 1.) Verhaftung der großen Verbrechermassen von Marseille und deren Abfuhr in KL. (Konzentrationslager, A.M.), am besten nach Deutschland. Ich stelle mir hier eine Zahl von rund 100.000 vor. 2.) Radikale Sprengung des Verbrecherviertels. Ich wünsche nicht, daß deutsche Menschenleben im Kampf in den unterirdischen Gängen und Höhlen aufs Spiel gesetzt werden. Diese Unterstadt von Marseille ist durch Fachleute zu sprengen, und zwar in der Form, daß allein schon durch den Explosionsdruck die darin Wohnenden zugrunde gehen. 3.) Die französische Polizei und ›Garde mobile‹ hat sich in größtem Umfang daran zu beteiligen. Der Saustall in Marseille ist ein Saustall Frankreichs. Lediglich die Tatsache, daß wir aus militärischen Gründen dort Ruhe haben müssen, veranlaßt mich, diesen Saustall auszuräumen. Die französische Polizei und Frankreich mögen sich darüber klar sein, daß sie uns dafür zu tiefstem Dank verpflichtet sind.«

SS-Oberg befand sich bereits in Marseille, um mit den Spitzen der französischen Verwaltung, dem Vichy-Polizeichef Bousquet (gegen den 1989 wegen seiner Mitverantwortung für die Deportation von Juden aus Frankreich Strafantrag gestellt wurde) und dem zuständigen Regionalpräfekten Lemoine, Repressionsmaßnahmen abzustimmen. Am 14. Januar

erklärte Oberg ihnen: »Marseille ist ein Schlupfwinkel des internationalen Verbrechertums. Diese Stadt ist das Krebsgeschwür Europas, und Europa kann nicht leben, solange Marseille nicht bereinigt wird. Die Attentate vom 3. Januar, bei denen Soldaten des großdeutschen Reichs den Tod gefunden haben, sind der Beweis dafür. Deshalb beabsichtigen die deutschen Behörden, die alten Stadtviertel von allen unerwünschten Elementen zu säubern und sie durch Minen und Feuer zu zerstören.«

Der Beschluß zur Demolierung wurde am 16. Januar gefaßt, also noch vor Eingang des Befehls aus Berlin. Die französischen Stellen handelten einige Einschränkungen der aberwitzigen deutschen Pläne aus, im Gegenzug dazu erklärten sie ihre Bereitschaft zur umfassenden Kollaboration, insbesondere zur Mobilisierung von 12.000 französischen Polizisten, die aus dem ganzen Land zusammengezogen wurden. Die größte während der Besatzungszeit in Frankreich durchgeführte Razzia wurde mit einer Dienstanweisung des Präfekten Lemoine vom 18. Januar 1943 an die Polizei vorbereitet. Sie zielte, wie aus diesem Zirkular hervorgeht, in erster Linie gegen die von Himmler genannten »großen Verbrechermassen«, aber ebenso gegen die jüdische Bevölkerung und gegen Flüchtlinge; aufgegriffen werden sollten: »Vorbestrafte, Zuhälter, Clochards, Landstreicher, Gesindel, alle Personen ohne Lebensmittelkarte, alle Juden, Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung, ausgewiesene Personen, alle seit mehr als einem Monat keiner legalen Arbeit nachgehenden Personen«.

In dem ihnen bei solchen Gelegenheiten stets eigenen Humor nannten die Deutschen die Operation »Sultan«. Sie verlief in zwei Phasen. Am Freitag, dem 22. Januar 1943 begann im abgeriegelten Zentrum von Marseille, schwerpunktmäßig in dem von jüdischen Familien bewohnten Geschäftsviertel und in den tausenden von Bars und Cafés des Hafens, ein massiver Einsatz der französischen Polizei, Gendarmerie und Mobilgarde, der bis zum 24. Januar andauerte und in dessen Verlauf 40.000 Personen kontrolliert, 5.956 Personen verhaftet, davon 3.977 bald wieder freigelassen und schließlich 1.949 Personen, unter ihnen etwa 800 Jüdinnen und Juden, an die Deutschen ausgeliefert wurden. Am 24. Januar wurden 1.642 der Festgenommenen auf dem Marseiller Bahnhof Arenc gemeinsam von der SS und der französischen Mobilgarde in Viehwaggons getrieben, zunächst in das unter deutscher Aufsicht stehende Lager Compiègne nördlich von Paris gebracht und von dort in die Deportationskonvois nach dem Osten einbezogen. So konnte der Leiter des Judenreferats der Gestapo in Paris, Röthke, in einem Vermerk vom 23. März 1943 festhalten, daß »780 Juden ... bei der Reinigung des Hafenviertels Marseille ergriffen und nach einer Personalkontrolle zunächst nach Compiègne und von dort aus nach Drancy überstellt worden waren. Von diesen 780 Juden waren nicht weniger als 570 französische Staatsangehörige. Es handelt sich bei diesen Juden um ausgesprochenes Verbrechergesindel, wie mir die französische Polizei selbst mehrfach ungefragt mitgeteilt hat.« Diese Marseiller Juden, Männer und Frauen, einige in jugendlichem Alter, waren zum Zeitpunkt des Aktenvermerks von Röthke bereits den Transporten Nr. 52 und 53 zugeteilt worden, die am 23. und 25. März 1943 von Le Bourget/Drancy in das Vernichtungslager Sobibor abfuhren; niemand aus diesen Transporten hat überlebt.

Die zweite Phase der Operation wurde mit der verstärkten militärischen Absperrung des Gebiets um den Alten Hafen durch das SS-Regiment Griese in den Abendstunden des 23. Januar 1943 eingeleitet. Stacheldraht, Panzerwagen und Maschinengewehre machten jede Flucht unmöglich. Am gleichen Abend fand im Hotel de Ville die abschließende Lagebesprechung zwischen Oberg und dem SS-Standartenführer Griese einerseits und den französischen Verantwortlichen, Bousquet und Lemoine, andererseits statt. Am Sonntag, dem 24. Januar, in den frühen Morgenstunden, während die SS den ersten Zug nach Compiègne zusammenstellte, wurde den 25.000 Bewohnern des Hafenviertels (die genaue Einwohnerzahl entzog sich der Kenntnis der Stadtverwaltung) über Lautsprecherwagen die Evakuierung bekanntgegeben, die um 9 Uhr begann und bis 17 Uhr beendet war. Die französischen Behörden verhängten den Belagerungszustand über das geräumte Viertel und transportierten in eigener Regie fast 20.000 Menschen, die nur ein paar Habseligkeiten mitnehmen konnten, vorübergehend in ein Lager bei Frèjus, wo die Personenüberprüfungen begannen. Der französische Lagerkommandant, der »den Abschaum von Marseille erwartet« hatte, sah sich mit Alten, Frauen und Kindern konfrontiert. Man ließ den größten Teil der Vertriebenen ab Ende Januar wieder in die Stadt zu Verwandten oder Freunden zurückkehren, aber da den Deutschen das bisherige Ergebnis der Massenrazzia unzureichend erschien, selektierten sie in Frèjus weitere 1.500 Personen, Juden, Flüchtlinge, Ausländer ebenso wie Bewohner des Hafenviertels, denen keine dieser ›Eigenschaften‹ vorgeworfen werden konnte, die ebenfalls nach Compiègne überstellt und am 28. April 1943 in die deutschen Lager Mauthausen, Buchenwald und Sachsenhausen/Oranienburg verschleppt wurden. Von den 600 im Konzentrationslager Sachsenhausen Internierten starben über 500. Andere Quellen geben an, daß bereits im März und noch im Juni und Juli 1943 tausende Franzosen aus Marseille in Mauthausen bzw. Sachsenhausen eintrafen.

Nach Beendigung der Operation, die – wie es hieß – »ohne Zwischenfälle« verlief und bei der deutsche und französische Kräfte mit verteilten Rollen vorgegangen waren, ließ die Präfektur in Marseille mehrere Kommuniquès veröffentlichen. Darin wurde von »Säuberungsmaßnahmen« gesprochen und erklärt, die deutschen Militärbehörden hätten die Evakuierung des nördlichen Hafenviertels »aus militärischen Gründen und um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten« angeordnet; ihrerseits habe die französische Verwaltung »aus Gründen der inneren Sicherheit« eine umfangreiche Polizeiaktion beschlossen, »um die Stadt Marseille von gewissen Elementen zu befreien, deren Tätigkeit ein gravierendes Risiko für die Gesamtheit der Bevölkerung darstellte«. Der Regionalpräfekt Lemoine persönlich verteidigte in der Presse

ebenfalls die Notwendigkeit »radikaler Maßnahmen« und bedankte sich bei den Ordnungskräften für ihr humanes Verhalten, bei der Marseiller Bevölkerung für ihr Verständnis: »Natürlich war die Bevölkerung zunächst überrascht, aber bei näherem Nachdenken wurden die Vorgänge doch zustimmend aufgenommen, denn der Marseiller leidet darunter – und zwar seit langem – , mit einer Unterwelt identifiziert zu werden, die er selbst zutiefst mißbilligt.« Die Pariser Kollaborationspresse erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen durch entsprechenden Schmierenjournalismus: »Der Prozentsatz unerwünschter Personen, die in dem einem Krebsgeschwür gleichenden Stadtviertel aufgegriffen wurden, ist unwahrscheinlich hoch. Es wimmelte von Vorbestraften, Zuhältern, Deserteuren, Ausländern ohne Skrupel und Papiere, die sich der Polizei entzogen. Wie hätte man sie finden sollen in einem Labyrinth von dunklen Gassen? Heute ist das Viertel mit den so pittoresken Straßennamen eine tote Stadt. Die bunte Wäsche ist von den Fenstern verschwunden; die Volksmenge wogt nicht länger hin und her; die Kneipen von zweifelhaftem Ruf sind geschlossen. Nur die streunenden Hunde genießen jetzt noch das Stadtrecht. Bald werden Barrieren aus Stacheldraht und spanischen Reitern den Zugang zu diesen jahrhundertealten, ekelerregenden Schiffsbäuchen verwehren. Ein Teil des alten Marseille verschwindet. Wer wird das bedauern?« (»France-Soir« vom 2. Februar 1943 unter der Überschrift »Aus dem Schattenreich«).

Währenddessen war die von seiten der französischen Behörden organisierte Ausplünderung des verlassenen Hafenviertels, die Sicherstellung von Nahrungsmitteln, Wertgegenständen, Möbeln, Strom- und Gaszählern, Metallen usw., bereits in vollem Gange; den Rest konnten – trotz angedrohter Todesstrafe für Plünderer – diejenigen ausschlachten, bei denen der Präfekt sich bedankt hatte, jedenfalls fanden sich die zurückkehrenden Bewohner ihrer Habe vollständig beraubt. Am Montag, dem 1. Februar 1943, begannen Spezialeinheiten der Wehrmacht mit der Sprengung eines 140.000 Quadratmeter großen Wohnbezirks zwischen dem damaligen Quai Maréchal-Pétain (Quai du Port), der Esplanade de la Tourette, der Rue Caisserie und der Rue du Chevalier-Roze. Bis zum 17. Februar konnten die Marseiller, begleitet vom unaufhörlichen Läuten der Totenglocke der Kirche St.-Laurent, die zu verlassen ihr Pfarrer sich geweigert hatte, die Detonationen der Sprengladungen hören, mit denen deutsche Feuerwerker methodisch 1.924 Häuser in Schutt und Asche legten – das älteste Viertel der zweieinhalbtausendjährigen Stadt, seit Jahrhunderten das Quartier der Fischer und Fischhändlerinnen, der Hafenarbeiter und Handwerker, der Im-migranten aus Italien, Nordafrika oderIndochina, und vor allem, weil das Zweite Kaiserreich die Prostitution aus den neuerbauten bürgerlichen Stadtbezirken verbannt hatte, auch das Quartier der Huren und Seeleute.

Der Schöngeist und später gewendete Berlin-Demokrat Kiaulehn hat der Zerstörung des Marseiller Hafenviertels, wie bereits erwähnt, im Dienst der Propagandakompanie eine lange Illustrierten-Reportage gewidmet. Ihr Tenor war: Die Stadt, deren schlechter Ruf als Hochburg des Verbrechens stets auch das Produkt von Kriminalromanen und literarischen Übertreibungen war, sei von einer anderen Art von Realität eingeholt worden: »Die Wahrheit ist ganz einfach: es wurde nicht geschossen, und alles fiel in sich zusammen wie eine Theaterkulisse, weil diesmal der Staubsauger größer war als der Haufen Dreck. Überall, von allen Seiten, konnten die Eingeschlossenen Stahlhelme und automatische Waffen bemerken. Hinter den Reihen der französischen Polizei sahen sie die deutschen Soldaten. Widerstand zu leisten wäre verrückt gewesen. Deshalb verlief die Aktion in Ruhe. Das hat nichts mehr mit Literatur zu tun, es handelt sich um eine Hygienemaßnahme. Wenn künftig die Geschichte von Marseille geschrieben werden wird, dann wird man als bemerkenswerte Tatsache hervorheben, daß die Planer bei der Evakuierung dieses alten, vom 20. Jahrhundert entehrten Patrizierviertels französische und deutsche Polizisten eingesetzt haben, als wären sie eine Gruppe von Ingenieuren oder Ärzten. Das Romanhafte an ihrer Arbeit war die Ruhe und Präzision.«

Die in den deutschen Dokumenten und den offiziellen französischen Verlautbarungen angeführten Gründe für die Demolierung eines ganzen Stadtteils sind in Marseille immer wieder angezweifelt worden. Weder läßt sich ein militärisch-strategisches Interesse der Wehrmacht an dem Areal erkennen, noch scheinen die genannten Ziele der Verbrechens- und Aufstandsbekämpfung besonders plausibel, zumal bei der gesamten Operation nur 30 Festnahmen mit polizeilichen Motiven im engeren Sinn begründet werden konnten und nirgendwo, auch nicht im Hafenviertel, Widerstandsstrukturen aufgedeckt wurden. Selbst gemessen an der seit 1941 in Frankreich von den deutschen Militärbehörden und der SS geübten terroristischen Praxis der »Sühnemaßnahmen«, d.h. der Massenerschießungen von Geiseln zur Bekämpfung der französischen Rèsistance, bleibt die von Himmler für Marseille angeordnete »radikale Lösung« singulär. Zur Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Marseille hätte es ebenfalls, nach allen Erfahrungen der reibungslosen Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich und nachdem das Vichy-Regime selbst im August 1942 Massenverhaftungen von Juden in der noch unbesetzten Zone vorgenommen hatte, keiner weitergehenden Maßnahmen als einer Razzia bedurft, durchgeführt von französischen Polizeikräften unter SS-Aufsicht.

Es sind vor allem die Funde des Photographiehistorikers Gèrard Guicheteau und die Nachforschungen von Anne Sportiello, Konservatorin am Musèe du vieux Marseille, die noch in eine ganz andere Richtung führen (und deren Arbeiten ich viele Informationen für diesen Beitrag verdanke). Beide sind der auf mehrere Indizien gestützten Ansicht, daß die Besetzung der Stadt durch die Deutschen ausgenutzt wurde, um längst vorliegende Sanierungspläne der Marseiller Stadtverwaltung für das Hafengebiet durchsetzen zu können, als sei dieses eine Tabula rasa; und daß darüber hinaus im Klima der erfolgreichen Kollaboration zwischen dem Marseiller »Milieu« und den Nazis Geschäftsbeziehungen entstanden, die die Zerstörung des

Alten Hafens zu einer »gigantischen Grundstücks- und Immobilienspekulation« (Sportiello) werden ließen. Jedenfalls war bereits 1942 in verschiedenen offiziellen Broschüren von einer Modernisierung des heruntergekommenen und in Verruf geratenen »Patrizierviertels, das der Kanaille, dem Elend und der Schande ausgeliefert ist«, die Rede gewesen. Ein von der Marseiller und Pariser Presse am 7./8. Februar 1943 verbreitetes Kommuniqué unterstrich ganz offen die »Koinzidenz zwischen den strategischen Erfordernissen der Deutschen und den seitens der französischen Behörden seit langem erkannten Notwendigkeiten auf lokaler Ebene«. Auch Walter Kiaulehn übernahm in seinem Bericht für die Illustrierte »Signal« dieses Eingeständnis eines perfekten Zusammenspiels: »Wir haben es also mit einem der seltenen Fälle zu tun, in denen eine kriegsbedingte Maßnahme mit Projekten übereinstimmt, die die Stadtverwaltung und die Regierung seit langem beschlossen hatten und die bereits in Angriff genommen worden sind.«

Seit 1940 strebte die Stadtplanung in Marseille das Ergebnis an, das die SS und die deutsche Wehrmacht mit Dynamit herbeiführten. Der renommierte französische Architekt Beaudouin hatte im Februar 1942 in offiziellem Auftrag mit den Planungsarbeiten begonnen. Am 8. Januar 1943 war die Ausgabe von langfristigen Kommunalanleihen der Stadt Marseille zur Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Problemquartieren angekündigt worden. Und am 25. Januar 1943 wurde eine deutsch-französische Kapitalgesellschaft mit dem Ziel gegründet, die Abwicklung von Immobiliengeschäften in städtischem Auftrag zu übernehmen. Das war genau einen Tag, nachdem 25.000 Bewohner aus dem alten Hafenviertel vertrieben worden waren.

Ahlrich Meyer unterrichtet Politikwisssenschaft an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg

Konkret 01/93, S. 60

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten VI

Das römische Papsttum – durch Kriege und Betrug groß geworden, durch Kriege und Betrug groß geblieben – hatte durch Pius X. den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gefördert sowie durch Pius XI. entscheidend die Heraufkunft des Faschismus in Italien und Deutschland. So gut wie jedes große innenpolitische und erst recht jedes außenpolitische Verbrechen Hitlers und Mussolinis wurde dabei vom Vatikan mitgetragen und intensiv unterstützt.

Zum Beispiel der faschistische Raubüberfall auf Abessinien, den man als »Evangelisationsfeldzug« ausgab.

Nach einem Streit im Jahr 1931, der rein theologische Fragen betraf, blieb die Kollaboration zwischen Episkopat und italienischem Faschismus ungetrübt. Ja, mit den weltpolitischen Erfolgen des »Duce« wuchs die Begeisterung der Monsignori fortgesetzt. Schon 1932 nannte Kardinal Gasparri die faschistische Regierung Italiens »die einzige Ausnahme in der politischen Anarchie der Regierungen, Parlamente und Schulen der ganzen Welt« und rühmte dem Faschistenchef nach, sein Kabinett »in Übereinstimmung mit den moralischen Gesetzen Gottes« – das heißt: des Papsttums – zu bringen. Ergo arbeiteten die Diener Gottes auch im Dienst des »Duce«; einige sogar in dessen Geheimpolizei, wie der von ihm monatlich finanzierte Erzbischof Margotti. Im Gegenzug erklärte Mussolini: »Ich wünsche überall im Land die Religion zu sehen. Man soll die Kinder den Katechismus lehren..., wie jung sie auch sein mögen.« Die Schüler sprachen das von der Kirche verfaßte Gebet: »Duce, ich danke dir, daß du es mir ermöglicht hast, gesund und kräftig aufzuwachsen. O lieber Gott, behüte den Duce, damit er dem faschistischen Italien lang erhalten bleibt«. Die Bücher der italienischen Elementarschulen bestanden überhaupt zu einem Drittel aus Katechismusstücken und Gebeten und zu zwei Dritteln aus Verherrlichungen des Faschismus und des Krieges, den man dann auch bald in Abessinien begann.

Mussolini hatte den Überfall in Nordafrika seit 1933 heimlich vorbereitet, angeblich, weil in Italien der Raum für die Landwirtschaft knapp war. Doch gab es in Italien noch sehr viel unbebautes Land, das freilich den Großagrariern und dem noch heute größten Grundbesitzer der christlichen Welt, der Kirche, gehörte. Mit beiden durften die Faschisten es nicht verderben, also führten sie Krieg. »Wir pfeifen«, schrie Mussolini am 6. Juli 1935 in Eboli seinen Soldaten zu, »auf alle Neger der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft und deren eventuelle Verteidiger«, und versprach allen zusammen »Kartätschenladungen feurigen Bleis«.

Während 52 Völkerbundstaaten den am 3. Oktober 1935 ohne jede Kriegserklärung mit großer militärischer Überlegenheit begonnenen Überfall auf das wehrlose abessinische Volk als eine widerrechtliche Aggression verdammten, unterstützten nach einer Untersuchung der Universität von Harvard wenigstens 7 italienische Kardinäle, 29 Erzbischöfe und 61 Bischöfe den faschistischen Raubzug sofort, und zwar ungeachtet des 1929 abgeschlossenen Konkordats, das den Bischöfen jede politische Betätigung strikt untersagte.

Ein Appell und Hirtenbrief folgte dem andern. Der Kardinalerzbischof von Genua ließ seine Geistlichen die Bevölkerung zur Metallspende antreiben. Der Fürsterzbischof von Florenz erklärte es für die Pflicht eines jeden guten Bürgers und Christen, der Regierung beizustehen. Die Erzbischöfe von Messina und Brindisi protestierten gegen die Sanktionen Englands und forderten ihre Diözesanen auf, den Opfermut der alten Römer nachzuahmen. Der Erzbischof von Parma ermahnte die Katholiken, an der Spitze der eifrigsten und treuesten Bürger zu marschieren und zögerte nicht zu sagen: »Das Vaterland befindet sich im Belagerungszustand«. Der Erzbischof von Mailand, Kardinal Schuster, der die ausrückenden Räuber vor seiner Kathedrale segnete, verglich Mussolini mit Caesar, Augustus, Konstantin und belehrte die Jugend, durch das Werk des Duce habe »Gott vom Himmel geantwortet«.

Die Prälaten unterstützten von den Kanzeln herab die Parteiredner. Sie riefen zu Spenden auf für den Sieg und opferten sogar ihre goldenen Bischofskreuze, Halsketten, Ringe, Uhren. (Und in Abessinien raubte man dann das Gold des Negus, kaiserliche Throne, Kronen, Kutschen, Säbel, Tafelgeschirre, vieles aus schwerem Gold und übersät mit Edelsteinen). Noch von Klöstern und Wallfahrtsorten verlangte der hohe Klerus die Herausgabe der kostbarsten Votivgeschenke, er verbot Diskussionen über die Berechtigung des Krieges, kurz, so sogar ein katholischer Publizist: »Die gesamte Welt verdammte Mussolini, ausgenommen der Papst«.

Der Papst nämlich verkündete am 27. August, als die Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren liefen, ein Verteidigungskrieg (!) zum Zwecke der Expansion (!) einer wachsenden Bevölkerung könne gerecht und richtig sein. Schon wenige Tage darauf ließ er im vatikanischen »Osservatore Romano« ein von 19 Erzbischöfen und 57 Bischöfen unterzeichnetes Telegramm an Mussolini veröffentlichen, worin es hieß: »Das katholische Italien betet für die wachsende Größe seines geliebten Vaterlandes, das durch Ihre Regierung einiger denn je ist«. Und zwei Tage später, am 7. September, suchte noch einmal Pius XI. selbst die sehr wenig kriegswilligen Italiener und die Weltöffentlichkeit durch die Erklärung zu

beeinflussen, obwohl er für den Frieden bete, wünsche er doch, daß »die Hoffnungen und Rechte... des italienischen Volkes befriedigt und in Gerechtigkeit und Frieden anerkannt... werden«.

Und während des Raubzuges ließ er seine Bischöfe die faschistischen Greuel als Sache »der Wahrheit und Gerechtigkeit«, als »heilige Sache«, »heiligen Krieg« propagieren und feiern, als »Kreuzzug«, »Evangelisationsfeldzug« , als »Werk der christlichen Zivilisation zum Wohle der äthiopischen Barbaren«! Und während die italienischen Oberhirten Waffen und Bombenflugzeuge segneten, während sie den Abessiniern zu beten befahlen und behaupteten, an ihnen eine große zivilisatorische Mission zu erfüllen, schickte man Marienbilder, Kanonen und Giftgas nach Afrika, und von Afrika sandten die faschistischen Soldaten Postkarten, worauf über dem Turm eines von vorrückender Infanterie flankierten, geschützrauchumwölkten Panzerwagens eine sternenbekränzte Madonna mit dem Kinde thronte. Unterschrift: »Ave Maria«. Und die Halbnackten dort, ohne Gasmasken, Schutzräume, lagen schließlich da, wo das aus der Luft verspritzte, hautverbrennende, lungenzerreißende Gas sie erreicht hatte, und wurden alle, tot oder halbtot, auf dem hygienischsten Weg durch Flammenwerfer beseitigt.

Zu den wichtigsten Kriegslieferanten gehörte damals eine vatikanische Munitionsfabrik.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 13. Dezember im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Die Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus vierwöchentlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 14. Februar, 24 Uhr.

Konkret 01/93, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

48 Stunden vor Mölln gönnt dieses seiner Unverwesbarkeit wegen lächelnde Aas mit dem Silber im Haar und den Meißner Porzellan-Hauern zum Delikatessen-zermalmen sich und seinen Leseratten an Bord des Luxusliners Deutschland das nur der Brutalität des Erwerbs einer Zweitrolex in Tateinheit mit der 40MarkMundFickNummer bei einer vierzehnjährigen Heroinsüchtigen vergleichbare Formulierungs-Vergnügen vom »Abschieben einer Handvoll« und (apropos Advent, Advent, eine Asylbaracke brennt, erst eine dann zwei dann drei dann vier, dann steht der Abschieber vor der Tür) mit dem »Ihr Kinderlein kommet. Fröhliche Weihnachten« eine Süffisanz von schweinischer Versifftheit, die mit lebenslangem Fressen roher Brennesseln und Schlafen auf Geschwüren unter unüberdachten Brücken nur aufs Unzulänglichste gesühnt zu werden vermöchte.

Nicht daß Sie glauben, ich scherze: Die größten Profite, die nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt mit Aktien zu erzielen waren, von denen haben Sie noch nie etwas gehört. Es war das »Doppel-Plus mit dem Doppel-P«: Das sensationelle Geld, das die Herren Papadopoulos und Pinochet den Anlegern bescherten. Papadopoulos war jener griechische Putschist, der 1967 Panzer auffuhr und für Ruhe, Ordnung und ein Rechtsregime sorgte. Pinochet ist jener chilenische Putschist, der im September 1973 den Sozialisten Allende zum Abgang per Suizid zwang.

Die Börsen von Athen und Santiago erlebten daraufhin Orgasmen. Die Kurse selbst der obskursten Nebenwerte explodierten. Vierfaches, achtfaches, selbst zwanzigfaches Geld war an der Tagesordnung. Und jeder durfte ganz dabeisein. Denn selbst der Kleinsparer Obermoser aus Hinterpfaffenhofen hätte aus zehn Mille hart Erspartem 100.000 Mark oder auch das Doppelte machen können – und das vollständig ohne Risiko. Es gibt auf der ganzen Welt keinen sichereren Aktientip als ein Militärregime, ein »rechtes« notabene. Wenn die Linksoppositionellen im KZ verschwinden, wenn Schweden die diplomatischen Beziehungen abbricht und wenn der Heimatdichter aus den Slums der Hauptstadt den Nobelpreis für Literatur erhält, Anleger, dann ist das Eure Stunde.

Bitte jetzt nicht komisch werden. Gefühle haben an der Börse nichts zu suchen und mit Geldverdienen nichts zu tun.

Legen Sie sich auf Wiedervorlage, wann immer die Zeitungen über einen Rechtsruck jammern, über einen Militärputsch gar. Es genügen auch schon Überschriften wie »Demontage des Sozialstaats« oder »Streik abgebrochen« oder auch nur »Umverteilung von unten nach oben« und »Ellenbogengesellschaft«. Wo immer man wieder starke Schultern aufrecht tragen kann, wo es wieder zackig wird, wo die Worte »Arbeit«, »Leistung« und »Gewinne« wieder Klang erhalten, da liegt die Börse richtig.

Wo immer sich die Weltgeschichte hinbewegt, das oberste Prinzip für alles Investieren kann nur lauten: dorthin gehen, wo das Kapital noch sicher ist, dorthin, wo es Geld verdienen kann, verdienen darf.

Paul C. Martin

48 Stunden *nach* Mölln sowie bis zum Hals in der Asylschwemme steckend und nachdem er im Prokurawixblatt »Penthouse« der deutschen Herren-, neudeutsch Anlegerrasse die Profitgeographie verklickert hat, läßt der Schreibstubenkamerad des Vorgenannten den Menschenfreund von der Kette, der zum Schutze a) deutschen Ansehens b) des Ausländers nicht mehr und nicht weniger als die Wehrmacht mobil gemacht sehn will: ein bübisch den Nasenrücken mit der Brille neckender sozialdarwinistischer Nadelstreifenhunne, der den beim Fernbesehn des allgemeinen kapitalistischen Destruktionsbetriebs draußen in der Welt womöglich komisch werdenden Obermosers mit Himmlerscher Emphase (in notabene-Regimes, die Linksoppositionelle verschwinden lassen im und Sozialisten zum Abgang zwingen per, investiert zu haben und bei zwanzigfacher Rendite der Blutbäder anständig zu sein, das macht uns in der Welt keiner nach) die paar e(locker sitzenden Skrupel zieht, eine Panzerkreatur, die auf die Gefühle der Hungernden, der Gefolterten, der Invaliden und der Hilf- und Heimatlosen scheißt und sich aber hallo, Marieficker, verfluchter, an den aus Elend gepreßten Orgasmen der Börsen aufgeilt – dieses Dreckstück von Menschenfreund schmarotzt in der Christmette am Ave Elvira, und da sind gewiß Kinder um ihn, mit leuchtenden Augen, aber unwissend um die Pflicht zum Vatermord, und eine Frau ist da, die sich beim Kuß unter der Tanne leider nicht erbricht in den Schlund dieses Ungeheuers, und da ist kein Gott, der diesen die Heimatdichter der Slums verhöhnenden Irrläufer des Menschengeschlechts eine Hiobrunde drehen heißt mit allen Schikanen. Amen.

Konkret 01/93, S. 62

Eike Geisel

Der hilflose Antisemitismus

»Der Antisemitismus war einmal die erste Frage gewesen, in der sich Linke vom Rest der deutschen Gesellschaft unterschieden hatten. Nun scheint er zur letzten Antwort geworden zu sein, welche sie beim vollzogenen Wandel durch Annäherung noch geben können.« – Anmerkungen zu seiner jüngsten Verübung

Alle Jahre wieder. Wie die unvermeidlichen Feiertage, wie Ostern und Weihnachten, so gehören seit vielen Jahren regelmäßig wiederkehrende Rituale auch zum linken Kalenderjahr. Ein besonders fester Termin darin ist die jährliche Verabredung zu einer rhetorischen Fragestunde mit dem Thema: Gibt es linken Antisemitismus? Diese Fragestunde hat inzwischen eine über zwei Jahrzehnte reichende Tradition aufzuweisen, doch die ewigen Studenten sind der Frage noch immer nicht auf den Grund gekommen. Die Referenten bei den jährlichen Hauptversammlungen linker Gewissenserforschung sind so seltsam alterslos, wie ihr Thema zeitlos ist. Das Publikum wechselt von Zeit zu Zeit, doch das Podium trifft sich immer wieder. Es wirkt in einer unendlichen Geschichte mit, deren identische Fortsetzungskapitel sich allein durch den Namen des Schauplatzes unterscheiden. Mal ist es die Heimvolkshochschule Göppingen, mal die Evangelische Akademie in Arnoldshain, dann die Universität einer Großstadt oder irgendein Sozialistisches Zentrum in irgendeiner nichtsozialistischen Kleinstadt.

In diesem Jahr tagte man in Hamburg. Dort wollten sich die linken Lehrer der alten Frage neu stellen. »Antisemitismus oder berechtigte Kritik an Israel?« lautete die schon sprachlich verunglückte Variation des Dauerthemas, mit der die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Ende Oktober 1992 in Hamburg zur jährlichen Selbsterkundung aufforderte. Zwar wären vor der eigenen Haustür genügend Anlässe vorhanden gewesen, sich mit Antisemitismus zu befassen, doch bevor man sich damit abgab, mußte erst die linke Gretchenfrage beantwortet werden. Genausogut hätte ein Verein alternativer Pharmakologen seine Jahrestagung unter der Fragestellung »Grüner Schnupfen?« abhalten können.

Doch auch in Hamburg wollte man sich in der Tradition des linken Rituals nur wechselseitig versichern, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Dabei weiß jeder, daß es Linke gibt, die ihre Frau verprügeln oder ihre Kinder quälen, daß sie, wenn möglich,die Arbeitskraft anderer ausbeuten; daß Linke gelegentlich ihre Freunde an Geheimdienste verraten und sie manchmal sogar umbringen. Warum in aller Welt sollte es deshalb nicht auch linke Antisemiten geben?

Das Thema der Gewerkschaftsveranstaltung war aber nicht in diese schon hundertfach beantwortete Frage gekleidet. Es hieß »Antisemitismus oder berechtigte Kritik an Israel?« Schon die Formulierung verriet die Konfusion oder vielmehr die verdrückte, verschämte Absicht. Denn logisch kann das Bindewort »oder«, das eine Alternative ankündigt, kein Fragezeichen nach sich ziehen. Standen die Lehrer also vor der Wahl, sich für Antisemitismus oder Kritik zu entscheiden?

Doch mit der Frage war auch schon die Antwort angedeutet. Das Beiwort »berechtigt« sollte, was sich für Kritik hielt, moralisch salvieren und gegen den Einwand, es gehe vielleicht antisemitisch dabei zu, unanfechtbar machen. Kritik freilich bedarf keiner Berechtigung. Wenn sie sich diese eigens bestätigt, hat sie sich bereits dementiert und in Gesinnung verwandelt. Kritik kann jeder an jedem und können alle an allem üben, selbstverständlich auch an Israel. Doch wie in zahllosen vorausgegangen Diskussionen war es auch in Hamburg nicht Kritik, sondern der Oberton konformierender Empörung, der die Debatte um die rhetorische Frage bestimmte.

So unbeholfen sich diese Gesinnung hinter dem verquasten Titel der Veranstaltung versteckte, so unverfroren und direkt kam sie in einer Forderung zum Ausdruck, welche von einer »Arbeitsgruppe Palästina im Friedensausschuß« formuliert worden war: »Nur wenn wir uns kritisch mit Israel auseinandersetzen, können wir glaubhaft im Unterricht latentem Antisemitismus entgegentreten.« Unabhängig von allem anderen Unfug dieses Satzes könnte man seiner Logik zufolge rassistischen Attacken gegen farbige Asylsuchende nur dann glaubhaft entgegentreten, wenn man vorher Südafrika oder noch besser die USA kritisiert hat. Was Leute, die derlei formulieren, glaubhaft bestimmt nicht können, das ist: begründungslos, einfach als Gattungswesen dem Rassismus entgegentreten. Ohne böse Juden kein gutes deutsches Gewissen.

Unmittelbarer Anlaß jener pädagogischen Behauptung wie der Gewerkschaftsveranstaltung selbst war der Ärger, den ein längeres Interview der »Hamburger Lehrerzeitung« mit Ralph Giordano ausgelöst hatte. Die Lehrer lamentierten: »Giordano denunziert linke und pazifistische Kritiker Israels, ohne diese Personengruppe näher zu kennzeichnen.« Dieses Versäumnis Giordanos sei hier mit einer genauen Kennzeichnung dieser Personengruppe nachgeholt: es handelt sich beispielsweise um die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg.

Die innige Verbindung, die Ehrbarkeit und Ressentiment in der besonderen Empörung über Israels Politik längst eingegangen sind, demonstrierte Norman Paech, ein Hochschullehrer aus Hamburg. Er lehrt Öffentliches Recht, Staats- und Völkerrecht und gelegentlich andere Menschen das Fürchten, indem er Hamburger Lehrern die rechtsradikale Propaganda von der Schuld der Juden am Antisemitismus in leicht entschärfter Form empfiehlt: für ihn sind Juden am Haß

auf sie nur mitschuldig. Die Grünen waren vor einem Jahr noch etwas bescheidener, für sie trug Israel die Mitschuld daran, daß es mit irakischen Raketen beschossen wurde.

In der »Hamburger Lehrerzeitung« teilte Professor Paech seinen Kollegen in der GEW mit: »Israel muß sich allerdings in der Tat fragen, ob seine Palästina-Politik nicht einem latenten Antisemitismus in Deutschland Nahrung gibt – und dem können wir nicht entgegensteuern, indem wir schweigen.« Die Frage erübrigt sich: Schweigen worüber? Die demagogische Figur dieser Wendung hat Tradition. Es handelt sich bei ihr um eine besonders beliebte Formel antisemitischer Agitation, um die Formel vom »provozierten Antisemitismus«. Wer sich über historische Beispiele dieser Anschuldigung informieren möchte, sollte gelegentlich mal wieder in ein Buch schauen, das für kurze Zeit zur intellektuellen Grundausstattung der Linken gehört hat, in die von Adorno und anderen vorgelegte Studie über die autoritäre Persönlichkeit. Im Kapitel über Themen und Techniken des amerikanischen Agitators sind all jene Äußerungen versammelt, die sich trotz ihres historischen Alters nachgerade jugendfrisch ausnehmen. Und wie quicklebendig diese alte Formel von der Mitschuld der Juden an ihrer Verfolgung ist, zeigt die im Brustton pädagogischer Verantwortung für Israel vorgetragene Ermahnung von Norman Paech. Nicht vom Antisemitismus will er reden, sondern von dessen Zulieferern in Israel. Der Anwalt der Menschenrechte, als der er sich versteht, präsentiert sich gerade dadurch als ein Gegner des Judenhasses, daß er die Juden beschwört, die Anlässe dazu aus der Welt zu schaffen. Unter diesem Aspekt muß man auch die weiter unten beschriebenen pädagogischen Versuche sehen, die Lehrer in diesem Zusammenhang an ihren Schülern verüben.

Daß Norman Paech über die israelische Beihilfe zum deutschen Antisemitismus nicht schweigen kann, verdankt er, wie er in einem Zeitungsinterview sagte und in Hamburg wiederholte, einem ganz besonderen Zungenlöser: dem Pfingsterlebnis einer Israelreise. Er war, wie er mitteilte, vor 25 Jahren »in der Aura der Kollektivschuld« nach Israel gefahren. Und dort war ihm zuteil geworden, worauf die Wallfahrer nach Lourdes immer nur vergeblich hoffen: Gesundheit. »Ich wurde erst dort auf die Lage der Araber aufmerksam«, berichtete er über das wundersame Mittel seiner dauerhaften Genesung. »Seit jener Zeit fühle ich mich in dieser Frage gefordert«, beschrieb er im salbungsvollen Jargon des Berufspolitikers die anhaltende moralische Wirkung dieser Entdeckung. Es war nicht Damaskus, wo es ja auch eine Lage der Araber gab, daß er vom Saulus zum Paulus geworden war, sondern Jerusalem. Dort hatte er sich vom Linken in einen Deutschen verwandelt, in einem moralischen Kurbad, das sich in der Folgezeit des Ansturms von Rekonvaleszenten aus der Bundesrepublik kaum erwehren konnte.

Von der »Aura der Kollektivschuld« erlöst, hatte er schon Mitte der 60er Jahre persönlich ein Ziel erreicht, dessen allgemeine Verwirklichung die »Nationalzeitung« noch immer einklagt. Die Leiden der Palästinenser vor Augen, konnte er aus dem Schatten Hitlers heraustreten. Nun war er frei für eine neue kollektive Aufgabe ganz eigener Art, nämlich für die des Bewährungshelfers. Und wie viele andere Absolventen des Bildungsurlaubs im Nahen Osten entdeckte er eine exklusive Fürsorgepflicht der Deutschen für Israel: »Ich vermag nicht«, begründete er dieses Ansinnen, »als Konsequenz aus den Verbrechen der Generation vor uns zu schweigen, wenn die Überlebenden, ihre Kinder und Enkel Menschenrechte anderer verletzen.« Wenn also israelische Polizisten prügeln, wenn israelische Soldaten Zivilisten erschießen, dann strapazieren diese Taten vor allem die deutsche Kollektivgeduld. Wolfgang Pohrt hat dieses Bewährungshelfersyndrom einmal treffend als sozialarbeiterische Ermächtigung der Deutschen beschrieben, ihre Opfer davon abzuhalten, rückfällig zu werden.

Über ein Vierteljahrhundert lang versucht Norman Paech nun schon geduldig, dieser Rückfallgefahr entgegenzutreten. »Er hat sich«, heißt es über ihn in der Zeitschrift »Semit«, »mehr als einmal öffentlich engagiert, wenn es darum ging, Recht und Menschenrechte zu verteidigen, oft genug konträr zur offiziellen politischen Meinung ... Im Februar dieses Jahres reiste Norman Paech mit einer Delegation durch die besetzten Gebiete Israels ... Das Ergebnis dieser Reise soll in Buchform veröffentlicht werden. Es weist überprüfbar nach, mit welchen Schachzügen Israel seine Politik den Palästinensern gegenüber durchsetzt.«

Das Buch lag bei der Veranstaltung der GEW noch nicht vor, aber es gab doch genügend publizierte und referierte Hinweise, welcher Geist darin herrscht. »Einige der Mitreisenden«, faßte Paech seine letzte Erkundungsreise zusammen, »hatten Israel bisher noch nicht besucht, sie fanden die Stimmung im ganzen Land so angespannt, so aggressiv, daß sie nicht den Wunsch hatten, ein zweites Mal dorthin zu fahren.« Derartiges käme ihnen im Zusammenhang mit ihrem eigenen Wohnort, den sie, um solche Stimmungen zu erfahren, gar nicht hätten verlassen müssen, bestimmt nicht über die Lippen.

Von ganz ähnlichen Heimatgefühlen durchdrungen war im Frühjahr 1991 die Israel-Delegation der Grünen, als sie aus der bösen Fremde wieder ins gemütliche Grauen zurückkehrte. Ihr Sprecher Ströbele protokollierte damals die Dreckarbeit, die er einen Ausländer verrichten ließ: »Auf dem Rückflug erklärte ein Mitglied der Delegation, er sei froh, nach Deutschland zurückzukehren. Er, der Ausländer ist und die deutschen Behörden wegen der Behandlung von Ausländern in der BRD heftig kritisiert hat, äußerte spontan seine Liebe zu Deutschland, als wir in Frankfurt den Flughafen betraten.«

Den imaginierten Schachzügen der israelischen Politik, will heißen den undurchsichtigen Tricks, korrespondiert auf seiten der Autoren, wie Paechs Erläuterungen zu seiner diesjährigen »fact-finding-mission« belegen, eine durchsichtige Plumpheit, eine von keinerlei intellektuellen Regungen ins Wanken gebrachte Geradheit. Der Eifer der Bewährungshelfer

plustert sich geradezu aufklärerisch auf. Jetzt soll man endlich die ganze Wahrheit erfahren. Zwar kann man in israelischen Zeitungen und Zeitschriften detailliert über selbst noch das geringste Vergehen der Besatzungspolitik nachlesen; zwar ist die veröffentlichte Meinung in Israel oft so aggressiv, daß sich dagegen noch der kritischste und meist von israelischen Vorlagen abgekupferte Artikel einer deutschen Zeitung wie Schonkost ausnimmt, von der Flachheit des politischen Journalismus in Deutschland undder Regierungssprechermentalität seiner Ver-treter ganz zu schweigen; zwar ist jeder politische Vertuschungsversuch in Israel eine unwiderstehliche Aufforderung an alle Reporter, diesen aufzudecken; zwar gibt es, mit einem Wort, dort eine funktionierende Öffentlichkeit, doch der Gestus moralischer Aufgebrachtheit, mit dem Paech und seine gelehrigen Schüler in der GEW auf ihre Entdeckungen in Israel zeigen, suggeriert, daß sie die Wahrheit erst hier ans Licht brächten, weil es dort weder Demokratie noch Pressefreiheit gäbe. Dabei fischen sie nur im Trüben.

In der »Hamburger Lehrerzeitung« schreibt eine Vorbereitungsgruppe der GEW-Veranstaltung den Begriff ›Demokratie‹ denunziatorisch in Anführungszeichen, wenn von Israel die Rede ist. Auf derlei Faxen kämen die pensionsberechtigten Demokratiekritiker hierzulande nicht, wo schon in Friedenszeiten der Ausnahmezustand erwogen wird, dessen es nachgerade gar nicht mehr bedarf. Und Professor Paech säße sicher schon im Knast und nicht auf einem Lehrstuhl, wenn er in Deutschland einmal für die Menschenrechte eintreten müßte in einer Situation, die auch nur annähernd dem Nahostkonflikt gliche. Er moniert, Israel sei eine »Demokratie im Belagerungszustand«, eine »Militärdemokratie« und klagt über die Zensur im Lande. Wie lächerlich sich allerdings der deutsche Fackelträger der Informations- und Meinungsfreiheit mit seiner Anklage macht, entgeht zu allererst ihm selbst: Ausführlich referiert er den Bericht eines im Militärgefängnis von Hebron mißhandelten palästinensischen Studenten, um in einem Nachsatz kleinlaut hinzuzufügen: »Über seine Vorwürfe der Folter wurde in der israelischen Presse berichtet.«

Fazit seiner Reise in Sachen Menschenrechte war: »Der biblische Anspruch Israels« sei der Kern des Nahostkonflikts, »und zwar nicht nur was die Feindschaft zwischen Israelis und Palästinensern, sondern auch was die Feindschaft zwischen Israelis und Arabern betrifft«. Offenbar kann, was Juden und Israel angeht, keine Auskunft zu dumm sein, um nicht von Deutschen geglaubt zu werden. Die Feindschaft zwischen einem Israeli und einem hungernden Fellachen in Oberägypten, einem lese- und schreibunkundigen Iraki in Basra, einer unterdrückten saudiarabischen Frau und einem bettelnden marokkanischen Kind – alles im biblischen Anspruch Israels begründet? Keinen Augenblick wird auch nur die Möglichkeit eingeräumt, daß es für die Feindschaft zwischen Israelis und Arabern sachliche Gründe, beispielsweise die Vernichtungsdrohung durch letztere, geben könnte.

Immer wenn Linke zum plumpen Antisemitismus greifen, kommt die Bildung ins Spiel, nämlich die Bibel, die sie, wie man dann erfährt, den Juden auch nicht verzeihen. Im Anschluß an die bereits zitierte Versicherung Paechs, er habe aus der Massenvernichtung die richtigen Lehren gezogen, er könne also nicht schweigen, »wenn die Überlebenden, ihre Kinder und Enkel Menschenrechte anderer verletzen«, taucht plötzlich ein biblisches Motiv auf: der Fluch Gottes aus den Zehn Geboten. Paech unterstellt, es gäbe nach Auschwitz ein von Juden unter Berufung auf die Bibel erlassenes Kritikverbot für Deutsche und fragt, weil er auch das ungeborene Leben vor jüdischen Eingriffen schützen will: »Soll das auch für unsere Kinder und Enkel gelten?« Eigentlich wollte er ja Erpressung sagen, aber der unterschwellige Gedanke an einen jüdischen Fluch verleiht der Frage erst den richtigen Kitzel.

Auf der Veranstaltung in Hamburg wurde die Kritik am Verständnis, welches die GEW dem Antisemitismus entgegenbringt,wild entrüstet zurückgewiesen. Ablehnung durch Anbiederung wollte man sich nicht nachsagen lassen, denn schließlich waren lauter gute Menschen hier versammelt. Die widerwärtigen Äußerungen, insbesondere Professor Paechs Propagandalüge von der Mitschuld der Juden am Antisemitismus, seien aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, lautete der Vorwurf an den Kritiker. Ein Zitat ist freilich, das lernt man offenbar bei diesen Lehrern nicht mehr, immer ein Ausriß aus einem Text. Der Schwachsinn eines bestimmten Satzes wird indes nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sich auf die mildernden Umstände des Zusammenhangs beruft, in dem er steht. Und gerade die aus den Gewerkschaftsmaterialien zitierten Sätze sind in jeder Umgebung infam und rücken deshalb jeden Kontext, in dem sie stehen, in das trübe Licht des Antisemitismus.

Ein weiterer, auch bei der Hamburger Veranstaltung beliebter, Vorwurf verfährt nach dem Motto: »Haltet den Dieb«. Wer die moralische Tarnung des linken Antisemitismus durchbricht, gilt als Aggressor, wer die davon ausgehende Bedrohung benennt, als bedrohlich, wer den Gestank moniert, als Stänkerer. Und man selber versteht sich als mutiger Tabubrecher, als ehrbarer Wahrer der Meinungsfreiheit, die von Kritikern mit dem Vorwurf des Antisemitismus erstickt zu werden drohe. Mit demselben Gespür, mit dem Politiker das Asylrecht gegen dessen »Mißbrauch durch Scheinasylanten« verteidigen, wirft man sich als Vorkämpfer für ein Grundrecht in die Bresche. Man will der von jüdischen Vorbehalten bedrohten Meinungsfreiheit eine Gasse bahnen. Wie man damit in der Gosse landet, hatte Ströbele vor Jahresfrist als verfolgter Freiheitskämpfer vorgeführt: »Ich sehe den Vorwurf des Antisemitismus als politisches Totschlagsargument mißbraucht ... um die harte Kritik an der israelischen Regierung zum Schweigen zu bringen.« Und in Hamburg plapperten Leute dies nach, denen man auch nichts Schlimmeres antun konnte, als sie zu zitieren.

Wie wollen die linken Lehrer nun latentem Antisemitismus entgegentreten? »Natürlich«, versichern sie in ihrer Gewerkschaftszeitung, »muß eine Beschäftigung mit dem Verhältnis von Deutschen und Juden vom Holocaust ausgehen«. Ja, natürlich soll heißen: Logo, alles klar, versteht sich, ist ja gebongt, machen wir, muß sein. Doch dem flotten »natürlich« folgt auf dem Fuß ein einschränkendes »aber«: »Aber daß aus der Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber den Juden abgeleitet wird, Ansprüche und Politik des Staates Israel bedingungslos zu akzeptieren, stößt bei Jugendlichen zunehmend auf Unverständnis.« Auf zunehmendes Verständnis andrerseits stößt diese Haltung bei den Lehrern, die sie feststellen. Sie legen dabei jene apologetische Einfühlsamkeit an den Tag, wie man sie inzwischen zur Genüge von Politikern und Sozialarbeitern kennt, die sich zu den Schandtaten des Mobs geäußert haben. Doch abgesehen von der offenkundigen Lüge, die Politik Israels bedingungslos akzeptieren zu müssen, was niemand jemals gefordert hat, sind – wie im Fall der rücksichtsvoll betrachteten Brandstifter – die Schüler nur ein Vorwand zur Bestätigung und Rechtfertigung des eigenen Ressentiments. Es wird auf dem Umweg über die Schüler nur pädadogisch veredelt.

Eine Lehrerin erläuterte beispielhaft, wie sie einmal erfolgreich den latenten Antisemitismus ihrer Schüler bekämpft hatte: es gebe auch gute Juden, habe sie einem Schüler erklärt, der mit so latent antisemitischen Parolen wie »Juden raus« oder »Nieder mit Israel« aufgetreten sei, es gebe beispielsweise israelische Wehrdienstverweigerer. So eng wie seine deutschen Freunde wollte ein palästinensischer Diskussionsteilnehmer in Hamburg das nicht sehen; er erweiterte den Kreis der Juden, die keinen Anlaß zum Antisemitismus böten, auf »demokratische Juden«. Ob auch der Rostocker Politiker Karlheinz Schmidt bei der GEW geschult wurde, weiß man nicht. Jedenfalls redete er beim Empfang für Bubis, als hätte er sich zwei Tage zuvor in Hamburg darauf vorbereitet. Denn mit der Frage, was der Zentralratsvorsitzende der Juden von den Auseinandersetzungen zwischen Israels und Palästinensern halte, wollte er ganz unbefangen feststellen, ob er es mit einem guten oder einem bösen Juden zu tun habe.

Ein anderer Lehrer, der es mit »judenkritischen Äußerungen«, wie Antisemitismus neuerdings vom »Spiegel« genannt wird, zu tun hatte, wollte einem Schüler bei der Frage der Wiedergutmachung behilflich sein, natürlich in bester pädagogischer Absicht. Auf das dumpfe Geblöke des Schülers, die Deutschen hätten genug geblecht und gebüßt, reagierte er mit ganz besonderer Anteilnahme. Er wies den Schüler weder barsch zurecht, noch machte er den Versuch, ihn aufzuklären. Er hätte ihm beispielsweise erläutern können, wie teuer ihn, den Schüler, ein versehentlich verursachter Verkehrsunfall im schlimmsten Fall käme. Damit wäre der Lehrer automatisch beim besten Fall, nämlich bei der Tatsache, wie vergleichsweise billig die Deutschen mit dem von ihnen vorsätzlich verursachten Massenmord davongekommen seien. Nichts dergleichen. Der klassenkämpferische Lehrer echote bloß zurück: auch er halte die Wiedergutmachung für einen Schwindel, mit diesen Zahlungen seien bloß die Nazis entlastet und die völkerrechtswidrige Politik Israels unterstützt worden.

So sieht es aus, wenn Gewerkschaftsangehörige dem Antisemitismus entgegentreten: sie geben dem Ressentiment Nachhilfeunterricht. Es scheint wieder das bekannte Judenbild auf, logisch widersprüchlich, aber psychologisch konsistent. Doch die Jugendlichen riechen den Braten. Sie wollen keine linke Verfeinerung des Vorurteils, sie wollen keinen differenzierenden Zuspruch zum Haß. Sie wollen irgendwann aufs Ganze. Begriffen haben sie nur, wie hilflos der linke Antisemitismus ist und daß ihnen ihre linken Lehrer einmal nicht im Weg stehen werden.

Vielleicht erinnert sich noch jemand an eine lange zurückliegende politische Diskussion, die geführt wurde, als es noch nicht um das duale System, sondern um die Klassengesellschaft, nicht um Lebensqualität, sondern um die Frage von Reichtum und Armut ging. Damals entstand der Begriff vom »hilflosen Antifaschismus«, mit der jene Auffassungen von Geschichte und Gesellschaft in Deutschland qualifiziert wurden, über die Max Horkheimer ein vergessenes Urteil gesprochen hatte: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

Die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte muß man als Aufstieg vom hilflosen Antifaschismus zum hilflosen Antisemitismus bezeichnen. Beiden Konzepten eignet dieselbe Beschränktheit; beide sind ein Gemisch aus Kritik und Apologie; beide changieren zwischen Anbiederung und Ablehnung. Dem eingeschränkten Erklärungshorizont des hilflosen Antifaschismus entspricht die begrenzte Reichweite des neuen Antisemitismus. Er ist doppelt hilflos, als Pädagogik wie als Propaganda. Er findet zu seinem Ärger tatsächlich an Israel seine Grenze. Das macht die in Deutschland lebenden Juden nicht glücklicher und sicherer bestimmt auch nicht, aber den Antisemitismus von links eben letztlich hilflos. Weit davon entfernt, einen unhaltbaren Zustand im Nahen Osten beenden zu helfen, befördert er nur, daß ein unerträglicher Zustand sich hierzulande verfestigt.

Der einzige Gewinn für die Protagonisten des hilflosen Antisemitismus besteht darin, daß sie sich selbst demontieren und den Beginn der selbstverschuldeten Überflüssigkeit einläuten. Und wenn in diesem Land tatsächlich das Bündnis von Mob und Elite obsiegen sollte, dann bestimmt nicht über eine Opposition, die Konzessionen ans antijüdische Ressentiment als aufklärerische Pädagogik anpreist.

Mit dem eingangs erwähnten Junktim: »Nur wenn wir uns kritisch mit Israel auseinandersetzen, können wir glaubhaft latentem Antisemitismus im Unterricht entgegentreten«, ist die GEW bereits die Krankheit geworden, als deren Arzt sie auftreten möchte. Dieser Satz ist nicht nur infam, sondern auch bodenlos dumm. Er ist infam angesichts gelynchter

Ausländer, brennender Flüchtlingsheime und zertrümmerter Gedenkstätten. Er ist bodenlos dumm, denn niemand wird der Gewerkschaft diese Vorleistung auf einen völkischen Konsens gutschreiben. Das zumindest hätten die Gewerkschaftsmitglieder doch aus der deutschen Geschichte lernen können.

Der Antisemitismus war einmal die erste Frage gewesen, in der sich Linke vom Rest der deutschen Gesellschaft unterschieden hatten. Nun scheint der Antisemitismus zur letzten Antwort geworden zu sein, welche sie beim vollzogenen Wandel durch Annäherung noch geben können. Aus der radikalen Abwehr des Antisemitismus ist am Schluß eine schwächliche Hinwendung zu ihm geworden. Daß die Sozialdemokratie eine »Judenschutzpartei« gewesen sei, war eine Erfindung der nazistischen Propaganda. Daß Juden in Deutschland nicht auf die Linke, schon gar nicht auf die Hamburger GEW zählen können – das ist die Wahrheit heute.

Statt mit dem Nahen Osten sollte sich die Hamburger GEW besser mit dem ganz nahen Osten beschäftigen. Statt mit der israelischen Besatzung in Palästina sollte sie sich mit der deutschen Besessenheit auseinandersetzen, von der sie selbst ergriffen ist. Weltumspannende Moraloffensiven von Leuten, die dem Rassismus im eigenen Lande Konzessionen machen, sind bloß der obszöne Versuch, sich zur antijüdischen Stimmungsmache ein universalistisches Gewissen zu schaffen. Und die für die Artikulation des eigenen Vorurteils bloß vorgeschobenen Kids, die heute schon alle schlauer sind als die Sozialarbeiter von gestern, wissen noch vor ihren Lehrern, daß deren Aufforderung »Menschenrechtsverletzungen müssen kritisiert werden, gleichgültig, wo sie stattfinden« (Paech) nur die Eingangsphrase zur Sonderbehandlung der Juden ist und als Aufreißer dafür dient, warum man sich ausgerechnet und besonders heftig mit Israel befassen muß.

Mit Israel hat das alles gar nichts zu tun, und deshalb blieben die Pädadogen auch besser am Ausgangsort ihrer Absichten. Hier könnte die GEW tun, was sie ein Jahr nach dem Golfkrieg per Zeitungsanzeige verkündete, nämlich »einseitig Partei ergreifen für den Frieden«. Beispielsweise könnte sie einen Uno-Blauhelm-Einsatz in der Bundesrepublik fordern. Natürlich ohne deutsche Beteiligung. Damit wäre dem verblichenen friedensbewegten Protest neues Leben eingehaucht, in einer Situation, in der einzig die Polizei als organisierte Friedensbewegung auftritt. Und geholfen wäre vor allem den Ausländern.

Aber vielleicht hält der an Israel geschärfte Blick der GEW das, was in Rostock und andernorts passiert, für eine deutsche Intifada?

Geringfügig veränderte Fassung eines Beitrags aus Eike Geisels Aufsatzsammlung »Die Banalität der Guten. Deutsche Seelenwanderungen«, die die Edition Tiamat (Berlin) dieser Tage herausgebracht hat.

Eike Geisel schrieb in KONKRET 3/92 über die Berliner Ausstellung»Jüdische Lebenswelten«

Konkret 01/93, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

KONKRET hat diese Seite, »Titanic« hat die Briefe an die Leser, warum, verdammt, muß ein Vorstand des Springer-Verlags die Seinen eines Tages gefragt haben, haben wir nicht auch sowas, natürlich nicht so links und abgehoben, sondern auf Konzernlinie und dennoch auch für Leute, die ihren Namen schreiben können. So kam der Josef Nyary auf die »Welt am Sonntag«, in der er jede Woche Zitate aus Fernsehsendungen aneinanderreiht und mit Kommentaren jener Art versieht, die einst die Karikaturen in der »Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens« schmückten: »Ein Schwerenöter!« oder »Gut gegeben!« oder »Ohne Worte!« Das muß dem Vater der Erfindung so gut gefallen haben, daß er beschloß, seinen Nyary ab sofort in der »Bild«-Zeitung einzusetzen, in der er jetzt täglich dergleichen verrichtet, wobei er sich nicht nur bemüht, die Schulbildung der Käufer dieses Blattes sensibelst zu berücksichtigen, sondern es ihm auch auf beispielhafte Weise gelingt:

Fazit: Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde... Wie schon der alte Goethe schrieb,

den der »Bild«-Leser, dessen Schulweisheit der Nyary in Rechnung stellt, bis dahin zwar schon kannte, aber wie auch dieser nur als Dichter von Schillers Glocke.

Das endgültige Gesicht der Sozialdemokratischen Partei, liebevoll porträtiert in der »Süddeutschen Zeitung«:

Vor sieben Jahren stiftete das Land Nordrhein-Westfalen einen mit 50.000 Mark ausgestatteten Staatspreis - eine der bestdotierten Auszeichnungen Westdeutschlands, die für herausragende Leistungen auf politischem und kulturellem Gebiet verliehen werden. Nun hat Ministerpräsident Johannes Rau einem protestantischen Kirchenmusiker die große Belobigung zukommen lassen. Christoph Wolff, einem der profiliertesten Bach-Forscher. Er muß sich den Staatspreis mit Hermann Josef Abs teilen. Abs, wohl der bedeutendste Bankier der Bundesrepublik, pflegte auf ganz andere Weise pfleglichen Umgang mit Noten: Ein Menschenalter lang, von 1938 an, war er an zunehmend verantwortlicher Stelle für die Deutsche Bank tätig Johannes Rau charakterisierte Abs bei der Preisverleihung als »Europäer und Weltbürger«, fügte diesen Ehrentiteln einen weiteren hinzu, »dessen Verwendung etwas aus der Mode geraten ist, weil wir ihn den falschen Leuten überlassen. Hermann J *Abs ist ein Patriot.« Er habe immer wieder seinen »geschäftlichen Sachverstand für das Wohl der Kultur zur Verfügung gestellt« - so 1978, als bei Sotheby's in London große Teile der Sammlung des 1933 aus Deutschland emigrierten Bankiers Robert von Hirsch unter den Hammer kamen und Abs die Rückkehr bedeutender Meisterwerke erreichte; oder 1983...*

Oder 1943, als der Europäer und Weltbürger und spätere Staatspreisträger Aufsicht über die IG Auschwitz führte, was aber der Genosse Rau, falls die Rede darauf gekommen wäre, gewiß als Versuch des Preisträgers gewürdigt hätte, schon damals den Ehrentitel Patriot nicht den falschen Leuten von der SS zu überlassen. Es ist nämlich keineswegs so, daß die Landesregierung nicht wußte, was sie tat:

Die Landesregierung bewies durchaus Geschick, indem sie zusammen mit H. J Abs den in Fachkreisen reputierten Wissenschaftler auszeichnete, der seit einem Vierteljahrhundert als Deutscher im Ausland lebt und stets eindeutig gegen fatale Gesichtskontinuitäten in seiner Heimat plädierte.

Das Geschick der Landesregierung bestand darin, zugleich mit dem Warner den personifizierten Gegenstand seiner Warnung zu ehren und beide sich in einen Preis teilen zu lassen. Der Wissenschaftler und der Reporter hatten natürlich »Geschichtskontinuitäten« geschrieben aber es gibt noch Schriftsetzer in München! Vielleicht hat dieser, der angesichts der vorgestellten Visagen den aufklärenden Fehler setzte, sich geschämt, auch ein mal Mitglied jener Partei gewesen zu sein, deren einstigen Kanzlerkandidaten der Preisträger, dem der Kriecher lästig wurde, sich schließlich mit einem trockenen Knaller von der Rosette blies:

Der Bankier, der im 92. Lebensjahr steht, dankte dem Landesvater für die Ehrung und den Umstand, daß bei der Feierstunde nur auf »die Lichtseiten seiner Biographie« hingewiesen wurde.

Es ist eine Information, daß die Wahrheitsliebe der SPD an die Aufrichtigkeit ehemaliger Aufsichtsräte der IG Auschwitz nicht mehr heranreicht.

Was heißt schon Rostock und Hünxe und Mölln, Aufruhr und Umsturz und Wende, solange unsere alten Warner-Brüder noch Feste feiern wie diese und klagen wie in den besten Tagen:

»Dieser feierliche Saal, die festliche Stimmung - das kommt mir, nach den aktuellen Ereignissen in Deutschland, fast surreal vor«, erklärte Preisträger Günter Grass in seiner Dankesrede zur Verleihung der Plakette der Freien Akademie der

Künste für 1991. Der Autor nutzte die Würdigung im »Atlantic« in bewährter Weise »als Gelegenheit zur Warnung...«

Also alles wie seit zwanzig oder dreißig Jahren, immer im feinsten Hotel, immer mit geißelndem Unterton, immer die Gelegenheit in bewährter Weise nutzend. Und immer noch in gleicher Besetzung:

Grass-Freund Fritz J: Raddatz betonte in seiner Laudatio den »großen Zorn und die große Trauer« des Gewürdigten. »Beides zusammen wird zu seiner großen Güte.«

Wenn aber ich nun eingestünde, daß die prinzipielle Verlogenheit des einen und die spekulierende Betroffenheit des anderen Warners mir die aktuellen Ereignisse in Deutschland weniger surreal vorkommen lassen, könnte man den Plakettenträger und seinen Lobredner zu Worten greifen sehen, für deren Gebrauch der Portier des »Atlantic« zum Hinauswurf des Gastes verpflichtet ist.

Mit sogenannten Essays einen interessanten Eindruck machen kann jeder. Er muß nur den jüngsten Leitartikel von Fest, Fack oder Fromme so nachdichten und mit Fallobst aus der französischen Denkerschule garnieren, daß die m Propaganda den Anschein äußerster Differenz erweckt. Was aber geschieht, wenn ein auf diese Weise zu Ansehen gelangter Essayist übermütig wird und ohne Vorlage sich was ausdenkt? Es geschieht sowas:

Ich habe immer nicht dran glauben wollen, aber es existiert, das Stauerlebnis. Und: Man kann es weiterempfehlen. Wenn wir also alle danach suchen, sehen wir uns demnächst wieder, zB. auf der Autobahn Hamburg-Frankfurt, kurz vor Göttingen, nach einer Totalsperrung im Totalstillstand, vier Stunden lang. Erlebnisraum Autobahn. Ich habe jede Stunde genossen - zum Beispiel dank jener Gruppe von Vatertagsausflüglern im Reisebus aus Goddelau, deren Schmierbäuche ich überaus mißtrauisch beäugt hatte, als sie schon kurz nach dem Stillstand im Laderaum nach ihren Sixpacks kramten. Aber man soll keine Vorurteile gegen Deutsche hegen: eine halbe Stunde später klopfen sie an mein Autofenster und reichen Streußelkuchen und frischgebrühten Kaffee rein.

Spätestens an dieser Stelle wird offenbar, daß die Träger der Schmierbäuche, die es aber eigentlich nicht gibt sondern bloß Schmerbäuche, weil Schmer auf dem platten Land soviel heißt wie Schmalz oder Fett, nach kurzem Beäugen festgestellt hatten, daß kein Essayist neben ihnen hielt sondern eine Essayistin, und nach einer halben Stunde ihren Sixpacks genug Mut entnommen hatten, mit der gegen deutsche Schmerbäuche erkennbar Vorurteilsfreien eine Streußelkuchenbeziehung anzufangen, die nicht ohne Früchte bleiben sollte:

Der Stau hat mir soziale Begegnungen und Kommunikationen

(Pluralis-Tante)

beschert, zu denen es sonst nicht käme. Die moderne Mobilität in all ihrer Dialektik: Hier ist der Ort der neuen Gemeinsamkeit

undsoweiter, aber hier beginnt es sich wieder zum Essay zu formen, alle Vokabeln sind schon da: Mobilität, Kommunikation, Ort und Dialektik, die gute Absicht auch, aus dem Ekel vor seinem Schmerbauch die Liebe zum guten Deutschen zu entwickeln, und gleich droht die gerade gewonnene Erkenntnis wieder flöten zu gehen, daß sich hinter der nicht nur in Frankfurt allgemein sehr geschätzten Essayistin C. Stephan nichts anderes verbirgt als eine deutsche Frau am Steuer.